

Leser-Services: West 49, Post 10 00 04, 4900 Bonn 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Telefax: 0 20 54 / 10 12, Zentralredaktion Bonn (02 20)
Telefax: 0 20 54 / 10 13, 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Bonn (02 20) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 66 p., Italien 1390 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 13 S., Portugal 100 Esc.
Schweden 2,00 Skr., Schweiz 1,20 Fr., Spanien 165 Ptas., Tschechien 150 Pts.

POLITIK

Geißler bleibt bei Kritik: Der Bundesfamilienminister begründet in einem WELT-Interview seine Kritik an den Beratungskonferenzen der CDU/FDP-Senat zum Paragraphen 218 (Wortlaut S. 8).

Libanon: Wie lange der 358. Waffenstillstand seit Beginn des Krieges vor gut neun Jahren anhält, hängt nach Ansicht politischer Beobachter vor allem davon ab, wie sich die interne Situation in Syrien entwickelt und ob es der Armee gelingt, die Kontrolle über West-Beirut wiederzuerlangen (S. 5).

Frankreich: Mit der umkehrbaren Vertrauensfrage - ein Gesetz gilt als angenommen, wenn das Parlament die Regierung nicht das Mißtrauen ausspricht - hat Premier Mitterrand das Gesetz über die Einschränkung der Pressekonzentration in der Nationalversammlung durchgedrückt (S. 5).

Bevölkerung: Die Weltbank erwartet ein Wachstum der Weltbevölkerung von heute 4,8 Milliarden bis zum Jahr 2050 auf rund zehn Milliarden (S. 8).

Arbeitslosigkeit: Die Unterstützung des Bundesanwalts für Arbeit wieder auf das frühere Maß angehoben werden, fordert der CDU-Senatsexperte Müller-Remscheid (S. 8).

Berlin: Die Berliner FDP würde gegenwärtig bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus an der Fünf-Prozent-Grenze scheitern. Blicke es dabei, könnte der CDU/FDP-Senat seine Arbeit im Frühjahr nicht fortsetzen, zumal auch der Unions-Anteil „bröckelt“ (S. 8).

Wales: Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wird am Freitag von der Universität Dundee zum Ehrendoktor ernannt. Er wird nicht nach Dundee reisen, weil er nicht sicher ist, ob ihm die Behörden in Warschau die Rückkehr nach Polen erlauben werden.

Diegen bei Thatcher: Der Berliner Regierende Bürgermeister hat in London gegenüber der britischen Premierministerin das Interesse der Berliner an der Fortsetzung des Ost-West-Dialogs hervorgehoben.

Kanal: Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesverkehrsministerium hat sich für eine Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals ausgesprochen.

Terroristen: Die neun in Wien festgenommenen mutmaßlichen Terroristen haben sich als Anhänger des ehemaligen pakistanischen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto ausgegeben.

Heute: Bangemann besucht EG-Kommission - CSSR-Außenminister Chompek in Bonn.

Dollar setzt Höhenflug fort. In Frankfurt bei 2,8447 DM

Kurswert-Abschwächung deutscher Aktien / Goldpreis auf neuem Tief

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Der Dollar hat gestern an den internationalen Devisenmärkten seinen am Dienstag unterbrochenen Höhenflug fortgesetzt und bei der amtlichen Notierung in Frankfurt mit 2,8447 Mark den am Montag erreichten Zehnjahreshochstand von 2,8445 Mark leicht überschritten. Die Dollarhaushalte und die hinter ihm stehenden Zinssteigerungen drücken zugleich auf die Stimmung an den Wertpapierbörsen. Führende deutsche Aktien schwächen sich bis zum zehn Mark oder mehr als drei Prozent ihres Kurswertes ab.

Einen Kurseinbruch gab es auch in London, nachdem das Pfund auf einen neuen historischen Tiefstand von nur noch 1,2850 Dollar gesunken war. Die Amsterdamer Börse war ebenfalls schwach. Zugleich rutschte der Goldpreis gestern mittag um fast neun Dollar auf ein neues Tief von 335,50 Dollar je Feinunze.

Vor- und nachbörslich wurde der Dollar gestern sogar mit 2,8470 Mark gehandelt. Viele Devisenhändler haben sich darauf eingestellt, daß der Greenback noch weiter steigt, obwohl der Dollar nach einem Gewinn von mehr als 30 Pfennig oder fast zwölf Prozent gegenüber dem diesjährigen Tiefstand im März allgemein als stark überbewertet gilt. Je mehr Marktteilnehmer vom Anhalten der Dollarhaushalte überzeugt sind und in dieser Erwartung Dollarpositionen aufgebaut haben, um so größer wird allerdings nach den bisherigen Erfahrungen die Gefahr eines Rückschlages, wird am Markt zu bedenken gegeben. Dabei ist freilich offen, wie lange eine solche Reaktion auf vorangegangene Übersteigerungen anhält.

Alle Fachleute sind sich einig, daß das Dollarkursniveau von der Kaufkraft der US-Währung her nicht gerechtfertigt ist und daß vor allem das für dieses Jahr erwartete auf 80 Milliarden Dollar verdoppelte Leistungsbilanzdefizit der USA für einen deutlich geringeren Dollarkurs spricht und für einen erheblich höheren Kurs der Mark, die sich übrigens gegenüber allen anderen Währungen recht stark präsentiert. Doch diese theoretischen Bewertungsmaßstäbe sind vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Der Dollarkurs wird fast ausschließlich von Kapitalbewegungen bestimmt, die von den hohen US-Zinsen und den Erwartungen weiterer Zinssteigerungen in Gang gesetzt werden. Renditen von 13,5 Prozent und mehr für amerikanische Anleihen und Zinsen von über zwölf Prozent für kurzfristige Geldanlagen lokalisieren internationale Kapital an, das mithilfe der Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz zu finanzieren.

Triebfeder des Zinsauftriebs ist das nach wie vor kräftige Wachstum der amerikanischen Wirtschaft: es geht mit einer zunehmenden Kreditnachfrage der Unternehmen einher, die am Markt mit dem Kreditbedarf des Staates kollidiert. Aber nicht nur dieser Wettbewerb um Kapital wirkt zinssteigernd. Zugleich steuert die amerikanische Notenbank einen relativ restriktiven Kurs, dessen Verschärfung nicht ausgeschlossen wird. Denn die Notenbank versucht verzweifelt, mit ihrer Geldpolitik ein Überschäumen des Konjunkturbooms und das Aufkommen von Inflationsbefürchtungen zu verhindern.

Alle Fachleute sind sich einig, daß das Dollarkursniveau von der Kaufkraft der US-Währung her nicht gerechtfertigt ist und daß vor allem das für dieses Jahr erwartete auf 80 Milliarden Dollar verdoppelte Leistungsbilanzdefizit der USA für einen deutlich geringeren Dollarkurs spricht und für einen erheblich höheren Kurs der Mark, die sich übrigens gegenüber allen anderen Währungen recht stark präsentiert. Doch diese theoretischen Bewertungsmaßstäbe sind vorübergehend außer Kraft gesetzt.

SEITE 2: Innerdeutsche Messeflüge
Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ werden bei den Zuständigkeiten der Luftverkehrsgesellschaften vereinbart. Die Flüge werden direkt ohne Umweg über die Tschechoslowakei abgewickelt. Eine Überfluggenehmigung zwischen der „DDR“-Verkehrsminister Arndt bestätigt lediglich: Direkt und ohne Umweg über CSSR.

BERNT CONRAD, Bonn
Die von der Deutschen Lufthansa mit der „DDR“-Gesellschaft Interflug vereinbarten Linienflüge zur Leipziger Messe werden auf keinen Fall die alliierten Luftkorridore zwischen dem Bundesgebiet und Berlin berühren. Darauf wies gestern ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes hin. Die Bundesregierung lege großen Wert darauf, daß die Korridore auch künftig ausnahmslos alliierten Flugzeugen vorbehalten bleiben, sagte der Sprecher.

Wie die Flugroute zwischen Frankfurt am Main und Leipzig, die von der Lufthansa zum ersten Mal in der Zeit vom 30. 8. bis zum 11. 9. 1984 befliegen wird, exakt verlaufen soll, war im Bundesverkehrsministerium gestern noch nicht bekannt. Wahrscheinlich wird dies erst später zwischen den beiden Fluggesellschaften vereinbart werden. In Bonn legte man gestern Wert auf den Hinweis, daß es sich bei der Vereinbarung über die Lufthansa-Flüge nach Leipzig, sowie über Messeflüge der Interflug nach Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart nicht um ein Luftverkehrsabkommen, sondern nur um eine „Absprache“ über die Einrichtung eines temporären Linienfluges zwischen zwei Orten handele.

„DDR“-Verkehrsminister Arndt sagte während seines Aufenthalts in München lediglich, die Flüge würden direkt ohne Umweg über die Tschechoslowakei abgewickelt. Eine Überfluggenehmigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ werde bei den Zuständigkeiten der Luftverkehrsgesellschaften vereinbart. Die Flüge werden direkt ohne Umweg über die Tschechoslowakei abgewickelt. Eine Überfluggenehmigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ werde bei den Zuständigkeiten der Luftverkehrsgesellschaften vereinbart.

Ein Luftverkehrsabkommen zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik war bereits in einem Protokollvermerk zum innerdeutschen Verkehrsvertrag vom 26. 5. 1973 in Aussicht gestellt worden. Tatsächlich ist ein solches Abkommen aber vor allem wegen der damit verbundenen Berlin-Problematik bisher nicht zustande gekommen.

Der damalige Bonner Chef-Unterhändler Egon Bahr hatte noch Anfang 1973 die Ansicht vertreten, daß es ein Luftverkehrsabkommen mit der „DDR“ geben werde. Als vorrangiges Ziel betrachtete er dabei eine stärkere Einbeziehung West-Berlins in den internationalen Luftverkehr. Auch die Lufthansa sollte Berlin anfliegen können, eine Forderung, die gestern von dem Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Heilmann bekräftigt wurde. Die „DDR“, so hieß es damals im Bundeskanzleramt, werde nur dann Landeseigenheiten überfliegen, wenn dadurch Vorteile für Berlin entstünden.

Schon vor zehn Jahren äußerte die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein vitales Interesse daran, daß die Luftkorridore von den innerdeutschen Regelungen unberührt blieben. Am unkontrollierbaren Verkehr durch die Korridore dürfe nicht getüftelt werden. Das Festhalten an diesem Prinzip war einer der Gründe dafür, daß in den Folgejahren alle Pläne scheiterten, West-Berlin aus einem luftverkehrstechnischen Sackbahnhof in ein „Luftkreuz“ zu verwandeln.

Kilometer südöstlich von Minsk. In Bobruysk, wo ein mit Luft-Boden-Raketen bewaffnetes Regiment der Smolensker Luftwaffe stationiert ist, wurden zehn von elf Munitionslagern sowie andere Gebäude zerstört.

Die sechste Detonation ereignete sich am 25. Juni in den Anlagen der früheren „Krieger-Motike-Kaserne“ bei Schwerin in der „DDR“, wo ein sowjetisches Panzer- und ein Mot-Schützenregiment stationiert sind. Dabei explodierten einige hundert Tonnen Munition. Bei der Katastrophe sollen weit mehr als 100 sowjetische Soldaten verletzt und eine bisher unbekannte Anzahl von Menschen um Leben gekommen sein.

140 Familien aus dem Neubaugebiet „Großer Dreesch“ wurden evakuiert, das in der Nähe der sowjetischen Kasernenanlagen liegt. Das ganze Neubaugebiet wurde abgesperrt. Augenzeugen berichteten

DER KOMMENTAR

Kapital-Magnet Zins

CLAUS DERTINGER

Der steigende Dollarkurs gibt, wie es scheint, alle Wechselkurstheorien der Lächerlichkeit preis. Wichtige fundamentale Daten - wie die Kaufkraft und die Entwicklung der Leistungsbilanzen - die längerfristig betrachtet, bisher noch immer zu einer Korrektur „falscher“ Bewertungen beigetragen haben, finden schon seit langem keine Beachtung mehr in der Praxis am Dollarkurs. Was allein zählt, sind die hohen und nach allgemeiner Erwartung noch weiter steigenden amerikanischen Zinsen. Sie sind ein Magnet für internationales Kapital.

Eigentlich hätten die hohen Zinsen längst den Boom der amerikanischen Wirtschaft bremsen müssen - jedenfalls, wenn es nach der Theorie ginge. Doch dank pächter Gewinne erweist sich die Wirtschaft als ungeheuer robust. Die amerikanische Notenbank bemüht sich bislang vergeblich, die überschäumende Konjunktur in eine ruhigere Gangart zurückzuführen, damit auf den Boom nicht ein um so schärferer Rückschlag folgt, der die jüngste Rezession noch in den Schatten stellt.

Es fehlt auch nicht an Warnungen vor den Folgen, die für die Weltwirtschaft, für die Entwicklungsländer und das internationale Finanz- und Bankensystem zu befürchten sind, wenn eine „weiche Landung“ der amerikanischen Konjunktur mißlingt. Doch darüber gehen die Märkte ebenso hinweg wie über die Warnung, daß es wegen der hohen Defizite in der Leistungsbilanz und im Haushalt der USA zu einer Vertrauenskrise kommen könnte, die den Dollar jäh abstürzen läßt, wenn kein internationales Kapital mehr über den „Großen Teich“ fließt.

Die Profis an den Märkten denken mehr an heute und morgen als an übermorgen, so scheint es. Und immer wieder lassen sich neue Gründe finden, warum es sich lohnt, in den Dollar zu gehen. Jüngstes Beispiel ist die Abschaffung der Quellensteuer für Ausländer in den USA und die Ausgabe von Inhaberpapieren des Staates statt Namenspapieren. Maßnahmen, mit denen noch immer ausländisches Geld, auch „graues“, in die USA gelockt werden soll. Obwohl dahinter schon die Sorge der Administration zu erkennen ist, eines Tages auf solche Tricks zur Finanzierung der Mammutdefizite angewiesen zu sein: An den Märkten findet nur das Beachtung, was positiv für den Dollar erscheint. Und das ist nicht ungefährlich.

Tausenden wurden defekte Herzklappen eingepflanzt
JOCHEN AUMILLER, Düsseldorf
Vor fast genau 25 Jahren wurden die ersten künstlichen Herzklappen eingepflanzt - einer der größten Fortschritte der modernen Medizin. Hunderttausenden von Herzkranken konnten damit wieder ein lebenswertes Leben ermöglichen werden.

Rückschläge blieben freilich nicht aus. Die Beanspruchung der verwendeten Werkstoffe ist extrem groß: Die Klappen müssen sich in einem Jahr Millionen Male öffnen und wieder schließen. Daß dabei immer wieder, wenn auch vergleichsweise selten, künstliche Herzklappen wegen Materialermüdung zerbrechen, verwundet werden.

Geradezu erschreckend freilich ist eine Meldung aus England, die vermuten läßt, daß eine fehlerhafte Serie künstlicher Herzklappen weltweit eingepflanzt wurde. Eine Reihe von Todesfällen ist auf die Verwendung dieser von der kalifornischen Firma „Shirley Incorporation“ hergestellten Klappen zurückzuführen. Die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA hat den weiteren Vertrieb dieser Herzklappen in den USA inzwischen untersagt. An die Öffentlichkeit kam die Meldung über die Produktion dieser defekten Herzklappen durch den Tod von Beryl Inston in der nordenglischen Grafschaft Yorkshire. Die Obduktion ergab als Todesursache: Eine der beiden Befestigungsstellen an der tellerförmig gewölbten künstlichen Herzklappe, die der Patient im Juli letzten Jahres eingepflanzt worden war, brach wegen Materialermüdung ab und verstopfte eine Arterie.

Ein ähnlicher Fall, allerdings mit gutem Ausgang, war gestern Diskussionssthema auf dem 9. Europäischen Kardiologykongress in Düsseldorf. Ein 19-jähriger Patient mit künstlicher Herzklappe war am Telefon zusammengebrochen. Seine Mutter alarmierte sofort den Rettungswagen, der den Bewußtlosen ins nächste Krankenhaus brachte. Der Hub-Schrauber wurde er umgehend ins Herzchirurgische Zentrum geflogen, wo die Operateure gerade noch rechtzeitig die defekte Herzklappe auswechseln konnten. Minuten entschieden hier über Tod und Leben.

Genauere Angaben über die Zahl dieser in der Bundesrepublik eingepflanzten defekten Herzklappen gestern nicht zu erfahren. Fest steht jedenfalls, daß die Herzspezialisten von der Firma nur unzureichend über die bereits aufgetretenen Komplikationen und Todesfälle informiert worden sind. Eine Grobschätzung spricht von 600 bis 700 eingepflanzten Shirley-Klappen der bestrittenen Serie.

In der Bundesrepublik sind bisher sechs Zwischenfälle (Klappenbrüche) bekanntgeworden, nur ein Patient - nämlich der 19-jährige Düsseldorf - überlebte. In den USA sind 89 Zwischenfälle von der FDA registriert worden. 64 Patienten starben. Für das Überleben der 25 Amerikaner war entscheidend, daß der Klappenbruch überwiegend noch im Krankenhaus nach dem Eingriff passierte oder eine perfekte Rettungstechnik vorhanden war. Weltweit dürften einige tausend defekte Klappen der Firma Shirley eingepflanzt worden sein. Wie groß die Bruchgefahr dieser Klappen ist, läßt sich derzeit nicht abschätzen. Die Kardiologen und Herzchirurgen verlangen rasche und lückenlose Information von der Herstellerfirma.

Spezialität auf gut kölsch.
Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die bei Kennern Ansehen genießt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehmen herb und herrlich erfrischenden Geschmack.
Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.
Gaffel-Kölsch ist hell und oberrig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölsch-Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.

ZITAT DES TAGES

„Unsere gute Konjunktur ist zwar leicht ins Trudeln geraten, aber sie wird keineswegs absterben, sondern im zweiten Halbjahr zusätzliche Impulse erhalten.“
Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsbundes (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern vor der Industrie- und Handelskammer München.
FOTO: JUPP DACHINGER

WIRTSCHAFT

Bangemann: Die Stellung der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten ist zur Zeit „relativ gut“, selbst wenn andere Länder in einzelnen Bereichen die Führungsposition einnehmen, erklärte Wirtschaftsminister Bangemann auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn (S. 9).

Haftpflicht: Die Autofahrer hätten es „selbst in der Hand“, wieviel sie an Autohaftpflicht mehr zahlen müßten, erklärte BÜK-Sprecher Gauly zu den Prämien-erhöhungen ab Januar 1985 (S. 9).

Edelka: Energisch hat sich die Edelka-Organisation gegen den

KULTUR

Modigliani: In Livorno soll ein Kanal trockengelegt werden, weil man darin Plastikmüll von Amadeo Modigliani zu finden hofft, der heute vor hundert Jahren geboren wurde. Er soll 1909 seine Skulpturen aus Verärgerung dort vergraben haben (S. 15).

SPORT

Motorsport: Porsche-Werksfahrer Jacky Ickx hat den Präsidenten des Internationalen Verbandes, Belostre, wegen Verletzung verurteilt. Belostre hatte Ickx Manipulationen in der Formel 1 zugunsten von Porsche vorgeworfen (S. 7).

Leichtathletik: Harald Schmid erreichte in Lausanne mit 47,69 Sekunden über 400 Meter Hürden die zweitbeste Zeit seiner Laufbahn und muß wieder als ernsthafter Herausforderer des Weltrekordlers Edwin Moses (USA) gelten (S. 7).

AUS ALLER WELT

Sternwarte: Die Lichter der ständig wachsenden Großstadt Rom haben eine der ältesten Sternwarten der Welt ins Exil getrieben. Das vatikanische Observatorium verlegte sein Forschungszentrum nach Tucson im US-Bundesstaat Arizona (S. 16).

Wildwest in Neapel: Eine Bande junger Männer hat bei Pompeji einen Touristen-Bus entführt und die 44 amerikanischen Touristen ihrer gesamten Habe beraubt.

Wetter: Von Westen Bewölkungszunahme, etwas kühler.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Kohl in Lateinamerika: Eine Reise in eine andere Welt - positive Schlagzeilen S. 2
Neue Bibelübersetzung: Die Revision der Revision - von Luther fort, zu Luther hin S. 3
Fallstudie von der Zonengrenze: Geht es um Menschlichkeit, bleibt der „heiße Draht“ kalt S. 4
Frankreich: Debatte über Pressegesetzgebung: Da stand die Opposition auf und ging hinaus S. 5
Fernsehen: Satelliten-Zeitgeber - Auch das gute alte Dampfradio profitiert davon S. 7
Schwimmen: Wie Olympiasieger Mark Spitz sich selbst und Sonnenschutzmittel verkauft S. 7
Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
Großbritannien: Privatisierungs-Probleme - Zunehmende Kritik aus der Londoner City S. 9
Neues vom Film: Paul Newmans „Harry and son“ im Kino - Keine Idylle in Florida S. 15
Gondolbahn-Prozess: Saboteur fand milde Richter - Bewährungsstrafe für Ex-Betriebsleiter S. 16

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Innerdeutsche Messeflüge

Von Bernd Conrad

Zum ersten Mal seit dem Abschluß des Verkehrsvertrages mit der DDR vom 26. 5. 1972, der den Luftverkehr ausgedehnt hatte, ist jetzt eine innerdeutsche Flugvereinbarung getroffen worden. Die Lufthansa wird künftig Linienflüge zur Leipziger Messe veranstalten, während der DDR-Gesellschaft Interflug Messeflüge nach Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart bewilligt wurden.

Das Bundesverkehrsministerium hat diesen Vorgang als ein Muster dafür bezeichnet, wie man „im Rahmen des Gebens und Nehmens zu vernünftigen Vereinbarungen“ kommen könne. Tatsächlich ist es ein sehr bescheidenes Muster. Denn die Bundesregierung Brandt/Scheel hatte sich von einem Luftverkehrsabkommen, wie es der Verkehrsvertrag in Aussicht stellte, ganz andere Verbesserungen, vor allem für Berlin, erhofft.

Der damalige Bonner Chef-Unterhändler Egon Bahr sah es als sein Ziel an, West-Berlin zu einem Luftknoten zu machen. Das heißt, die Westsektoren sollten stärker an den internationalen Luftverkehr angeschlossen werden. Der DDR-Fluggesellschaft sollten nur dann Landegenehmigungen oder Überflugrechte für die Bundesrepublik gewährt werden, wenn dabei Vorteile für Berlin herauskämen. Dahinter stand der Wunsch, daß auch die Lufthansa West-Berlin anfliegen sollte.

Daraus ist nichts geworden. Zunächst einmal fehlte der Anreiz für die „DDR“. Sie hatte naturgemäß kein Interesse, Tegel aufzuwerten. Statt dessen fuhr sie fort, ihren eigenen Ostberliner Flugplatz Schönefeld attraktiver zu machen. Das zahlte sich für Schönefeld aus, das einen Teil des Flugverkehrs, besonders im Charterbereich, von West-Berlin abzog.

Und den Westmächten lag daran, die drei westlichen Luftfahrtgesellschaften, denen allein gestattet ist, West-Berlin durch die mit Moskau vereinbarten Luftkorridore anzufliegen, kommerziell bei der Stange zu halten. Dahinter der Wille, den unbehinderten und unkontrollierten Verkehr in diesen Korridoren nicht zu schädigen. In diesem komplizierten Geflecht von Rechten und Interessen war wohl wirklich nicht mehr zu erreichen als die gegenseitige Genehmigung von ein paar Messeflügen mit der vagen Aussicht auf „weitere Schritte“.

Kleben oder Denken

Von Carl Gustaf Ströhm

Das Gericht in Sarajevo, das am vergangenen Montag den 29-jährigen Dozenten der Soziologie, Vojislav Seselj, zu acht Jahren Gefängnis verurteilte, hat dem Ansehen Jugoslawiens in der Welt einen schweren Schlag versetzt. Diese Meinung stammt übrigens nicht von westlichen „Kritikern“, sondern von einem angeblichen „Feind“ Jugoslawiens im Ausland, sondern von Mitja Ribicic, einem Mitglied des Präsidiums der jugoslawischen KP. Der jugoslawische Spitzenpolitiker aus Slowenien erlaubte sich den öffentlichen Stoßseufzer: „Manchmal erscheint es mir wirklich so, als treibe uns irgendein wirklicher Feind von außen dazu an, auf seine Provokation hereinzufallen.“

Es geht hier nicht allein um die Frage, wie es mit dem inneren Zustand und der Stabilität eines Landes bestellt ist, das einen Universitätsdozenten wegen des Niederschreibens „alternativer“ Ideen und wegen möglicherweise abfälliger oder kritischer Äußerungen über die politische Führung auf acht Jahre hinter Gitter steckt. Diese Form der „Arbeitsbeschaffung“ für Akademiker ist ein Luxus, den sich selbst das reichste Land nicht leisten könnte. Wer die unbeherrschten und unruhigen Köpfe zum Tütenkleben statt zum Nachdenken einsetzt, zerstört seine eigenen geistigen Grundlagen.

Der Fall Seselj wird noch absurder durch die Tatsache, daß das inkriminierte Manuskript von ihm zur Veröffentlichung an die offizielle Partei-Wochenzeitung gesandt worden war. Eines ist sicher: Wenn alle Autoren, die in der offiziellen Presse Jugoslawiens kritische Artikel über den Zustand des Landes und die Notwendigkeit einer Veränderung geschrieben haben, nach den gleichen Maßstäben beurteilt und verurteilt würden wie Seselj: Eine wahrer Lawine von Prozessen und Verhaftungen müßte losbrechen.

Was immer die jugoslawische Führung (oder war es vielleicht gar nur die bosnische Parteispitze?) mit solchen Urteilen im Inneren bezwecken mag – in einer Zeit, da Millionen von Menschen überall auf der Welt am Schicksal Sacharows und anderer Dissidenten Anteil nehmen und man täglich über Menschenrechte in Lateinamerika diskutiert, haben die Richter von Sarajevo ihr Land auf eine Stufe mit den Praktiken des „realen Sozialismus“ oder gewisser südamerikanischer Staaten gestellt. War das etwa die Absicht?

Sieg der Demokratie

Von Günter Friedländer

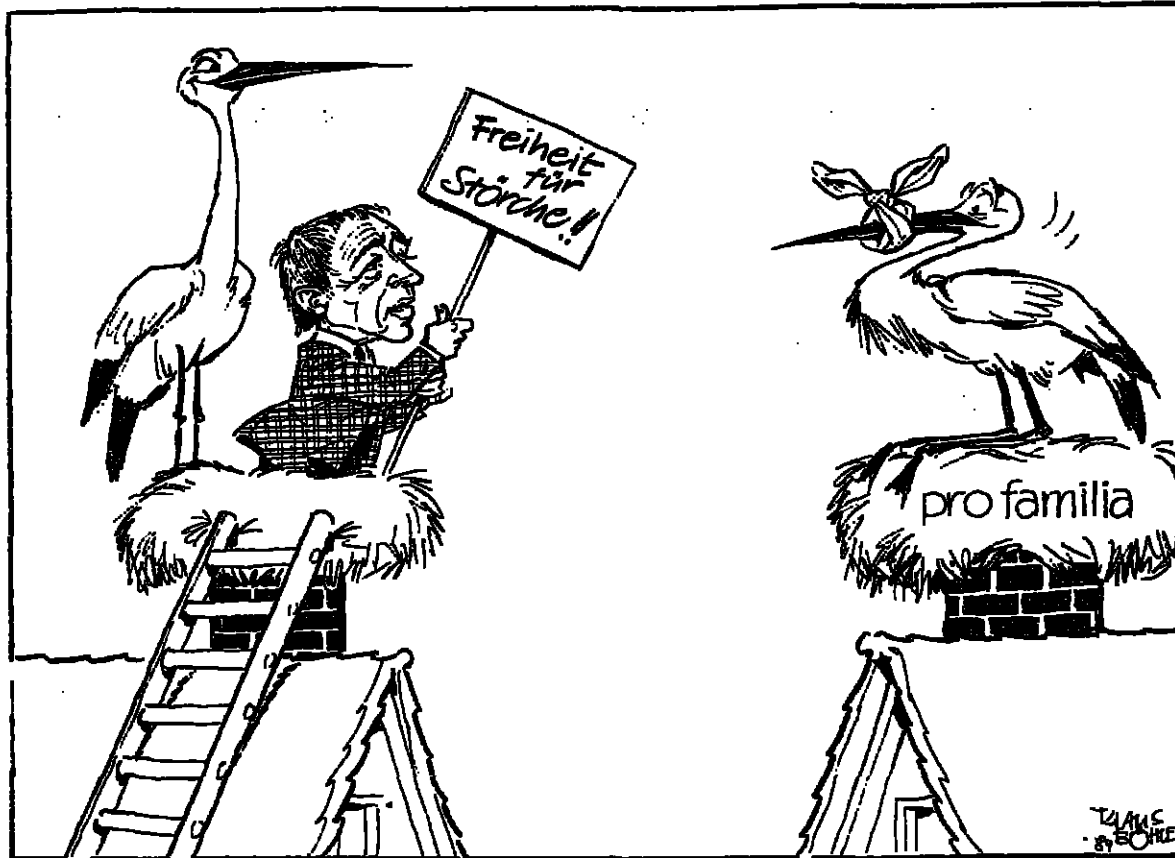
Die Schwäche der Verfassungsgebenden Versammlung, die Guatemala als ersten zaghaften Schritt auf dem Weg zur Demokratie wählte, erwies sich als ihre Stärke. Weil sie ja „nur“ eine Verfassung schreiben darf und in der Gefahr schwebt, aufgelöst zu werden, wenn ihre Mitglieder versuchen sollten, etwas anderes zu tun, beispielsweise einen provisorischen Präsidenten zu wählen, sah das Heer keinen Anlaß, Einfluß auf diese Wahlen zu nehmen. Es kontrolliert das politische Leben mit fester Hand – welchen Grund könnte es geben, die Ergebnisse einer auf die gegenwärtigen Verhältnisse einfließenden Wahl zu verfälschen und sich abermals einen schlechten Namen zu machen?

Politiker, die wissen, daß nicht nur Gelegenheit, sondern auch Gewohnheit Diebe macht, fürchteten allerdings, daß das Heer nur aus Gewohnheit versuchen würde, die Wahlen einmal mehr zu kassieren. Die Voraussage war ebenso falsch wie viele andere: Man hatte z. B. geglaubt, daß trotz der Vielfalt der Kandidaten der 17 verschiedenen Parteien eine Partei bis zu 35 Prozent der Wähler anziehen könne, jedoch die größte, die christdemokratische, erhielt nur 15,6 Prozent.

Das Ergebnis der Zersplitterung war dennoch erheblich geringer als befürchtet. Fünf Gruppen erhielten 80 der 88 Sitze der Versammlung. Eine Koalition von dreien genügt, um sich die Mehrheit zu sichern. Wahrscheinlich werden die Christdemokraten sich abermals isoliert in der Minderheit sehen: Der Wähler gab ihnen nicht die Möglichkeit, eine entscheidende Rolle zu spielen.

Wie überall bei freien Wahlen in Lateinamerika hat sich die marxistische Linke auch in Guatemala eine Absage geholt. Sie schloß bereits früher aus solchen Mißerfolgen, daß nur der Bürgerkrieg sie zur Macht bringen kann.

Und gerade das führt dazu, daß sie bei Wahlen immer weniger Stimmen erhält. In Guatemala konnte keine Partei mehr als 12,6 Prozent der Stimmen für sich erzielen, aber die Demokratie erhielt 100 Prozent.



Mal kurz aufs Dach gestiegen

KLAUS BÖHLE

Auf der Bananenschale

Von Fritz Wirth

In der letzten Woche sprach der Bund junger deutscher Unternehmer in Downingstreet vor, um Margaret Thatcher eine Dampfmaschine zu schenken. Sie solle, so sagten die jungen, bewundernden Herrn aus Bonn, symbolhaft ausdrücken, mit welcher Energie die Premierministerin die einst dämmernde britische Wirtschaft wieder in Schwung gebracht habe. Frau Thatcher gefiel das. Ein paar Tage später verurteilte die angesehenste Wirtschaftszeitschrift „Economist“, die weitgehend Meinungen der britischen Unternehmer repräsentiert und seit fünf Jahren loyal und energisch die Politik Frau Thatchers unterstützt, der Premierministerin ein Titelbild, das Furore gemacht hat. Es zeigt einen hochhackigen blauen Damenschuh – den der Margaret Thatcher –, der auf einer Bananenschale seinen Halt verliert. Frau Thatcher kann das nicht gefallen haben.

Denn das Titelbild illustrierte einen Leitartikel, der sie in seiner Schärfe und Offenheit am Nerv treffen mußte. Er nannte ihre Regierung die ungeschickteste seit dem Krieg. Das Blatt fühlte sich an Harold Wilson und Edward Heath in deren schlimmsten Krisenmomenten erinnert. Böseres kann man einem anmernden britischen Premier kaum antun. Es läßt sich nicht mehr überhören: Frau Thatcher ist ins Gerede gekommen. Nicht bei den Dauer-Nörglern von der Opposition, sondern bei den eigenen Freunden. Es werden warnende Zeigefinger erhoben, und es formiert sich Widerstand – in der sonst loyalen Presse, auf den Hinterbänken der eigenen Fraktion und bei den Lords im Oberhaus, die ihr in der Frage der Kommunalreform die Gefolgschaft versagten und sie zu einem peinlichen Rückzug zwangen.

Was geht hier vor? Ende der Legende von der „eisernen Lady“? Dämmerstunde des „Thatcherismus“? Letzte Grabesänge auf den „Falkland-Faktor“, der das Image dieser Frau so respektgebend und überlebensgroß machte?

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Regierung Thatcher nur ein Jahr nach dem größten konservativen Wahlsieg dieses Jahrhunderts in einer Krise steckt. Man muß das nicht mehr im einzelnen belegen. Die Fülle ihrer Pannen, Rückschläge und Fehltritte spricht

für sich. Aber es ist aufschlußreich, die Art und die Ursache dieser Krisen zu beleuchten. Dabei wird nämlich deutlich, daß sie sich alle auf einen Nenner bringen lassen: Sie sind durchweg das Ergebnis eines oft haarsträubenden parlamentarischen und politischen Miß-Managements. Darum reicht es nicht mehr aus, Frau Thatcher nur einen vorübergehenden Mangel an politischer Fortuna zu bescheinigen. Diese Fehler und Pannen sind hausgemacht und selbstverschuldet.

Die Gründe und Ursachen: 1. Frau Thatcher hat sich nach dem Wahlsieg mit einem außergewöhnlich schwachen Kabinett umgeben. 2. Der hohe Wahlsieg und die unbestreitbare konservative Mehrheit im Unterhaus haben der politischen Wachsamkeit dieser Regierung geschadet und zu Fahrlässigkeit eingeladen. 3. Die ineffektive Opposition ist nach wie vor mehr mit sich selbst beschäftigt; der Regierung fehlt damit – sieht man von den Kampagnen des Bergarbeiterführers Arthur Scargill und des marxistischen Londoner Stadtratsvorsitzenden Ken Livingstone ab – der notwendige Widerstand. Sie stolpert zwangsläufig über ihre eigenen Beine. Da bedarf es gar nicht mehr herumliegender Bananenschalen, um von Zeit zu Zeit flach aufs Kreuz zu fallen. Über die Fülle und den Umfang der Krisen ist also nicht zu streiten, wohl aber über ihre Art und Beschaffenheit. Denn



Hat noch immer Dampf drauf: Briten-Premier Margaret Thatcher

FOTO: DIE WELT

Kohl in Lateinamerika: Eine Reise in eine andere Welt

Zur Abwechslung einmal lauter Anerkennung und positive Schlagzeilen / Von Werner Thomas

Diese Reise war längst fällig gewesen. Zum ersten Mal besuchte ein Bundeskanzler zwei Schlüsselnationen Lateinamerikas, Argentinien und Mexiko. In beiden Hauptstädten wurde die Frage gestellt, weshalb ein Bonner Regierungschef erst jetzt seine Aufmerksamkeit auf die Welt, in denen sich die Deutschen einer ähnlichen Werterschätzung erfreuen. Helmut Kohl konnte das schnell erfahren. Dem Kanzler hat diese Tour gutgetan, trotz aller Strapazen. Fern von den politischen Turbulenzen Bonns durfte er zur Abwechslung einmal nur Anerkennung und positive Schlagzeilen ernten. Er wurde als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der westlichen Welt gewürdigt und versuchte, der ihm zugeschriebenen Rolle gerecht zu werden. Kohl strahlte Autorität und Selbstbewusstsein aus. Er verteilte vorsichtige Kritik (in Argentinien, wo die Alfonsín-Regierung auf die

Stabilisierungsaufgaben des Internationalen Währungsfonds noch renitent reagiert) oder auch Lob (in Mexiko, dem Musterschüler der Banken, der sich bereitwillig einer bitteren Austeritätskur unterzog). De la Madrid versicherte gegenüber dem Bundeskanzler: „Wir lateinamerikanischen Länder wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen.“ Trotz der erneut gestiegenen Zinssätze sei es noch Zeit, zu verhandeln und einen „konstruktiven Dialog“ zwischen Gläubigern und Schuldern zu führen. Während eines offiziellen Essens, das der Präsident für Kohl gab, sagte der Bundeskanzler, beide Länder träten weltweit wie in ihren Regionen dafür ein, Stabilität und Zusammenarbeit zu schaffen. Für Mexiko und die Bundesrepublik sei Außenpolitik aktive Friedenspolitik. „Für uns ist aktive Friedenspolitik politische Notwendigkeit, Klugheit und sittliche Pflicht zugleich“, sagte der Bundeskanzler. Die Reise veranlaßte

Kohl zu der Entscheidung, sich in Zukunft intensiver als bisher um Lateinamerika zu kümmern. Dieser Subkontinent stehe Deutschland näher als andere Regionen der Dritten Welt, argumentierte er. Bei seinem Meinungsaustausch mit dem argentinischen und mexikanischen Präsidenten, Raul Alfonsín und Miguel de la Madrid, lernte er die speziellen Sorgen dieser Männer kennen, die Schuldenlasten, die Inflation, den sozialen Druck. Er zeigte sich beeindruckt, daß diese Probleme nicht vergessen, auch dann nicht, wenn seine Gesprächspartner die Vertreter der westlichen Wohlstandsnationen sind.

Die Frage ist freilich, ob diese Erinnerungen nicht bald von dem Bonner Alltag verdrängt werden, der die Dritte Welt wieder in weite Ferne rückt. Zwischen Mexico City – der letzten Reisestation – und Bonn klafft eine Kluft, die nicht tiefer sein könnte. Keine andere Metropole Lateinamerikas vermittelt ähnliche Alptraumvorstellungen wie diese.

Die Stadt zählt heute 17 Millionen Menschen. Sie wird vermutlich um die Jahrhundertwende 30 bis 35 Millionen Menschen haben – wenn man dann in einer solchen Umgebung noch leben kann. Schon jetzt herrscht ein katastrophales Verkehrschaos. Die verpestete Luft reduziert die Sichtverhältnisse manchmal auf wenige hundert Meter. Die Fahrt zur Volkswagen-Metropole Puebla führt durch das wohl größte Slumviertel Lateinamerikas, Netzahualcoyotl. Hier hausen zwischen drei und vier Millionen Mexikaner in schäbigen Holz- und Blechbaracken ohne Kanalisation und asphaltierte Straßen. Die meisten Einwohner haben keine regelmäßige Arbeit. Tausende wohnen täglich auf Müllhalden nach noch verwertbarem Unrat.

Dem Bundeskanzler wurde dieser Anblick erspart. Er ist am

IM GESPRÄCH Friedbert Pflüger

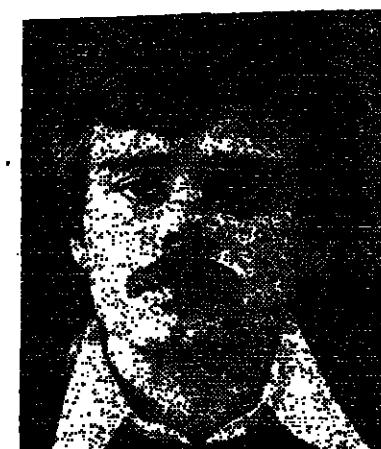
Ein schneller Brüter

Von Evi Keil

Det ist een schneller Brüter erster Jüte.“ So tönt es aus dem Rathaus Schöneberg in Berlin. Und der „schnelle Brüter“ heißt Friedbert Pflüger. In wenigen Tagen wird er in Bonn in der Villa Hammerschmidt sein Amt als Pressereferent und Sprecher des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker antreten. Pflüger war schon in Berlin Mitarbeiter und Büroleiter beim Regierenden, der damals bekanntlich Weizsäcker hieß. Die Berliner haben Erfahrung in der Personalpolitik des neuen Bundespräsidenten. „Das Entscheidende bei von Weizsäcker ist, ob jemand vom Kaliber her zu ihm paßt. Das Normale reicht nicht. Unser ehemaliger Regierender hat immer darauf geachtet, daß Zuschnitt, Habitus und Auftreten der Leute, die mit ihm zu tun haben, stimmen“, heißt es in Pflüger habe von Weizäcker Qualifikation und Qualität geschätzt.

Friedbert Pflüger hat sich frühzeitig auf dem politischen Feld getumelt. In der Union fiel er als ehemaliger Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in den den siebziger Jahren in Göttingen auf, als er dort seine Freunde im RCDS zu motivieren versuchte, gegen den Göttinger Sponti-ASTA, eine „Volksfrontkoalition“, die Demokratie an den Hochschulen zu verteidigen.

Der Sohn eines Maschinenbauingenieurs und einer Lehrerin aus Hannover, 1955 geboren, hat 1973 in Hannover sein Abitur gebaut. Dann begann er in Göttingen mit dem Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, machte in Bonn seinen Magister in Soziologie und Staatsrecht und ging für ein Forschungsjahr an das Center for International Affairs an der amerikanischen Harvard-Universität. Studienergebnisse faßte er in seiner Bonner Dissertation über



Sprecher des Bundespräsidenten: Friedbert Pflüger

FOTO: SVEN SIMON

die US-Außenpolitik und die Menschenrechte zusammen. In der Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ist inzwischen die Dissertation als Buch erschienen: „Menschenrechte der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972-1982“.

Einen großen Teil seines Buches widmet Pflüger einer „teilweisen Rehabilitierung“ von Jimmy Carter und dessen untrübbelter Politik. Er weist darauf hin, daß es Carter gelungen sei, „der amerikanischen Politik wieder ein menschliches Antlitz zu verleihen, nachdem in den sechziger Jahren das Bild vom „häßlichen Amerikaner in der Welt immer stärker wurde“. Pflüger urteilt dagegen, die Menschenrechtspolitik sei eine der meist anerkannten Leistungen Carters gewesen.

Am 1. September 1981 holte sich Richard von Weizsäcker Pflüger nach Berlin. Und der steckt jetzt in Bonn in den Wehen eines Umzuges.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Craxi-Bereich in Ost-Berlin heißt es: Der Sozialist Craxi hat von allen westlichen Besuchern der letzten Tage in Ost-Berlin die beste Figur gemacht. Da kam kein Liebediener, aber auch kein kalter Krieger aus Rom. Da trat ein selbstbewußter Regierungschef auf, der sich seiner Verpflichtung gegenüber der westlichen Allianz und dem Bundesland Bundesrepublik stets bewußt war. Sein Verhalten hob sich wohltuend von dem des Griechen Papandreu ab, der sich in der DDR wie ein zielloser Wanderer zwischen zwei Welten bewegte. Craxi kam dagegen zur Sache. Er verteidigte konsequent die Nachrüstung – nicht als Droh-, sondern als Abwehrpotential. Wichtiger noch: Er machte sich in einer Weise zum Anwalt der deutschen Interessen, für die ihm Respekt und Dank gebühren. Dazu gehörte die Selbstverständlichkeit, mit der er ein Tabu brach und öffentlich für den Abbau der Mauer eintrat, die er „Überbleibsel des kalten Krieges“ nannte. Dazu zählt aber auch das entscheidende Plädoyer für eine positive Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen als Beitrag zur Förderung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

ist, verstärkt ökologische Standpunkte berücksichtigen soll. Die Frage ist immerhin berechtigt, ob die Kabinettserneuerung nur acht Monate vor den Landtagswahlen nicht zu spät kommt.

The Daily Telegraph

Die Zeitung aus London kommentiert die Aussichten auf neue Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Trotz des Getöses, von der Propaganda und der Rhetorik und den Belästigungen ganz abgesehen, sieht es immer mehr so aus, als ob sich die Sowjets in Richtung auf seriöse Gespräche mit den Vereinigten Staaten über die Kontrolle der Weltraumwaffen zubewegen. Präsident Tschernenko ... drängte prahlerisch auf die Verhandlungen. Er sah fast ein wenig närrisch aus, als er dann Washingtons prompte Zustimmung zurückwies, sich im September in Wien an einen Tisch zu setzen. Nachdem sich der Krimi auf eine seltsame Art des Schneidens ins eigene Fleisch eingeleitet, gab es noch keinen endgültigen Entschluß, Washingtons „Ja“ als Antwort zu betrachten, und man fordert, daß es keine (amerikanischen) Vorbedingungen für die Gespräche geben dürfe. Aber die Tür bleibt offen.

Die Presse

Das Wiener Blatt befaßt sich mit den bevorstehenden Wahlen in Israel. Die Wahlen in Israel finden zwar erst in zwei Wochen statt, die Meinungsforscher sagen der oppositionellen Arbeiterpartei aber schon jetzt den Sieg voraus. Wie stark solche Umfrageergebnisse auch den regierenden Likud-Block beeindruckt haben, zeigte Regierungschef Jitzhak Schamir in der jüngsten TV-Diskussion, in der er der Opposition eine große Koalition vorschlug. Doch nun hat die Arbeiterpartei Oberwasser und will alles an Ruder.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zu der Neubesetzung sämtlicher CDU-Posten im Saarland schreibt die Schweizer Zeitung:

Das jüngste Revirement in der Regierung dürfte auch dazu dienen, der CDU mit neuen Figuren im Kabinett ein dynamischeres Profil zu verschaffen. Innenminister Scherer wird getraut, der Mannschaft mehr Würde gemäß zu verschaffen, während Berthold Budell, der auch schon als „CDU-Grüner“ bezeichnet worden

Die 50köpfige Mannschaft in Laupheim hatte im März 1983 Grund zum Feiern: Ihr Interferonpräparat mit dem Markennamen „Fiblaferon“ durfte nach einer Mitteilung des Berliner Bundesgesundheitsamtes ab sofort in der Bundesrepublik verkauft

Die japanische Regierung hat die Schlüsselrolle der Zukunft deklariert. Hier mahlen die Mühlen der Bürokratie schneller, ja, sie arten gleichsam in hektische Aktivität aus. Nippons Obere pushen die kommerzielle Entwicklung und koordinieren die Zusammenarbeit von Vertretern der Industrie, der Universitäten und der Regierung; alles das, was in Europa noch in den viel zu kleinen Kinderschuhen steckt. Neue Schuhgrößen sind gefragt, aber nicht verfügbar.

Blumenpflanzen, ein Lebenswerk

Er wehrt ab: „Beim Wandervogel wurde überall auf Zucht und Ordnung gehalten, bei aller Freiheit, die wir anstreben.“ Zucht? Das heißt für ihn nicht, „daß man wie ein Soldat drahtig gehen soll, sondern daß man immer bereit ist zu helfen, zu dienen.“ Ordnung? „Wenn ich den Grünen sagen sollte, was wäre es für Aufgaben? Sorgt mal dafür, daß die Natur um die Stadt frei sind von Abfällen. Du hättest ihr längst – sei es auch nur als Vorbild oder Ansporn – Gruppen or-

Toepfer ist Unternehmer (namens noch), aber das hat ihn nicht berühmt gemacht, auch wenn er aus seinem kleinen Heu- und Strohhandel die größte Getreidehandelsfirma Deutschlands mit einer eigenen Handelsflotte von 100 000 Tonnen Ladefähigkeit, mit Futtermittelwerken und anderen Unternehmen schuf. Mit diesem Imperium war er vielfachen Umsatzmilliarden – aber er hat daraus für sich kein Kapital geschlagen. Die Erträge seines Unternehmens liefen Toepfer, der sich selbst einen „Dickkopf“ nennt, in eine Stiftung fließend, später das ganze Firmenvermögen.

Als ihm vor wenigen Tagen der Generalsekretär des Europarates, Karasek, die Medaille „Pro Merito“ verlieh, dankte er ihm für sein jahrzehntelanges großmütiges Wirken, für seine Initiativen im Dienste der europäischen Einigung und der Verständigung der Völker*. Toeffer hatte schon 1935 Kulturpreise für Engländer, Skandinavier und Niederländer

Fragt man nach seinen Vorbildern, so nennt er den Vater, die Jugendbewegung und „großartige Erzieher“. Sein letzter Lehrer habe ihm ins Stammbuch geschrieben: „Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert.“ Der Neunzigjährige sagt – und lacht in sich hinein.

Vor der Presse gab Genscher zu verstehen, daß Erich Honeckers Einschätzung über den Themenkatalog seines geplanten Treffens mit Helmut Kohl zutreffend sei: "Die beiden deutschen Staaten spielen bei der Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses eine besondere Rolle." Rüstungskontrolle stehe auf der Agenda. In milder Anspielung auf allzu redselige Unions-Kreise warnte er davor, die laufenden Gespräche mit der Ostberliner Führung zu "zerreden". Außerdem müßten diese Unterredungen, bei denen Ost-Berlin „positiv“ reagiere, vom eigentlichen Besuch getrennt betrachtet werden.

Der Minister benutzte bei der kurzen Reise nach Ost-Berlin nicht das Dienstabteil, sondern „standesgemäß“ den Führerstand. Vor dem Schienenweg in den Sozialismus – auf dem Grenzbahnhof Friedrichstraße steigen die Passagiere um und rollen weiter in Richtung West-Berlin – durchführ ihn jedoch ein Schrecken: „Brauchte ich jetzt einen Ausweis? Ich hab' keinen bei!“ Nein, das Dokument war überflüssig.

Nur wenige Meter von „DDR“-Polizisten entfernt, die an Kontrolltoren stehen, begab sich Genschier ins unterirdische Bahnhofsgewölbe unter dem Pflaster Ost-Berlins. „Nein, das darf doch nicht wahr sein!“ stürzte ein Rentner strahlend auf ihn zu, Genschier ist eben überall. Selbst zum deutsch-deutschen Händeschütteln im Niemandsland.

Die Revision der Revision – von Luther fort, zu Luther hin

Als 1876 die neue Version der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Braunschweiger Dom vorgestellt wurde, da lautete etwas der 13. Vers im 5. Kapitel des Evangeliums nach Matthäus: „Man zündet auch nicht ein Licht an und setzt es unter einen Eimer, sondern

Der pietistische schwäbische Dichter Kurt Hennig, in seiner Art nicht weniger sprachgewaltig, sah in seiner umfangreichen Ablehnungsbegründung neben sprachlichen auch seelsorgerliche Gründe: „Ganz besonders aber bedeutet die Nachweisung einer abstrakten Katastrophe für die Eingriffsbarkeit, für Memorieren, für die Vertrautheit mit dem Text. Wenn man Sterbenden keine altvertrauten Bibelverse mehr zusprechen kann und wenn in einer Familie nicht drei Ge-

Bart. Luth.
Wittenberg.
Begnadet mit Rür.
In welchem in Buchen 2.
frober.
Gedruckt durch Hans Luff.
1522. XXXVIII.



Jetzt, im Nachhinein, wirkt fast unglaublich, welche Lobby aus ganz verschiedenen Kreisen sich für die Erhaltung der Bibel in der Sprache Luthers zusammenfand – und letztlich sich durchsetzte.

Gewiss: Luthers Originaltext aus dem Jahre 1514 in der Sprache „aus unseres Fürsten Kanzley“, welche entscheidend zur Bildung unserer heutigen Hochsprache beigetragen

Für die Kirchen der Reformation ist die Bibel, das Wort Gottes, das Kernstück ihres Glaubens. Wenn die Luther-Übertragung zu mühsam scheint, für den gibt es zahlreiche, mehr oder weniger gute Versionen in modernem Wortlaut. In der Kirche, beim liturgischen Gebrauch aber gilt jetzt weiterhin das Wort Gottes in der Sprache und Diktion des Reformators, der 1538 in einem Lied auf den 46. Psalm geschrieben hatte: „Das Wort sie sollen stehen stahn und kein Dank dazu haben...“



Arafat bekräftigt Nein zu Israels Anerkennung

DW, Genf
Der Chef der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, ist nicht bereit, Israel anzuerkennen, falls nicht vorher dem palästinensischen Volk das Recht zugestanden wird, als Volk zu leben, ein Vaterland, eine Fahne und einen Staat zu haben. Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an ein Gespräch mit UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar sagte Arafat in Genf, dies sei die Voraussetzung für jede Lösung des Nahostproblems.

Pérez de Cuellar habe ihn in der Unterredung über seine Bemühungen informiert, die von der UNO beschlossene internationale Konferenz über Palästina zustandzubringen, teilte der PLO-Chef mit. Nach Ansicht Arafats ist die Einberufung der Konferenz bisher am Widerstand Israels und der Vereinigten Staaten gescheitert. Arafat sprach sich für die Friedensbewegung Israels aus, die er den Beginn einer neuen israelischen Gesellschaft nannte. Positiv wertete er auch die jüdisch-arabische Listenverbindung bei den bevorstehenden Wahlen in Israel.

Sacharow mit Drogen behandelt

DW, New York/London
Andrej Sacharows Stieftochter Tatjana Jankelwitsch hat verlässliche Informationen darüber, daß sich der sowjetische Systemkritiker seit sechs Wochen in einem Krankenhaus befindet, wo ihm Psychopharmaka injiziert werden. Das britische Ost-Institut Keston College äußerte die Vermutung, Sacharow werde mit Drogen wie Amphetamin, Trifluoräthyl und Haloperidol behandelt, die bei langfristiger Anwendung die Persönlichkeit verändern und das Urteilsvermögen beeinträchtigen. Ein Patient könne schließlich so manipuliert werden, daß er sagt und tut, was ihm befohlen wird. Die Behörden bezwecken offenbar, Sacharow zu einem Widerruf zu bewegen, der dann veröffentlicht werden kann. Nach Angaben des Instituts fliegt der mit der Behandlung Sacharows beauftragte sowjetische Psychotherapeut Dr. Wladimir Roschnow mit einem Sonderflugzeug seit einem Monat ständig zwischen Moskau und Gorki hin und her.

Da stand die Opposition auf und ging hinaus

A. GRAF KAGENECK, Paris
Zum siebten Mal seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren hat die sozialistische Regierung ein Gesetz, das ihr auf den Fingern brennt, mit dem Knebel-Paragrafen 49/3 der Verfassung in der Nationalversammlung durchgepreßt. Als eines der Kernstücke der von General de Gaulle geschmiedeten, autoritären Verfassung der 5. Republik sieht dieser Paragraph einen Gesetzestext als von der Volksversammlung angenommen an, wenn das Parlament der Regierung darüber nicht das Mißtrauen ausspricht. Wie schon bei dem hart umstrittenen Gesetz über die Schulpflicht Ende Mai, hat Premierminister Mauroy sich jetzt mit diesem Umkehrverfahren des parlamentarischen Entscheidungsprozesses auch die Zustimmung zum Gesetz über die Einschränkung von Pressekonzentrationen verschafft. Die Opposition hat beide Gesetze beschlossen bis zum letzten Atemzug - bei 33 Grad Hitze im Palais Bourbon - bekämpft. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse mußte sie unterliegen. Um die Regierung zu stürzen, fehlten ihr auch diesmal, wie alle sechs Male zuvor, 88 Stimmen.

Aber diese Debatte unter dem tropisch drückenden Götterhimmel des einstigen Ballsaales der Herzogin von Bourbon werden die Franzosen, die ihr vom heimischen Herd oder vom Ferienstrand aus beiwohnten, so rasch nicht vergessen. Sie hat den Graben, der heute zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager in Frankreich verläuft, so breit werden lassen, daß ein Brückenschlag nicht mehr möglich ist. Nun gibt es, wenn 1985 gewählt wird, nur noch Sieg oder Niederlage.

Beide Gesetze waren jahrelang in Vorbereitung und haben eine monatelange parlamentarische Behandlung hinter sich, und auch jetzt noch liegt es am Senat und seiner bürgerlichen Mehrheit, ihre endgültige Anwendung auch weitere Monate lang hinauszuschieben. An ihnen aber entzündete sich der eigentliche ideologische Kampf zwischen beiden Lagern. Denn sie sind gewissermaßen die Quintessenz der sozialistischen Vereinheitlichungsphilosophie und als solche schon im Wahlprogramm von 1981 klar ausgewiesen. Die Macht des Geldes, absoluter Gegner der Sozialisten und ihrer egalitären Theorie

von sozialer Gerechtigkeit, kann man durch Verstaatlichung von Industrie und Banken nur anknacken. Brechen auf Dauer kann man sie nur, wenn man an ihre Wurzeln geht: die elitäre Erziehung und die Verbreitung bürgerlicher Ideen durch die Presse. So steht es im Programm zu lesen, so läßt es sich aus zahlreichen Parteitags- und Sonntagsreden sozialistischer Propagandisten herausfiltern. Die bürgerliche Opposition sah ihre Chance nur in der Mobilisierung der Öffentlichkeit und sie hat das Beste daraus gemacht.

An diesem siedeheißen Tag im Palais Bourbon sind nun die letzten Masken gefallen. Wenn ein so tiefgekühlter Politiker wie de Gaulles ehemaliger Außenminister Couve de Murville seine Gegner als „unfähige, gewissenlose Schwindler“ hinstellt, die über ihr partei-ideologisches Kalikül das Wohl des Vaterlandes vergessen, wenn er ihnen vorwirft, daß sie „mit ihrem Sozialismus à la Française in Wahrheit die totale Verstaatlichung anstreben“, wenn er sie daran erinnert, daß Leon Blum die Presse schon 1936 verstaatlichen wollte, wenn ein Mann, der die Politik seines Landes seit drei Jahren nur noch mit traurigen Bulldoggengaugen von der Hinterbank aus verfolgt, plötzlich wieder in die Arena steigt, dann ist dies ein Zeichen für einen fundamentalen Wandel im Lande. Einen Wandel, den Couve sarkastisch selber kennzeichnete: die totale Abkehrung des Sozialismus durch das Volk nach drei Jahren bitterster Erfahrung.

Die Sozialisten wissen, daß der alte Herr recht hat. Sie stürzen sich, vom schlechten Gewissen geplagt, in die Flucht nach vorne. Und sie finden, um sich Mut zu machen, zu den Parolen längst vergangener Kampfzeiten zurück, die im Europa von heute so tragisch anachronistisch anmuten.

Pierre Mauroy, der sonst so gelassene Premierminister, drückte es in einer entnervten Antwort an Couve aus. „Nein, nein, nein“, schrie er in den kochenden Saal, hier wird kein Kampf um die Freiheit geführt, hier geht es um den ewigen Kampf der Rechten gegen den Fortschritt, gegen die Demokratie, gegen die Würde des Menschen und ergo gegen die Freiheit.“ Die Gaullisten und Giscardisten erhoben sich wie ein Mann und verließen den Ballsaal.

Seselj-Urteil läßt Konflikt in Jugoslawiens KP voll ausbrechen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Das ungewöhnlich harte Urteil - acht Jahre Gefängnis - das ein jugoslawisches Gericht in Sarajevo gegen den 29-jährigen Universitätsdozenten Vojislav Seselj fällte, hat in Kreisen der jugoslawischen Intellektuellen, vor allem in Belgrad und Serbien, bis tief in die Reihen der Partei Bestürzung ausgelöst. Es wird vermutet, daß die Höhe der in Bosnien verhängten Strafe die Gerichte in der Teilrepublik Serbien, die demnächst über ähnliche „Delikte“ zu befinden haben, zu einem gleich drakonischen Strafmaß zwingen soll.

Der Seselj-Prozess hat die Widersprüche und Gegensätze zwischen den einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken und den Konflikten zwischen Gemäßigten und Dogmatikern in der KP voll ausbrechen lassen. Während aus dem „liberalen“ Flügel der Partei betretenes Schweigen herrscht, verbergen die Anhänger eines harten Kurses nicht ihre Befriedigung über das Urteil.

Seselj war angeklagt, die „Abschaffung der Macht der Arbeiterklasse“, die Untergrabung des gesellschaftlichen und politischen Systems, die Zerstörung der „Brüderlichkeit und Einheit“ Jugoslawiens sowie eine „Konturrevolution“ angestrebt zu haben.

Grundlage für das Urteil war ein unveröffentlichtes Manuskript des Soziologen Seselj. In dieser Schrift, die auf dem Schreibtisch führender jugoslawischer Politiker landete, hatte Seselj scharfe Kritik am System und seinen Trägern geübt.

Die „gegenwärtige politische Führungsmacht“, so schrieb der Soziologe, sei nicht bereit, ihre „eigensüchtigen materiellen Interessen“ aufzugeben. Deshalb müsse sie entmacht werden. Das Proletariat müsse sich aus der „tödlichen Umarmung“ seiner „Avantgarde“ (der Partei) befreien. Eine Alternative zum gegenwärtigen kommunistischen System sah Seselj in einer „humanistischen Intelligenz, die links steht und sozialistisch ausgerichtet ist“. Jugoslawien sei heute nämlich kein sozialistischer Staat. Die von Tito eingeführte Selbstverwaltung bezeichnete Seselj als ein „überholtes“ und nicht praktikables Konzept.

Londons Dilemma im Fall Dikko: Hart sein, ohne zu eskalieren

Regierung dringt auf Verhör von vier nigerianischen Diplomaten / Entführer in U-Haft

FRITZ WIRTH, London
Unter schwerer Polizeibewachung erschienen gestern die Entführer des ehemaligen nigerianischen Ministers Umaru Dikko vor einem Magistratsgericht in London. Es handelt sich um drei israelische Staatsbürger und einen nigerianischen Diplomaten. Der Richter ordnete zunächst eine einwöchige Untersuchungshaft an.

Unter den vier Angeklagten hat der 45-jährige Arzt Lew Alri Shapiro das meiste Interesse gefunden. Shapiro ist in der Sowjetunion geboren, emigrierte vor 14 Jahren nach Israel und wurde in Tel Aviv ein hochrespektierter Anästhesist. Er gilt bei seinen Freunden und Kollegen als ein sehr ruhiger und zurückgezogener Mann. Es herrscht in Tel Aviv allgemeine Überraschung darüber, wie und warum er in diese Affäre verwickelt werden konnte.

Shapiro war am letzten Wochenende zusammen mit Ex-Minister Dikko, der auf offener Straße gefaßt und entführt worden war, in einer

Holzbox gefunden worden, die als Diplomatengepäck nach Nigeria ausgepackt werden sollte. Dikko war offensichtlich von Shapiro betäubt worden. Shapiros Freunde in Israel schließen aus, daß er aus finanziellen Gründen an der versuchten und mißglückten Entführung Dikkos beteiligt gewesen war. Seine Frau arbeitet ebenfalls als Ärztin in Tel Aviv und beide gelten als wohlhabend.

Angeklagt sind außerdem der israelische Geschäftsmann Alexander Barak und der israelische Besitzer einer Discothek namens Felix Abithol. Die israelische Regierung hat jedes Wissen und jegliche Beteiligung an dieser Entführung bestritten.

Der vierte Angeklagte ist der nigerianische Diplomat Yusufu, der jedoch nicht der nigerianischen Botschaft in London angehört. Das Verhältnis zwischen London und Lagos ist weiter äußerst gespannt und gereizt. Die nigerianische Regierung leugnet nach wie vor jede Beteiligung an dieser Affäre, fordert aber den

nach die Auslieferung Dikkos, den sie als „Staatsfeind Nr. 1“ betrachtet.

Die britische Regierung befindet sich in einem Dilemma. Sie muß aus innenpolitischen Gründen und besonders nach den Erfahrungen bei der Belagerung der libyschen Botschaft in London vor zwei Monaten hart erscheinen, ist aus außen- und handelspolitischen Gründen aber nicht an einer Eskalation dieser Affäre interessiert.

Sie möchte im Augenblick gern den diplomatischen Status von vier Mitgliedern der nigerianischen Botschaft in London aufgehoben sehen, um sie wegen angeblicher Verwicklung in diese Entführungsaffäre verhaften zu können. Sollte diese Genehmigung von der nigerianischen Regierung nicht gegeben werden, ist damit zu rechnen, daß das britische Außenministerium sie des Landes verweist. Es gilt als sicher, daß die nigerianische Regierung unverzüglich mit der Ausweisung britischer Diplomaten aus Lagos antworten würde.

Prosowjetische Stimmen in Beirut

Die Kommunistische Partei Libanons ist wieder aktiv / Vorerst Ruhe in der Hauptstadt

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

See- und Flughafen von Beirut haben ihren Betrieb wieder aufgenommen, ein Zeichen dafür, daß sich die Lage in der libanesischen Hauptstadt normalisiert. Wie lange der 358. Waffenstillstand seit Beginn des Krieges vor gut neun Jahren anhält, hängt nach Ansicht politischer Beobachter aber vor allem davon ab, wie sich die interne Situation in Syrien entwickelt und ob es der Armee gelingt, die Kontrolle über West-Beirut wieder zu erlangen.

Vorerst hat die Armee nur Posten an der ehemaligen Demarkationslinie bezogen. Sollte sie nach West-Beirut einrücken wollen, dürfte sie auf den Widerstand von Kampfgruppen der Iraner, Palästinenser und sich befehligender Sunniten und Schiiten stoßen. Politische Beobachter führen das Attentat in der libyschen Botschaft auch auf die schärfere werdenden Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten zurück. Die

Sunniten werden unter anderem von Libyens Staatschef Khadhafi unterstützt, dem die Schiiten vorwerfen, den libanesischen Imam Musa Sadr entführt und ermordet zu haben.

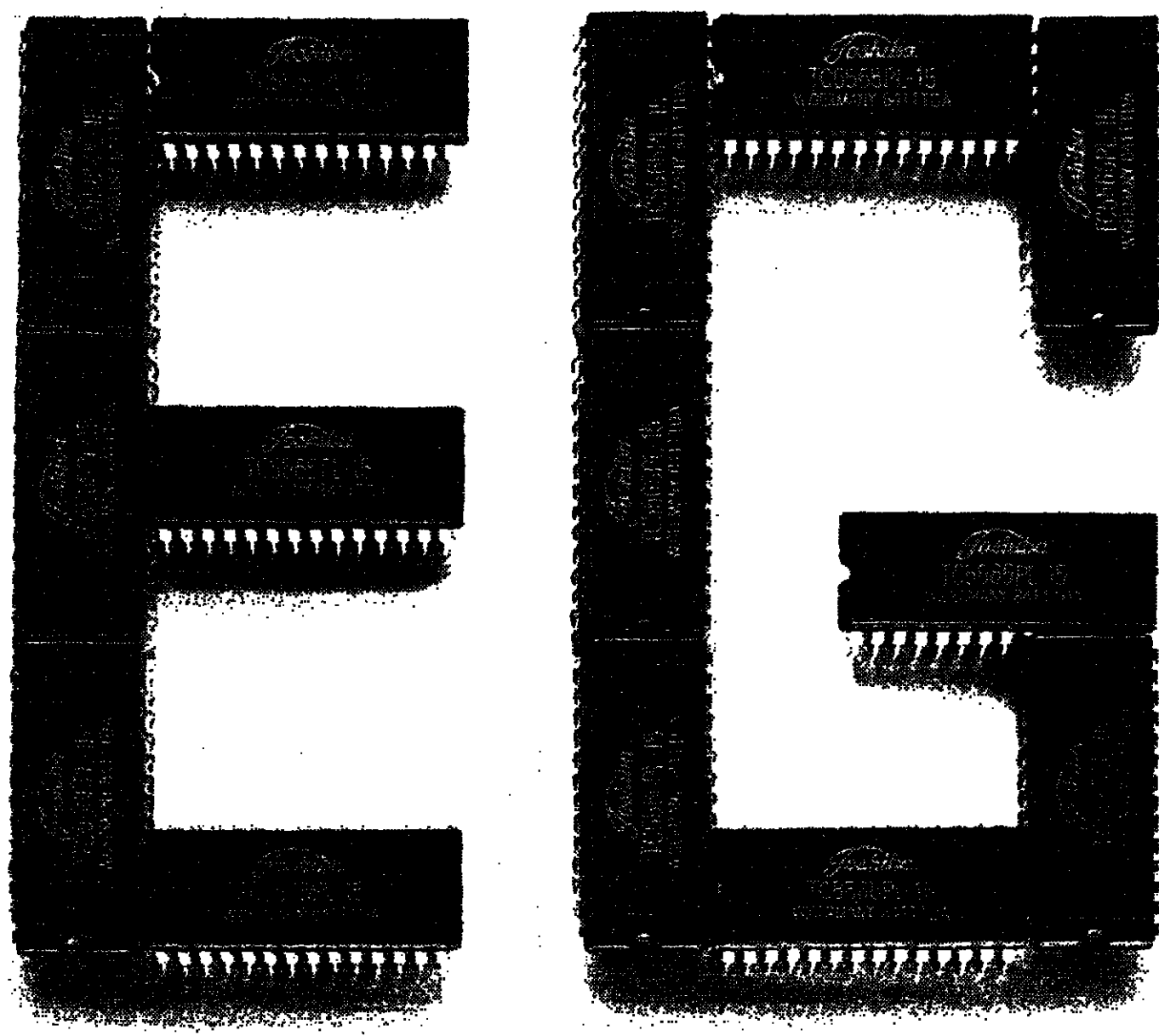
Die kommunistische Partei Libanons will die latenten Spannungen offenbar nicht abklingen lassen. Wie die WELT aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Beirut erfährt, soll die Partei den meisten der Demonstranten an den Übergängen zwischen Ost und West-Beirut jeweils 500 libanesischen Pfund (rund 230 Mark) gezahlt haben, damit sie die Übergänge blockieren und damit der Armee signalisiert werde, die derzeit unkontrollierbaren Verhältnisse in West-Beirut nicht zu ändern.

Gleichzeitig mit der provisorischen Normalisierung der Lage ist in Beirut eine Welle prosowjetischer Stimmen und Erklärungen zu beobachten. Die Zeitung As-Safir fragt symptomatisch für diese Grundstimmung in ihrer Schlagzeile: „Wann endlich wird

der Libanon die sowjetischen Signale mit Ja beantworten?“ Die Zeitung verfolgt zwar den Kurs der syrischen Besatzungsmacht, aber selbst gemäßigte und eher rechtsstehende Politiker fragen sich heute öffentlich, ob man nicht auf die sowjetischen Vorschläge eingehen solle, die Moskaus Vizepremier Aljiew bei seinem Geheimbesuch in Beirut Anfang April unterbreitete. Dabei handelt es sich in erster Linie um Waffenangebote für die libanesischen Armee. Als politische Gegenleistung solle Beirut das Lager der freien Welt verlassen und eine wohlwollend neutrale Haltung gegenüber Moskau einnehmen.

Dafür spreche, so As-Safir übereinstimmend mit konservativen Politikern, daß der amerikanischen Einfluß in der Region seit dem Abzug der Marines erheblich gesunken sei, der sowjetische hingegen zunehme. Bisher haben sich nur die christlichen Forces Libanaises eindeutig auf die Seite des Westens gestellt.

Was verbindet Toshiba Braunschweig und die EG?



TOSHIBA

Der Chip. Genauer gesagt, der EG-Chip.

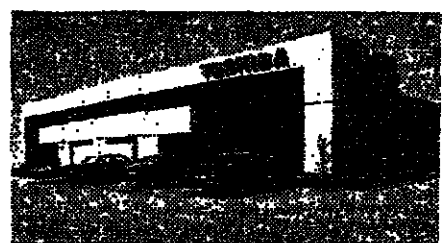
Das Ergebnis einer gelungenen Kombination: hochpräzise, deutsche Fertigungstechnik verbunden mit Toshiba's Elektronik-Hochtechnologie.

Ein Halbleiter, hergestellt in einem modern und zukunftsorientiert ausgerüsteten Werk. Bei Toshiba in Braunschweig.

Die drei wesentlichsten Faktoren für die außergewöhnlich hohe positive Produktionsquote bei statischen 16 K und statischen sowie dynamischen 64 K RAM-Einheiten sind: ultra-reine Atmosphäre, automatisierte Produktion und erstklassig ausgebildetes Personal.

Dank Toshiba Braunschweig können unsere Kunden in Gesamt-europa jetzt mit schnellster Lieferung rechnen.

Hergestellt in der EG für die EG. Der EG-Chip. Von Toshiba.



Toshiba Europa (L.E.) GmbH, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss 1 Büro München, Arabellastr. 33, 8000 München 81 Büro Stuttgart, Zeppelinst. 41, 7302 Ostfildern 4 / Toshiba Semiconductor GmbH, Grotian-Steinweg-Straße 10, 3300 Braunschweig

Der Bundesverband der Deutschen Industrie trauert um

Horst Backsmann

der am 9. Juli 1984 nach längerer schwerer Krankheit im 64. Lebensjahr gestorben ist.

Als Präsident des Verbandes der Automobilindustrie gehörte Horst Backsmann seit 1978 dem Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an. Die deutsche Industrie verliert in Horst Backsmann einen Unternehmer, der mit großem Engagement und im Wissen um die Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft entscheidend zur Wahrung der Interessen der deutschen Industrie beitrug.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V.

Wir trauern um

Horst Backsmann

Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA)

der am 9. Juli 1984 im 64. Lebensjahr verstarb.

Nach verantwortlicher Tätigkeit in den damaligen Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für wirtschaftlichen Besitz des Bundes sowie als Vorstandsmitglied der Volkswagenwerk AG wurde er 1978 zum hauptamtlichen Präsidenten des VDA gewählt. In dieser Position hat er neue Maßstäbe gesetzt.

Sein großes Pflichtbewußtsein, seine Geradlinigkeit im Denken und Handeln und seine Fähigkeit zur Freundschaft waren seine herausragenden menschlichen Eigenschaften.

Sein Name wird in der deutschen Automobilindustrie unvergessen bleiben.

Präsidium und Vorstand

VERBAND DER AUTOMOBILINDUSTRIE E. V. (VDA)

6000 Frankfurt/Main, den 9. Juli 1984
Westendstraße 61

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden am Montag, 16. Juli 1984, um 11.00 Uhr in Wolfsburg auf dem Waldfriedhof statt.

Anstelle etwaiger Kranz- und Blumengrüße wird im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der Lebensgemeinschaft e. V. Hofgut Sassen, Konto-Nummer 01 88 881 (BLZ 500 519 83) bei der Kreissparkasse Lauterbach/Hessen gebeten.

Am 9. Juli 1984 verstarb im Alter von 63 Jahren

Horst Backsmann

Präsident des Verbandes der Automobilindustrie seit 1978
Mitglied des Vorstands der Volkswagenwerk AG von 1969 bis 1977

Horst Backsmann hat von 1959 bis 1961 mit großem Engagement und Sachverstand im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Privatisierung des Volkswagenwerkes mitgestaltet.

1961 trat Horst Backsmann in die Volkswagenwerk AG ein und leitete bis 1968 als Syndikus die Rechtsabteilung des Unternehmens.

Nach Beendigung dieser Aufgabe übernahm Horst Backsmann das Vorstandsressort Personal- und Sozialwesen. Seine weitschauende Personalpolitik war bestimmt vom Betreten neuer Wege, die noch heute zum Wohle unserer Mitarbeiter Gültigkeit besitzen und richtungweisend sind.

Von 1971 bis 1977 im Vorstand für Öffentlichkeitsarbeit, Rechtswesen, Revision sowie volkswirtschaftliche Fragen zuständig, prägte Horst Backsmann dieses Ressort mit seinem Denken und Handeln.

Er hat durch seine Arbeit und seine Persönlichkeit dem Unternehmen gedient und war bei Kollegen und Mitarbeitern allseits beliebt.

Horst Backsmann hat für die Volkswagenwerk AG Zeichen gesetzt, wir werden ihn nicht vergessen.

Aufsichtsrat, Vorstand, Konzernbetriebsrat
und Belegschaft der
Volkswagenwerk Aktiengesellschaft

Wolfsburg, 12. Juli 1984

Trauerfeier und Beisetzung finden am Montag, 16. Juli 1984, um 11.00 Uhr in Wolfsburg auf dem Waldfriedhof statt.

Joh. 3. Vers 14, 15
Das Menschen Licht muß erhöht werden,
auf daß alle, die an ihn glauben,
das ewige Leben haben.

Prof. Dr. Ludwig Kiehn

* 2. 10. 1902 † 10. 7. 1984

Mein lieber Mann und guter Kamerad, unser gültiger Vater und geliebter Großvater ist nach einem reichbegnadeten Leben heimgegangen.

In Liebe und großer Dankbarkeit

Frida Kiehn geb. Zeyns
Almut Kiehn
Hanna-Barbara Sommer geb. Kiehn
Dr. Wolfgang Sommer
Christiane und Daniel
Karl Köster geb. Kiehn

2000 Hamburg 55, Strohhedder 19, am 10. 7. 1984

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 16. 7. 1984, um 10 Uhr auf dem Blankeneser Friedhof in Süldorf statt. Nach der Trauerfeier werden die Angehörigen im engsten Kreis zum Grab gehen.
Bitte keine Beileidsbesuche.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

74% Deutsche Mark-Anleihe von 1973
- WKN 465 031/40 -

Auslosung

Bei der am 4. Juli 1984 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen der Serie 9 - WKN 465 039 - mit den Stücknummern

30 001 bis 33 750 zu je DM 1000,-

47 501 bis 48 750 zu je DM 500,-

im Nennbetrag von DM 10 000 000,- gezogen worden.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. November 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mängel mit Zinscheinen per 1. 11. 1985 auf bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handelsbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypothek- und Wechselbank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhart
M. M. Warburg-Brockmann, Wirtz & Co.
Westfälische Bank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Oktober 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. November 1984 fälligen Zinscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingekauft.
Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 3, 6, 7 und 8 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Juli 1984

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen
Gemeinschaften

**Verbindungsstelle
Soudi Arabien**
Bietet deutschen Firmen Vertretung in SA. Bereiche:
Projekt-Engineering, Operation,
Maintenance und Administration
ab 1. 10. 1984.
Otto Zimmer, Schürmeyer Str. 569,
5100 Aachen, Tel. 02 41 / 57 13 78

Time-Sharing
für die Erweiterung unseres Vertriebsnetzes für den Verkauf von
sowie wir selbständige Partner in
der gesamten Bundesrepublik
Dänemark u. Belgien.
GKKORA, Immothilgen, 4000
Sportstr. 7, 4000 Düsseldorf 11
Tel. 02 11 / 59 30 31 oder 3



Helga Zepp-LaRouche,
Initiatorin des Schiller-Instituts

Ein gewaltiger Schritt zur Verhinderung der Abkopplung Westeuropas von Amerika ist getan!

Am 3. und 4. Juli fand in Virginia/USA die historische Konferenz des Schiller-Instituts statt, auf der eine neue positive Basis für die westliche Allianz formuliert und den über 1000 Delegierten aus 15 Nationen vorgestellt wurde. Das westliche Bündnis muß erhalten bleiben, aber es muß auf das Fundament der Ideen der Amerikanischen Revolution und der Deutschen Klassik gestellt werden.

Werden Sie Mitglied im Schiller-Institut, dem Institut für republikanische Außenpolitik!

2. Internationale Konferenz anlässlich des 40. Jahrestages des 20. Juli 1944

Hotel Leineschloß, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,
3000 Hannover,
Am 21. Juli 1984, Beginn: 15.00 Uhr

Bisherige Veröffentlichungen:

1. Das Protokoll der Konferenz von Virginia. (50,- DM)
2. Das Leben Schillers (20 min. Dokumentarfilm als Video-Cassette - 200,- DM)
3. Endlich die Wahrheit: Das Hitler-Buch (38,- DM)

Bestellungen: EIR,
Postfach 2308, 62 Wiesbaden
☎ 061 21 / 44 90 31

Schiller-Institut - Hinrichsweg 12 - 3000 Hannover
☎ 05 11 / 69 66 096 oder 05 11 / 350 05 44



Existenzgründung - Werden Sie unser Partner.

Wir sind ein Unternehmen im Exklusiv-Mietwagenverleih. Wir vermieten Daimler-Benz- und Porsche-Fahrzeuge.
Zum Zwecke unserer Expansion gründen wir Niederlassungen in den Bezirken: Hamburg-Bremen-Hannover-Düsseldorf/Essex-Frankfurt-Saarbrücken-Stuttgart-Freiburg-Nürnberg-Augsburg und München.

Wir suchen für diese Geschäftsbeziehung Partner, die sich zutrauen, selbständig eine dieser Niederlassungen zu führen. Sollten Sie an einer Geschäftsverbindung mit uns interessiert sein, schreiben Sie uns, wir werden uns umgehend mit Ihnen in Verbindung setzen.
Exklusiv Automobile Vertr. GmbH, Gruententstr. 24, 8972 Sonthofen

USA - INDUSTRIE- UND GROSSHANDELS- UNTERNEHMEN ZUM VERKAUF

Wenn Sie am Kauf privater Industrieunternehmen oder Vertriebsbetrieben in den USA interessiert sind, die jährliche Umsätze von 5 bis 50 Mio. Dollar erzielen (ein Mindestkapital von 5 000 000 ist erforderlich), dann wenden Sie sich bitte an:

Business Buyers International, Inc.
8 Century Drive
Parsippany, N. J. 07054 USA
Telex: 230 198 SWIFT UR. Attn.: „BBI“
Tel.: (201) 2 86 - 17 11

Anlageberater/Vermögensberater Vertriebsgruppen

Vertriebspartner für Erwerbsmodelle Berlin und Bundesgebiet gesucht.

Günstiger Gesamtaufwand, Mietgarantie, attraktive Vertriebsprovision.

Castell Wohnungsbau GmbH • Kurfürstendamm 18
1000 Berlin 15

Wir sind ein expandierendes Geschenkartikelunternehmen und suchen für die Postleitzahlgebiete 4 u. 5 einen

Handelsvertreter

Wir bieten eine lukrative Vertretung und ein Fixum von DM 7000,- in den ersten drei Monaten.

Wenn Sie an einer Übernahme der Vertretung interessiert sind, schicken Sie bitte Ihre aussagefähige Bewerbung an:

Robert Jacobsen KG
Angerburgerstr. 25, 2000 Hamburg 70

Wir sind eine seit mehr als 20 Jahren bestehende Handelsvertretung und bisher für

spannende Werkzeuge und technisch hochwertige, beratungsintensive Produkte im Industriebereich NRW tätig. Wir suchen die Übernahme einer weiteren

Vertretung, Gebiet NRW

Zuschr. erbeten unter S 7241 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FINANZANZEIGEN

BANKVEREIN BREMEN AG

Wachstraße 16, 2800 Bremen
Tel. 04 21 / 36 84-1; Telex 02 44 816

Aus unserem Jahresabschluß 1983

| | Mio. DM |
|----------------------|---------|
| Bilanzsumme | 431,0 |
| Geschäftsvolumen | 490,1 |
| Kundeneinlagen | 251,1 |
| Kundenkredit-Volumen | 282,9 |
| Haftende Mittel | 17,2 |

Für das Geschäftsjahr 1983 wurde eine Dividende von 10 % auf das dividendenberechtigte Grundkapital in Höhe von DM 8,5 Mio. ausgezahlt.

Der Geschäftsbericht 1983 kann von Interessenten bei uns angefordert werden.

Auch das „gute, alte Dampfradio“ profitiert vom Satelliten-Zeitalter

Klassik-Taste statt Senderwahlknopf

In einem Jahr ist es so weit: Die Bundesbürger bekommen Satelliten-Fernsehen frei Haus geliefert. Während bis Jahresende bestenfalls eine Million Fernsehprogramme in den Genuss von Kabelprogrammen kommen, bricht mit dem Start des Fernsehensatelliten „TV-SAT“ der Deutschen Bundespost im September 1985 endgültig das elektronische Medienzeitalter über die Matschbecken der Dampfradios.

Auf dem Angebot via Weltraum steht zunächst das vom ZDF produzierte „Europa-Programm“, das 14 Stunden pro Woche in der bewährten Mischung von Unterhaltung, Information und Bildung über die Bildschirmen gehen soll. Der Konkurrenzkanal der ARD will unter dem Titel „Weltprogramm“ unterhaltsame Familienprogramme, Live-Berichte, Opern, Dokumentationen und Sportübertragungen. Dazu ein gemeinsames Angebot aus europäischen Fernsehsendern – vergleichbar mit dem „Readers Digest“, unter dem passenden Titel „Viewers Digest“.

Werbung soll reichlich dabei sein, wenn auch nicht in der USA, wo Filme ja oft zum Ärger des Zuschauers an den spannendsten Stellen durch Werbespots unterbrochen werden, kündigt die Bundespost an. Daneben sind Spezialprogramme im Gespräch wie etwa die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth entwickelte Idee eines deutschen „Kulturkanals“, in dem Spitzenleistungen der Theater- und Filmszene gebündelt werden sollen.

Nicht ohne Reiz für die Bundesbürger dürfte auch der gleichzeitig gestartete französische Bruder TDF 1 des deutschen Fernseh-Satelliten sein. Über ihn lassen sich zwischen Rhein und Elbe nicht nur die gallischen Fernsehsendungen empfangen. Darüber hinaus wird der Pariser Satellit auch das deutschsprachige Fernsehprogramm von RTL über weite Teile der Republik abstrahlen.

So richtig interessant wird die Satelliten-Ara freilich nicht für die Bildschirm-Fans, sondern für die Freunde des guten, alten Dampfradios. Während der bundesdeutsche TV-Satellit nämlich nur über drei Bildschirme auf 16 Hertz-Programme abstrahlt, verfügt, strahlt er nicht weniger als 16 Hertz-Programme ab. Die Qualität ist wirklich super. Man könnte gleich eine Platte pressen! jubelten die Posttechniker nach Versuchsendungen mit einem bereits am Himmel aufgehängten Testsatelliten aus Anlaß der letzten Berliner Funkausstellung.

Allerdings lassen sich mit Rundfunkgeräten der bisherigen Bauart diese Satellitenkanäle nicht empfangen.

Dafür braucht in Zukunft aber auch niemand mehr mühsam am Senderwahlknopf zu kurbeln: „Hat man genügend „Klassik“ gehört, drückt man eine Taste mit dem Aufdruck „Jazz“, „Unterhaltung“ oder „Nachrichten“ oder anderem, und schon wählt der Tuner für uns den betreffenden Sender aus“, lobt die Bundespost die neue Radio-Zukunft in höchsten Tönen.

Allerdings hat auch dieser Fortschritt seinen Preis. Auf vorerst 2000 Mark, bei späteren Großserienfertigungen auf halb soviel, schätzen Fachleute den Preis für den Tuner zum Empfang von Satelliten-Hörfunk. Und beim Fernsehen kalkuliert Jürgen Krause vom Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt den Preis einer 0,9-Meter-Antenne einschließlich der Zusatzgeräte und der Montage auf rund 2000 Mark. „Will man auch ausländische Programme sehen, muß man wahrscheinlich einen 1,5-Meter-Spiegel einsetzen. Wer Programme, die etwa nach der französischen Secam-Norm verbreitet werden, auf nur nach PAL-System genormten bundesdeutschen Bildschirmen sehen will, benötigt ein weiteres Zusatzgerät.“ Dieser ganze Spaß für die technische Elite der bundesdeutschen Fernsehschüler schlägt dann mit rund 3000 Mark zu Buche.

FOLKER KRAUS-WEYSSER

KRITIK

Irritierender Pinienduft

Also, das ist schon eine ziemlich undurchsichtige Geschichte, die Pierre Boileau und Thomas Narcejac in ihrem Roman „Gesichter des Schattens“ erzählen und die unter der Regie von Kristian Kühn im ZDF zu sehen war. Doch auf jeden Fall war sie recht spannend. Es fragt sich nur, wie denn diese Spannung zustande kam.

Wenn schon ein Blinder buchstäblich hinter Licht geführt wird, dann folgt daraus ja nicht, daß auch dem Zuschauer das gleiche widerfährt. So hätte man beispielsweise doch gern – und nicht erst später durch den Sekundensprung einer Explosion – erfahren, wodurch Richard erblindete. Oder auch nur, wohnen man wirklich in den Urlaub fuhr, so daß der Held durch den Pinienduft ständig irritiert wurde. So aber mußte man konstatieren feststellen, daß der ganze Aufwand mit Reise und Begräbnis und sofort gesetztem Grabstein und Flucht aus dem Ferienhaus mehrere Nummern zu groß war für den Effekt, der sich schließlich einstellte.

Auch wenn man die überdurchschnittlichen Schauspielereinstellungen in ausnahmslos allen Rollen lobend in Betracht zieht: Man kommt nicht umhin festzustellen, daß in der Konstruktion dieses Krimis etliche Ma-

schen gefallen sind. Da stimmte vieles nicht – und das gilt nicht nur für die Briefe, die ein Blinder an die Polizei geschrieben haben soll. Daraus ergibt sich am Ende die Enttarnung: Spannung und beeindruckende Darsteller allein tun es eben nicht, wenn das logische Denken derart gering geschätzt wird.

KATHRIN BERGMANN

Break-Radler am Wasserklopp

Das war eine selten pralle Dreiviertelstunde, ein spätabendlicher Sinnenchaos, ein Beispiel für gutes Fernseh-Feuilleton – Jürgen Boettcher Bilderbogen Berliner Nachschreiber (ARD): Endlich einmal keine Aufzählung von Berlin-Klischees mehr, nichts von Kanzler-Ennui und all den üblichen Nachrichten aus dem Schankkasten Berlin, dem Glitzering, auf das die Stadt so oft reduziert wird.

Boettcher hat angefangen zu drehen, als das „normale“ Berlin sich vor dem Fernseher setzte, und er hat auf gehört, als die letzten Überlebenden einer vielfacettigen Nacht in die Taxis stiegen und der Zeitungsmann am Kiosk seine Waren auszulagern begann. So vieles hat er in seine 45 Minuten hineingesteckt, und doch ist er der Gefahr aller knappen Anthologien

virtuos entgangen, nicht zuletzt dank einem Kommentar, der klug abweg zwischen Faktenvermittlung und augenzwinkernden Aperçus.

Da gab es das mittelmäßige Operngeschehen zwischen Berliner Klassik- und japanischen Kodō-Schlagwerkern ebenso wie die Break-Radler am „Wasserklopp“, der stilisierten Weltkugel am Fuß des Europa-Centers; eine Blues-Session im guten, alten „Land's End“ nahe der Mauer, wo tief in der Nacht der Franzose Christoph und sein Kumpel als „Street Picassos“ das tragische Bauwerk der Trennung mit bunter Kunst bemalen.

Welcher Berliner kennt nicht die verlockenden Feuerstuhltreiter, die am Wochenende und abends die Nikolaus-see-Brücke bevölkern? Auch sie fanden Erwähnung, ebenso wie „Gulido's“ neues Kneipenrestaurant mit den „Beautiful People“ ohne das Schickimicki-Gesue vergleichbarer Plätze in Westdeutschland; das Metropol-Loft mit seinen Freak-Bands wie der russische Ex-Klassik-Geiger Jakob Lichtmann aus Odessa, der nun virtuose Nostalgie für Nachtschmenschen fiedelt...

Gegensätze, wie es sie in diesem friedlichen Miteinander wohl nur hier gibt und sonst nirgends. Das gelungene Psychogramm einer Stadt, aufgenommen von 7 bis 7.

ALEXANDER SCHMITZ

Ickx und die Präsidenten-Beleidigung

Wenn sich dieser Vorwurf nicht belegen läßt, ist er hässlich, ehrabschneidend und billig zugleich: Jean-Marie Balestre, der französische Präsident der internationalen Motorsportbehörde FIA, verdächtigt den belgischen Porsche-Werksfahrer Jacky Ickx (39) der Manipulation, mithin des Betrugs. Ickx habe als Renndirektor den Formel-1-Lauf von Monte Carlo zu jenem Zeitpunkt wegen Regens abgebrochen, als der Franzose Alain Prost auf McLaren-Porsche in Front lag und somit gewonnen. Balestre erklärte, für ihn sei es nicht akzeptierbar, daß ein und dieselbe Person gleichzeitig ein Fahrer mit Porsche-Vertrag, Sportkommentator für das französische Fernsehen und schließlich auch noch Renndirektor beim Großen Preis von Monaco sei.

Jacky Ickx, den Porsche-Sprecher Jantke als einen mit tiefem Gerechtigkeitsgefühl ausgestatteten „stolzsten Mann“ kennt, wurde auf Empfindlichkeit verletzt. Weil er für den 18. Juli wegen dieser Vorwürfe obendrein vor den Exekutiv-Ausschuß der FIA in Paris geladen ist,

ging Ickx an die Öffentlichkeit. Ickx erklärte, er werde Monsieur Balestre verklagen. Der Belgier will von den zuständigen Gerichtsstellen eine Wiedergutmachung wegen der Verleumdung erlangen, deren Opfer er durch den FIA-Präsidenten geworden bin.

Ein Streit um des Kaisers Bart? Es ist, weiß Gott, viel mehr. Denn es wird unterstellt, Porschess Nummer eins, nämlich Jacky Ickx, habe ein

Getriebe. Du bist die Spitze eines Eisbergs, die nach außen hin den Lorbeer kassiert, den der Lorbeer, den das ganze Team verdient hat. „Jacky Ickx hat in fast allen motorsportlichen Kategorien Lorbeeren gesammelt. Er war belgischer Motorrad-Meister im Moto-Cross und zweimal Vize-Weltmeister in der Formel 1, er siegte bei der berühmtesten Wüsten-Rallye Paris-Dakar und in der Formel-2-Europameisterschaft, er gewann sechs Mal das klassische

lich regnete es, und niemand konnte garantieren, ob in den nächsten zehn Minuten alles glatt gehen würde. Ickx stoppte das Rennen, um jegliches Risiko zu vermeiden. In der Formel 1 sollte man ihm dafür eigentlich Kränze flechten, denn gerade der Grand-Prix-Zirkus ist mal wieder drauf und dran, zur gedankenlosen, gefährlichen Geschäftsmacherei zu verkommen. Gewärtig des letzten Rennens in Dallas, auf aufgeweichter Straßendecke, zwischen Betonmatten und ohne Amslaufzonen aber für um so mehr Dollars, erscheint einem ein Jacky Ickx freilich als Don Quixotte einer Zukunft, die sich zunehmend prostituiert.“ („L'Equipe“).

In der Formel 1 sind Leute wie der Brüsseler Antiquitätenhändler Ickx längst zur Antiquität geworden. Gefragt sind bleibere Gasfuß und ausgestreckte Hand. Ickx sollte bei Niki Lauda in die Lehre gehen, dann würde er Balestres Vorwürfe nicht einmal als Kavaliereid empfinden können, denn in der Formel 1 gibt es längst keine Kavaliere mehr.

KLAUS BLUME

STANDPUNKT

von Balestre vergebendes Amt mitbringt, um seinen Markengefährten Alain Prost in der Formel 1 billig zum Sieg zu verhelfen. Unausgesprochen steckt dahinter die Verdächtigung, im Hause Porsche schreie man sogar vor Betrug nicht zurück, wenn nur der Erfolg in Ordnung geht.

Nun hat Jacky Ickx in der Branche seit 20 Jahren einen unadeligen Ruf. Über seine Arbeit als Rennfahrer sagt er: „Du bist nur ein Rädchen im

Langstrecken-Rennen „24 Stunden von Le Mans“ und acht Mal in der Formel 1, er war erfolgreicher und respektierter Direktor der belgischen Rennstrecke Spa-Francorchamps und umjubelter Werksfahrer bei Ferrari. Jantke sagt über ihn: „Er ist zweifellos einer der kompetentesten und intelligentesten Figuren der Branche – weit mehr als nur ein Lenkdradler.“

Deshalb hat Ickx das Rennen von Monte Carlo abgebrochen. Schließ-

SCHWIMMEN / Werbetour des Rekord-Olympiasiegers von München

Wie Mark Spitz sich selbst, eine Idee und Sonnenschutzmittel verkauft

ULRICH SCHMIDLA, Köln. Gestern war er in Stuttgart, heute ist er in München. Das Programm ist immer das gleiche, wie überall in den zehn größten Städten der Bundesrepublik: 9.00 Uhr Besprechung Mark Spitz mit den Trainern, 9.45 Uhr Begrüßung von Mark Spitz durch „Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft“, 10.30 Ansprache von Mark Spitz an die Teilnehmer dieser Veranstaltung, 10.45 Uhr Beginn des Schwimm-Unterrichts. Und so weiter, Mark Spitz, Mark Spitz, Mark Spitz.

Die Deutsche Lebensretungs-Gesellschaft (DLRG) war auf die Idee gekommen und hatte einen Sponsor gefunden (Piz Buin), nun tingelte er durch deutsche Städte, um zu werben: für den Sport („Schwimmen ist mit der gesündesten Sportart“, für seine Sportschuhe, Jogging-Anzüge, Schwimm- und Tauchanzüge, für die bekannten Sonnenschutzmittel, selbstverständlich. In Köln war Mark Spitz auch an einem Vormittag der Widersprüche.

Vor zwanzig Jahren war Mark Spitz das erste Mal in Köln. Auf einem Foto. Der amerikanische Schwimmtrainer George Haines hatte es auf seiner Deutschlandreise mitgebracht. Bei einem Vortrag in der Sportschule sagte Haines über den damals 14-Jährigen: „Das wird mal ein Olympiasieger.“

Mark Spitz wurde Olympiasieger, und was für einer. Seine sieben Goldmedaillen, die er 1972 in München jedesmal mit Weltrekord errang, sind eine unerreichte Leistung. Eine Traumkarriere wurde ihm auch außerhalb des Schwimmbeckens vorausgesagt, doch aus ihr wurde nichts so Rechtes.

Auf den Autogrammkarten, die jetzt bei seinem Besuch in Köln neben ihm auf dem Mattenwagen liegen, sieht er groß und schlank aus. Man würde ihn vom Foto her sicher auf 1,90 schätzen. Das Bild ist zwar schon 12 Jahre alt, aber selbst in dieser Zeitspanne kann ein Mensch nicht um so viele Zentimeter

shumpfen, zumal, wenn er noch so jung ist wie Mark Spitz. Denn in Wirklichkeit mißt der 34-Jährige amerikanische Superschwimmer vergangener Jahre höchstens 1,80 Meter. Ein Widerspruch.

In dem holzvertäfelten Kraffraum der Kölner Sportschule haben sich etwa 100 interessierte Studenten zu einem Gespräch mit dem siebenmaligen Goldmedaillengewinner von 1972 eingefunden. Das Gespräch gerät zum Monolog. Noch ein Widerspruch?

Mark Spitz sitzt da in weißen Turnschuhen, Bluejeans, gelbem Sweatshirt. Sein schwarzer Baseball und seine schwarze Haare, auf dem gelben Pullover noch einmal ein kitschiges Markenzeichen abgebildet, rahmen das Gesicht, das noch immer zu einem Filmhelden passen würde. Mark Spitz wurde keiner wie Tarzan Jonny Weismüller. Schon wieder ein Widerspruch?

Ein Dozent hält die Begrüßungsrede. Mark Spitz sitzt noch immer auf dem Mattenwagen, steht auf, rückt einige Matten zurecht, setzt sich wieder darauf. Er zappelt mit den Füßen. Sein Blick wandert an der Decke entlang. Er schiebt den Unterkiefer hin und her und fragt dann über Mikrofon, ob jemand eine Übersetzung benötige. Es meldet sich keiner. Niemand stört ihn also. Und doch hat er Schwierigkeiten. Mit seinen Füßen verheddert er sich ab und zu im Kabel. Er merkt es, verheddert sich wieder. Das Talent zum Showmaster besitzt er nicht. In Amerika haben sie das schon damals erkannt, als er mit seinen sieben Goldmedaillen Talkmaster werden sollte, eine Show-Größe mit Millionenverträgen.

Selbstverständlich, Mark Spitz verkauft noch heute dank seines großen Namens. Normalerweise Immobilien. Zur Zeit in Deutschland neben der Idee des Schwimmens eben dieses Sonnenschutzmittel. Nicht so direkt Flächen gegen Geld, mehr indirekt, so wie es alle machen, die im Sport Erfolg haben und hatten: Mit

dem Firmennamen auf dem Dress.

Das kann er. In Köln ist das übliche Programm verändert worden, der Hochschule wegen. Keine Lehrstunde für die Öffentlichkeit, wie in Düsseldorf, Dortmund, Hamburg oder Stuttgart, sondern etwas für die Wissenschaft. Schwerpunkte der Vorbereitung auf Mexiko und München, Kennzeichnung des Stellenwertes und der Anwendung psychologischer, Wettkampf- und Trainingsverfahren und soziale Hintergründe der US-Schwimm-sportkarrieren standen auf dem Programm. Und dann die Demonstration von Schwimmtechniken.

Noch einmal erzählt Mark Spitz die Geschichte seines Erfolges, den anschließenden Mißerfolg im amerikanischen Show- und Werbegeschäft erwähnt er nicht. Er kann sich nicht produzieren. Er spricht von sich als einem Teil einer fortwährenden Entwicklung. Deshalb würde er es auch bedauern, wenn sein Rekordgewinn an Goldmedaillen nicht mehr gebrochen würde. „Ich möchte diesen Tag noch erleben“, wünscht er sich, der widersprüchliche Rekordhalter.

Als bei den anschließenden Fragen der Studenten der Name Michael Groß fällt, huscht dem Amerikaner ein Lächeln übers Gesicht. Damit habe er gerechnet. „Michael Groß kam in Los Angeles zwei Goldmedaillen gewinnen, wenn ihm der Druck der Öffentlichkeit nicht zu stark belastet“, sagt Mark Spitz. Für seinen Nachfolger hält er den Deutschen offenbar nicht. Aber Michael Groß hält auch Mark Spitz, den großen Mark Spitz, nur noch für sportliche Vergangenheit. Der Versuch, beide gemeinsam auf ein Foto zu bekommen, gelang erst nach mühsamen Anläufen. Michael Groß: „Das tut er doch nur, weil es seinem Image nutzt.“

Der Rekord-Olympiasieger und einer seiner möglichen Nachfolger: eine sportliche Legende, die sich auch noch in der Gegenwart verkaufen muß, und ein kommender (möglicher) Olympiasieger, der „diese ganze Verkauft“ nicht mag. Widersprüche.

LEICHTATHLETIK

Lob für Schmid: „Eine Gefahr für Edwin Moses“

sid/apa, Lausanne. „Edwin Moses muß sich vor diesem Deutschen hüten“, lobte der steuende Hürdenläufer Bart Williams. Sein amerikanischer Teamgefährte Tony Rambo sagte: „Dieser Deutsche ist viel stärker als ich gedacht hatte.“ Die Zeitung „Le Matin“ faßte alles in einem Wort zusammen: „Phantastisch!“ Harald Schmid (26) war gemeint, der Europameister über 400 Meter Hürden, der beim Sportfest in Lausanne mit 47,89 Sekunden das zweitbeste Rennen seiner Laufbahn absolvierte.

Schmid, der nur bei seinem Europameisterschaftslauf 1982 in Athen mit 47,48 Sekunden (Europarekord) schneller war, schien das Lob gar nicht recht zu sein: „Diese Zeit verunsichert mich total. Das Rennen war viel zu schnell. Vielleicht war das schon mein Saisonhöhepunkt. Jetzt fürchte ich, daß ich zu früh in Form

bin. Am Ende wirkt sich gerade das in Los Angeles negativ aus.“

Anzeige
13-Mio.-DM-Auftrag aus Südafrika
Dampfurbesatz von AEG für südafrikanisches Chemieunternehmen

Aus Südafrika erhielt die AEG-KANIS einen 13-Mio.-DM-Auftrag zur Lieferung eines Doppeltemperatur-Kondensationsurbesatzes mit einer elektrischen Leistung von 36 MW. Auftraggeber ist die AECI Ltd., die eine große Chemieanlage in Midland in der Nähe von Johannesburg/Südafrika betreibt und die mit der neuen Anlage den anfallenden Abdruck zur Stromerzeugung nutzt. Der Auftrag umfaßt außer dem Turbosatz mit der luftgekühlten Kondensationsanlage auch mehrere Dampfpreduzier- und -Kühlstationen sowie das gesamte Engineering für das Maschinenhaus. Die Turbine und der zweipolige Drehstromgenerator werden Mitte 1985 in Betrieb genommen.

Warum diese Angst vor der eigenen Courage? Immerhin gibt es für das schnelle Rennen von Schmid zwei einleuchtende Erklärungen: Einmal für die warme Wetter die Leistung, zum anderen ist es zuvor schon Schmid's Ehefrau Elzbieta, die Schwester der polnischen Hürdenweltrekordlerin Grazyna Rabszryn. „Sie hat“, sagte Schmid, „mit mir in diesem Jahr viel an meiner Hürden-technik gefeilt.“

In Lausanne sah man das erste Ergebnis: So flüssig, so elegant überließ Schmid die Hürden, daß selbst Fachleute sich erstaunt die Augen rieben. Und Harald Schmid will mehr, schließlich hat er sich nicht ein Jahr für nichts und wieder nichts zum Studium betreiben lassen. Schmid: „Jetzt wird erst einmal noch härter trainiert, damit es nicht in Los Angeles heißt: Der Schmid war ja in Lausanne ganz gut, aber bei den Olympischen Spielen hat er nicht viel gebracht.“

Im Schatten des Hürdenrennens standen in Lausanne die anderen Wettbewerbe. Pierre Quinon (Frankreich) war mit 5,80 m im Stabhochsprung nicht zu schlagen. Er schaffte es erst an der Weltrekordhöhe von 5,80 m. Der Kölner Carlo Thränhardt mußte sich trotz 2,30 m im Hochsprung mit Platz drei begnügen. Jacek Wozna (Polen) und Roland Dalhäuser (Schweiz) lagen mit gleicher Höhe vor ihm, Olympiasieger Gerd Nagel (Frankfurt) mit übersprungenen 2,25 m allerdings noch weiter zurück. Europameister Hans-Peter Ferzer erzielte mit 1,45 m Minuten eine deutsche Jahresbestleistung im Lauf über 800 Meter. Der Versuch des Markkronen Aouita, den Weltrekord über 5000 m zu ergreifen (13:00,42), scheiterte in 13:12,51 Minuten.

OLYMPIA

Einigung mit der Polizei

sid/apa, Los Angeles

Der Streit um die Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen bei den Olympischen Spielen ist endlich beigelegt worden. Nach der Einigung zwischen den beiden beteiligten Parteien wird das Organisationskomitee (LAOOC) der Polizei von Los Angeles für die Sicherheit im Olympischen Dorf und den neun olympischen Sportstätten 9,5 Millionen Dollar zahlen. Ursprünglich wollte das LAOOC nur 4,4 Millionen Dollar ausgeben.

Die Sicherheitskräfte müssen vor allem mit Anschlüssen des Ku Klux Klan rechnen. Die amerikanische Untergrundorganisation hat Morddrohungen gegen die Olympia-Teams von Sri Lanka, Malaysia und Singapur ausgesprochen. In einem Brief des Ku Klux Klan an das NOK von Singapur heißt es: „Wir werden nicht erlauben, daß schwarze und gelbe Affen an den Spielen teilnehmen.“

Probleme werfen auch die Visaanträge von bulgarischen und sowjetischen Funktionären auf, die als Kampfrichter teilnehmen wollen. Mario Baggi, Mitglied des Repräsentantenhauses, forderte das Außenministerium auf, diese Anträge abzulehnen. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte jedoch: „Kein Kampfrichter, der eine olympische Identitätskarte besitzt, wird am Betreten der USA gehindert.“

SPORT-NACHRICHTEN

Sieg für Olympia-Auswahl

Marburg (dpa) – Die deutsche Olympia-Auswahl kam in einem Vorbereitungsspiel für das Fußball-Turnier bei den Spielen in Los Angeles gegen den hessischen Landesligaklub FSV Cappel zu einem 8:0-Erfolg. Vor 1500 Zuschauern in Marburg war Dieter Schatzschneider mit drei Toren erfolgreichster Schütze.

Großer Empfang für Lendl

Prag (dpa) – Auf dem Flughafen von Prag gab es einen großen Empfang für Tennisstar Ivan Lendl, der nach einjährigem Abbruch erstmals wieder in der CSSR reiste. Lendl wurde vom Vorsitzenden des Sportverbandes der CSSR begrüßt und in den Regierungssalon des Flughafens gebracht. Der lange mit dem Verband im Streit lebende Lendl wird am Wochenende für die CSSR im Davis Cup gegen Frankreich spielen.

Tennis: Kohde holt auf

Bonn (sid) – Die Saarbrückerin Claudia Kohde arbeitet sich in der Weltangst wieder nach oben und steht nach den Turnieren in Paris, Eastbourne und Wimbledon bereits auf Platz neun.

Bagni will nicht zu Neapel

Laeca (sid) – Salvatore Bagni will nicht zum AC Neapel wechseln, sondern bei Inter Mailand bleiben oder seine Karriere als Fußballspieler beenden.

Hockey: Hohe Niederlage

Frankfurt (sid) – Die deutsche Hockey-Auswahl der Junioren unterlag in einem Freundschaftsspiel gegen die Damen-Mannschaft Australiens in Frankfurt mit 0:5. Am Wochenende tragen die Australierinnen gegen die deutsche Damen-Nationalmannschaft zwei Länderspiele aus.

Schwere Gruppe

Genf (sid) – Bei der Auslosung der Europameisterschaft für Fußball-Nationalmannschaften der Damen erhielt Deutschland eine schwere Gruppe zusammen mit Finnland, Dänemark und Norwegen. Dänemark gehört zu den stärksten Teams der Welt.

ZAHLEN

TOUR DE FRANCE, 12. Etappe von Saint-Germain nach Elagnac (111 km): 1. Poisson (Frankreich) 2:39,18 Stunden, 2. Vanderaerden (Belgien) 10 Sek. zurück, 3. van Vliet (Niederlande) 20 Sek. 4. Vallet (Frankreich), 5. Hoste (Belgien) beide 30 Sek. 6. Garbrier (Frankreich) 38 Sek., 132. Dietzen (Deutschland) 2:04 Min. zurück. – Gesamtwertung: 1. Berteaux 54:17,21 Stunden, 2. Le Goullou 54:17,21 Stunden, 3. Fignon (Frankreich) 10:25, 4. Veldscholten (Niederlande) 12:28, 5. Hilairet (Frankreich) 12:38, 6. Anderson (Australien) 13:29 Min. zur.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 Die Fledermaus
Deutscher Spielfilm (1944/1945)
Mit Johannes Heesters u. a.

12.00 Tagesschau
12.15 ZDF Magazin
12.30 Tagesschau
12.50 Tagesschau

13.30 Tagesschau
13.40 Glink ist eine Entscheidung
Die vier Gesichter der Marie Lortie

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Magazin
Anschl. heute-Schlagzeilen

14.30 Die drei Verrückten
14.40 Spielplatz
17.20 Tour de France
14. Etappe:
Rodez – Domaine du Château de Rodez

18.00 Radio – Hotel Socher ... Portier
Der Filmregisseur Adalbert Meyer hält, zusammen mit einem exzentrischen Stummgest, Chetpott Huber ganz schön auf Trab. Doch interessant wird es erst, als sich in dem Wiener Hotel einige Freunde aus vergangenen Zeiten wiederfinden...

17.30 Tagesschau
Daw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau

19.00 heute
19.20 Von Kiste zu Kiste
21.00 Konstante
Es geht ums Leben
Paragraf 218: Wo bleiben die Männer?
Moderation: Michael Albus

21.15 Der verurteilte Planet
Anmerkungen zur Lage des homo sapiens
Erst um das Jahr 2020 wird die Vernichtung des Welches ein Ende finden, aber nur, weil es dann keinen mehr gibt... In dieser Dokumentation macht Döbner auf die Gefahr aufmerksam, welche ungeheure Anstrengungen nötig sind, dem Problem der Umweltzerstörung und der Überbevölkerung zu begegnen.

21.45 heute-journal
22.00 Telestar
Das Automagazin mit Harry Valentin
Das Auto – ein Wegwerfprodukt? Der Trend zum Freizeitauto: Der Jeep / Diskussion über Sinn und Unsinn der neuen Notruf- / Autotest: Honda Civic Shuttle

21.45 Tagesschau
Dieter Prützel präsentiert musikalischen Nachwuchs.

22.30 Tagesschau
22.50 Das zweite Erwachen der Christa Klages
Deutscher Spielfilm (1978)
Mit Tina Engel, Silvia Ralva u. a.
Regie: Margarete von Trotta
Christa und Werner haben eine Bank überfallen, um mit dem Geld einen Kinderkranz zu unterstützen.

0.30 Tagesschau

Bei diesen Temperaturen wird's auch mancher Enten zu heiß (Walt Disney's Micky und Donald: 50 Jahre Donald Duck – ARD, 21.15 Uhr)



FOTO: KÖVSEDI

SPD-Umfrage: FDP würde in Berlin nur drei Prozent erhalten

HANS R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner FDP würde gegenwärtig bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus an der Fünf-Prozent-Grenze scheitern. Blicke es dabei, könnte der CDU/FDP-Senat seine Arbeit im Frühjahr nicht fortsetzen, zumal auch der Anteil der Union „bröckelt“.

Nachdem bereits der Senat kürzlich eine Ennvid-Umfrage unter 1517 repräsentativ ausgewählten Berlinern auswertete, die die Freien Demokraten bei vier Prozent sah, legte jetzt die SPD eine Infratest-Umfrage unter 1210 Berlinern vor. Nach der sogenannten Sonntags-Frage ergab sich folgendes Bild: CDU 46, SPD 37, Alternative Liste elf und FDP drei Prozent. Acht Prozent der Befragten gaben keine Antwort.

Die SPD kann offenbar hoffen, unter Hans Apel wieder einen großen Teil früherer Anhänger zurückzugewinnen. 59 Prozent der SPD-Sympathisanten bezeichneten sich jedenfalls als Stammwähler, während der Anteil bei der CDU 54 Prozent betrug. Lediglich 14 Prozent der AL-Anhänger behaupteten das auch von sich. Jeweils 17 Prozent der CDU- und SPD-Anhänger ließen offen, wie sie sich tatsächlich am Wahltag entscheiden und ordneten sich als „ungebundene Situationswähler“ ein.

Bei den Sozialdemokraten gründet sich die Hoffnung auf ein besseres Resultat, als 1981 unter Hans-Jochen Vogel (38,3 Prozent), auf den Umstand, daß die SPD gegenüber einer Umfrage nach dem Senats-Sturz im Frühjahr 1981 um fünf Punkte besser liegt.

Die bedenkliehen FDP-Zahlen müssen unter dem Vorbehalt gesehen werden, daß die Berliner Freien Demokraten in der Regel von den Zweitstimmen profitieren und beispielsweise vor den Wahlen 1979 und 1981 in Umfragen ebenfalls unterhalb der Fünf-Prozent-Grenze lagen. Die neuerliche Umfrage läßt jedoch erkennen, daß sich bei der FDP so gut wie nichts „bewegt“, während die CDU mit Minus, die SPD hingegen mit Pluszeichen notiert wird.

Terroristen in Wien Anhänger Bhuttos?

dpa, Wien

Die neun in Wien festgenommenen mutmaßlichen Terroristen, bei denen erhebliche Mengen Waffen und Sprengstoff gefunden worden waren, haben sich als Anhänger des hingerichteten ehemaligen pakistanischen Präsidenten Bhutto ausgegeben. Nach Angaben der Polizei planten die Verhafteten in den ersten Juli-Tagen eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern in Wien zu überfallen und „bis zu 200 Geiseln“ zu nehmen, um politische Gefangene in Pakistan freizupressen.

Auf dem Weg nach Wien hatte die Gruppe offenbar in Damaskus Station gemacht, um dort die Einzelheiten ihres Auftrages zu erfahren.

Vorbehalte Moskaus gegen Honecker-Reise

„Neues Deutschland“ druckt sowjetischen Kommentar

hrk, Berlin
Die Sowjetunion begibt offenbar noch immer erheblichen politischen Vorbehalte gegen die geplante Reise von Erich Honecker in die Bundesrepublik. Dies ergibt sich aus einem Tass-Kommentar zum Honecker-Interview im „Messaggero“, den das SED-Blatt „Neues Deutschland“ gestern anstelle eines eigenen Beitrags in seiner Kommentarspalte nachdruckte. Tass unterschlägt dabei jeden Hinweis auf Honeckers nunmehr unumstößliche Festlegung über „meinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland“ in dem Gespräch mit der italienischen Zeitung.

Der zwispaltige Tass-Kommentar enthält lediglich eine Zusammenfassung von Äußerungen, die offenkundig allein ins Bild der sowjetischen Außen- und Westpolitik passen. Es fehlt nicht die Wiedergabe von Honeckers Lob, die UdSSR habe ihre Bereitschaft bekräftigt, „diese Fragen (Abrüstung, d. Red.) ernsthaft am Verhandlungstisch zu erörtern, sobald die amerikanische Seite die von ihr geschaffenen, im Grunde ultimativ Bedingungen für Verhandlungen rückgängig macht“.

Dagegen geht Tass bezeichnenderweise nicht auf die Formulierung Honeckers ein, die Regierung in Ost-Berlin wolle bei einem Abbau der Pershing II in der Bundesrepublik „dann die gleichen Schritte unternehmen, damit auch die bei uns als Gegenmaßnahme aufgestellten operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite wieder abgezogen werden“.

Zum Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland greift die sowjetische Nachrichtenagentur ausschließlich die scharfe Replik von

Honecker auf das Stichwort „Wiedervereinigung“ auf, das die italienischen Journalisten genannt hatten. Honecker wird bei Tass mit dem Hinweis zitiert, wer einem „Offenhalten der sogenannten deutschen Frage“ das Wort rede, verfolge das Ziel, den territorialen Status quo in Europa zu revidieren.

Die sowjetische Seite zeigte nach Informationen aus dem Rathaus Schöneberg auch beträchtlichen Unmut über die offenbar ohne längere Rücksprache getroffene Entscheidung Ost-Berlins, den Grenzübergang Staaken länger als vertraglich vorgesehen für weitere drei Jahre offenzulassen. Die Fernstraße 5 führt als Zubringer zur Hamburg-Autobahn durch ein dichtgestaffeltes sowjetisches Kasernen- und Panzerübungsgelände, das die Sowjets endlich vor westlichen Einblicken sicher wissen wollten.

In Kreisen der sowjetischen Botschaft unter den Linden versäumen maßgebliche Mitarbeiter auch nicht, bei halböffentlichen Treffen mit westlichen Vertretern ihren Argwohn gegenüber der Westpolitik der „DDR“ zu äußern. Sie sprechen von einem Element der „Destabilisierung“, das sie in bezug auf eine einheitliche Politik des Ostblocks befürchten.

Moskau sieht die geplante Honecker-Visite im Südwesten Deutschlands anscheinend auch deshalb nicht gern, weil es zunächst eine Reise von Generalsekretär Tschernenko nach Bonn abwarten will. Bei seinem Besuch in Moskau vor einiger Zeit hatten die Gastgeber gegenüber Bundesaußenminister Genscher andeutet, daß er mit einer derartigen Visite könne zum Jahresende oder aber erst später gerechnet werden.

„Wie ein Bombenangriff“

Fortsetzung von Seite 1

über eine zirka 40minütige Serie von Explosionen und einer „mindestens 15 Meter hohen Feuersäule“ über den Kasernenkomplex, eine „Geräuschkulisse wie bei einem Bombenangriff“.

Es wurden weder zivile noch militärische Feuerlöschergruppen der Nationalen Volkspolizei auf das sowjetische Kasernengelände gelassen. So verging lange Zeit bis die russischen Feuerlöschgruppen eintrafen. Die „Schwerer Volkszeitung“ meldete die Explosion bereits am nächsten Tag. Dieser Bericht ging offensichtlich auf eine Anweisung der SED-Betriebsleitung in Schwerin zurück.

Die ersten Berichte über die Detonation in Seweromorsk, bei der 580 der zur Nordmeerflotte gehörenden 900 Luftabwehrkräften der Typen SA-N-1 und SA-N-3 sowie 320 der 400 SSF-Raketen des Typs SS-N-3, atomare Trägerkörper des Typs SS-N-12 und der gesamte Bestand von rund 80 SS-N-22 Boden-Bodenraketen zerstört wurden, hatten aufgrund der Beobachtungen von Wetterstationen von einer atomaren Explosion ge-

sprochen. Diese Meldungen wurden nicht bestätigt.

Die gewaltige Zerstörung, bei der mindestens 200 Personen getötet wurden, bedeutet nach der Analyse von „Jane's Defence Weekly“, daß die Nordmeerflotte, die stärkste der vier sowjetischen Flotten, ihre 148 Schiffe in absehbarer Zeit nicht adäquat wiederbewaffnen kann. Ein Wiederaufbau des Marinestützpunktes wird mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Offenbar sind aber die unterirdischen Munitionsspeicher bei Seweromorsk, in denen SS-N-17-Raketen für die 190 Unterboote der Nordmeerflotte gelagert sind, nicht explodiert.

Nach bisherigen Auswertungen zeigt die Explosionsausbreitung, daß die Munitionslager in offenbar zu engen Abständen angelegt worden sind, so daß es zu einer Kettenreaktion kam. Die „Jane's Defence Weekly“ vermutet, daß die Explosion in einem Großmagazin ihren Anfang nahm. Amerikanische Experten sprechen von mangelnden technischen Vorkehrungen und schlechter Ausbildung des Personals.

Geißler zum Streit um Pro Familia: Das geltende Recht einhalten

WELT-Interview mit dem Bundesfamilienminister / „Es geht nicht um Kulturkampf“

DW, Bonn
Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat in einem WELT-Interview seine Kritik an den Beratungspraktiken der Organisation Pro Familia verteidigt. Mit Geißler sprach Manfred Scheil.

WELT: Warum wollen Sie Pro Familia den Status einer offiziellen Beratungsstelle aberkennen?

Geißler: Es geht überhaupt nicht darum, eine neue Diskussion um den Paragraphen 218 zu eröffnen. Die Position der Bundesregierung ist klar. Wir streben keine Änderung des Paragraphen 218 an. Aber es geht darum, daß das geltende Recht eingehalten wird. Und nach dem geltenden Recht, nämlich dem Paragraphen 218 b, haben die Beratungsstellen über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für schwangere Mütter und Kinder zu beraten und insbesondere die ratsuchende schwangere Frau über solche Hilfen zu informieren, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern. Das ist die gesetzliche Regelung.

Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Mittel, die die Bundesregierung Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens - zur Verfügung stellt, Hilfen im Sinne dieses Gesetzes sind. Denn sie sollen ja dazu dienen, Frauen, die sich in der sozialen Not befinden, zu helfen. Natürlich nicht alle, sondern zusammen mit dem Erziehungs- und den anderen familienpolitischen Leistungen.

Demgegenüber hat nun der Bundesvorstand von Pro Familia mehrfach erklärt, daß er die Mitarbeit an dieser Bundesstiftung ablehnt und darüber hinaus die Mittel der Bundes-

stiftung öffentlich als Almosen mit Zwangscharakter, als Geburtenprämie und einiges andere mehr diskriminiert. Dies bedeutet, und das ist mein Vorwurf, daß Frauen, die zur Beratung zur Pro Familia kommen, schon einen wichtigen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel, nämlich denen der Bundesstiftung, ausgespart werden, zumindest Gefahr laufen, ausgespart zu werden. Eine Beratungsstelle, die ratsuchenden Frauen solche Hilfen verweigert, handelt entgegen dem Geist und Sinn des Gesetzes und erfüllt infolgedessen nicht die Voraussetzungen für eine Anerkennung.

WELT: Herr Geißler, Pro Familia finanziert sich nach eigenen Aussagen zu 80 Prozent aus öffentlichen Mitteln. Das heißt also, wenn Sie sich mit Ihrer Forderung durchsetzen, müßte die Beratungsstelle ihre Tätigkeit beenden?

Geißler: Ich will dies gar nicht. Sondern ich möchte haben, daß Pro Familia den Auftrag des Gesetzes ernst nimmt und die Frauen über alle Hilfen berät, die es ihnen ermöglicht, das Kind auf die Welt zu bringen. Aber dann muß Pro Familia von dieser offiziellen Empfehlung hernterkommen und wenn Pro Familia jetzt sagt, daß sie bei der Beratung sehr wohl auf die Hilfen aufmerksam machen wolle, die von der Bundesstiftung gegeben werden, dann ist es natürlich in einem hohen Maße moralisch doppelbödig. Man kann ja nicht eine solche Äußerung jetzt tun und vorher auf Bundesebene gegen die Bundesstiftung Agitation betreiben. Außerdem ist eine solche Äußerung ungläubig, da aufgrund der Charakterisierung der Mittel der Bundesstiftung

durch Pro Familia die ratsuchenden Frauen ja gerade davon abgehalten werden, die Mittel in Anspruch zu nehmen.

WELT: Wie werden Sie weiter vorgehen?

Geißler: Ich werde jetzt an die Minister der Länder noch einmal schreiben und sie informieren über meine Rechtsauffassung. Ich werde auch an den Minister Farthmann schreiben, der nun eine völlige Verdrehung meines Anliegens und meiner Kritik an Pro Familia vorgenommen hat. Es geht überhaupt nicht um einen Kulturkampf, um Paragraph 218, sondern darum, daß das geltende Recht, das er als einen tragbaren Kompromiß angesehen hat, auch wirklich eingehalten wird. Im übrigen bin ich auch der Auffassung, das will ich gerade Herrn Farthmann auch sagen, daß die Praxis, die ja in vielfältiger Weise darauf hinaus läuft, daß durch die Hintertür die vom Gesetzgeber und vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Fristenlösung wieder eingeführt wird, sich auf einer Ebene befindet mit einer Entwicklung, die ohnehin das geltende Recht opportunistischen oder machtorientierten Interessen zu opfern bereit ist. Das liegt auf einer Ebene, mit Demütigungen und Bedrohungen arbeitwilliger Arbeiter durch Streikposten oder mit den von der SPD und auch den Grünen unterstützten rechtswidrigen Nötigungen und angeblichen nur formalen Gesetzesverletzungen der sogenannten Friedensbewegung. Hier ist der größere Zusammenhang zu sehen. Gerade die Sozialpolitiker wissen, daß die sozial Schwächeren die Leidtragenden sind, wenn der Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

Vorstoß für höheres Arbeitslosengeld

CDU-Sozialpolitiker: „Auf früheres Maß anheben“ / CSU regt Beitragssenkung an

GISELA REINERS, Bonn

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollten nach Ansicht des CDU-Sozialexperten Adolf Müller (Rheinland) wieder auf „das frühere Maß“ angehoben werden. Die Überschüsse von rund drei Milliarden, die in diesem Jahr bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg anfielen, sollten dafür verwendet werden, sagt Müller gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Seine Vorschläge werden vom Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Alfons Müller (Wesseling), „voll unterstützt“. Die CSU dagegen regt eine Beitragssenkung für Nürnberg an.

Müller (Rheinland) ging damit auf Äußerungen des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr ein, der von einer „neuen Armut“ bei Arbeitslosen gesprochen hatte. Muhr bezeichnete es als „sozialpolitische Katastrophe“, daß Arbeitnehmer zu langer unverschuldeter Arbeitslosigkeit verdammt würden, ohne daß eine „menschenwürdige Existenz“ ge-

sichert sei. Deshalb müsse jeder Erwerbslose zumindest einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe erhalten. Für alle müsse eine „bedarforientierte Mindestsicherung“ gewährleistet sein.

Müller (Rheinland) meinte zum Problem der Langzeit-Arbeitslosen, es müsse überprüft werden, ob die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld verlängert werde, „um die Leute von der Sozialhilfe fernzuhalten“. Darin sei er sich mit Muhr einig. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß der Bund „sehr viel in den Etat der Bundesanstalt hineingeschossen hat“.

Der CDU-Abgeordnete Müller (Wesseling) schlug vor, Arbeitslosengeld und -hilfe jeweils ein halbes Jahr länger zu zahlen. Das komme vor allem den Älteren zugute, die oft ohne Schuld „vom Arbeitslosen ausgeschlossen“ würden und bei der Sozialhilfe landeten. Nach Darstellung des Arbeitsministeriums wird die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg den eingeplanten 1,7-Milliarden-Zuschuß

nicht benötigen. Ob sie darüber hinaus einen Überschuß erzielen werde, sei nicht abzusehen.

Muhr hatte vorgerechnet, daß der Anteil der Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld weiter schrumpfe. 1983 war der Zugang zur Unterstützung aus Nürnberg 36 Monate Beiträge gezahlt hat, erwirbt Anspruch auf höchstens ein Jahr Arbeitslosengeld. Anschließend Arbeitslosenhilfe (zu zahlen aus der Bundeskasse) wird nur bei Bedürftigkeit gewährt. Arbeitslosengeld beträgt 68, bei Alleinstehenden und Kinderlosen 63, Prozent vom Nettolohn (ohne Feiertags- und Nachtzuschläge). Arbeitslosenhilfe 58 und 56 Prozent. Armut unter Arbeitslosen sei wieder zum festen Bestandteil des Sozialstaats geworden, meinte Muhr.

Im Juni war die Quote der Leistungsempfänger von 65,1 auf 63 Prozent gesunken. In absoluten Zahlen: Von 2,1 Millionen Erwerbslosen erhielten nur 1,3 Millionen Stempelgeld.

Anschlag auf Botschaft Libyens in Beirut

AFF, Beirut

Sieben maskierte Männer haben gestern vormittag einen Sprengstoff-Anschlag auf die libysche Botschaft in Beirut verübt. Für das Attentat, bei dem niemand verletzt wurde, übernahmen die „Brigaden Mussa Sadr“ die Verantwortung. Ein anonymes Anrufverbot im Namen der „Brigaden“, daß der Besuch des libyschen Außenministers Abdel Salam Triki in Beirut weitere anti-libysche Aktionen zur Folge hätte. Das libanesische Kabinett beriet unterdessen über Möglichkeiten zur Regelung des Problems der im Verlauf des Bürgerkrieges vermissten Personen.

Die libysche Botschaft war im Morgengrauen von sieben schwerbewaffneten, maskierten Männern gestürmt worden, die die libyschen Wachen und libanesischen Polizisten ausgeschaltet hatten. Die Attentäter brachten in einem Fahrschulbusch eine Sprengladung an und lösten die Explosion durch Fernzündung aus. Der Anschlag verursachte großen Sachschaden. Wie die libanesische Polizei mitteilte, meldete sich kurz nach dem Attentat ein anonymes Anrufverbot, bei dem ein ausländischer Journalist und Teile mit ein „Kommando der Brigaden Mussa Sadr“ habe die Drohungen gegen die libysche Vertretung in der Tat umgesetzt. Der Anruf warnte davon, den libyschen Außenminister Triki in Beirut zu empfangen. Triki traf am Mittwochvormittag in Damaskus mit Staatspräsident Hafez el Assad zusammen und sollte noch am Nachmittag nach Beirut weiterreisen.

Die „Brigaden Mussa Sadr“, eine radikale schiitische Organisation, haben bereits durch eine Reihe anti-libyscher Anschläge von sich reden gemacht. Sie verlangen von Libyen die „Freilassung“ des Schiiten-Imam Mussa Sadr, der in Libyen 1978 verschwunden. Während die libanesischen Schiiten Libyen beschuldigen, den Imam möglicherweise ermordet zu haben, behauptet Libyen, er sei nach Italien abgereist.

Intercity vorerst nicht nach Berlin

rrt, München

Berlin wird vorerst nicht an das schnelle Intercity-Netz der Deutschen Bundesbahn angeschlossen. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger sagte gestern zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs seines „DDR“-Amtskollegen Otto Arndt vor der Presse, die Elektrifizierung und Rekonstruktion der Strecke von Hannover nach Berlin würde nach westlichen Berechnungen mindestens eine halbe Milliarde Mark kosten. Dies sei aber für die Bundesregierung „im Moment nicht finanzierbar“. Arndt bekräftigte die Forderung der „DDR“, sogar auf mindestens eine Milliarde Mark. Wegen der hohen Kosten, so Dollinger, wird es zunächst auch keine Verhandlungen mit Ost-Berlin über das Projekt geben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Abfall der Großstädte

Im Müllbergwerk steht Köln seine letzte Rechnung; WELT vom 28. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Aufmerksamkeit habe ich diesen Artikel gelesen. Ich darf jedoch ergänzend einige Bemerkungen aus kommunaler Sicht, was die Abfallbeseitigung betrifft, anfügen.

Nach dem derzeitigen Stand der Technik bleiben für die Abfallbeseitigung a) Deponien, die nach abfalltechnischen Gesichtspunkten einwandfrei ausgebaut sind und b) Müllverbrennungsanlagen mit einer technisch ausgereiften Rauchgasreinigung.

Alle anderen Verfahren, wie Kompostierung, Pyrolyse und Recyclingverfahren sind nur bescheidene Hilfsfunktionen, die nur Teile des Mülls beseitigen helfen.

Bei dem ständig wachsenden Klärschlammanteil in der Bundesrepublik Deutschland ist es heute kaum noch möglich, den Klärschlamm, insbesondere wegen seiner möglichen Schadstoffbelastung, völlig an die Land- und Forstwirtschaft abzugeben. Die zur Verfügung stehende Fläche für den Absatz von Klärschlamm ist in der Bundesrepublik Deutschland begrenzt. Um so schwieriger ist es, Kompost als Müll in größeren Mengen abzusetzen. Deshalb bauen die kommunalen Körperschaften auch heute keine Kompostanlagen mehr.

Die Müllpyrolyse ist noch nicht so weit entwickelt, daß sie voll für den Hausmüll eingesetzt werden kann. Möglicherweise wird sich die Müllpyrolyse nur für das Verschmelzen einer Stoffart eignen, jedoch nicht für eine nicht homogene Masse, wie der derzeitige Hausmüll.

Das Wiedergewinnen von Rohstoffen aus dem Müll ist nur begrenzt möglich. Bei vielen kommunalen Körperschaften wird derzeit Altglas

gesammelt, das auf dem Markt absetzbar ist. Das gleiche gilt für Textilien, für Papier und Kartonage. Es darf jedoch dabei nicht verkannt werden, daß der Absatz von Papier und Kartonage ständig den Marktschwankungen unterliegt und dann das eingesammelte Papier, weil es aus mehreren Fraktionen zusammengesetzt ist, auf Deponien abgelagert oder in Müllverbrennungsanlagen verfeuert werden muß. Das getrennte Einsammeln von Kunststoff wird derzeit untersucht. Eine flächendeckende Lösung ist bis jetzt noch nicht erkennbar.

Daher bleibt nichts anderes übrig, als die „verfaßten“ Müllverbrennungsanlagen, die von den „Grünen“ sehr stark verteidigt werden, und die abfalltechnisch einwandfreien Deponien für die Abfallbeseitigung vorzusehen, um somit in Zukunft eine gesicherte Abfallbeseitigung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen
Gerulf Herzog
Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Gießen

Klares Konzept

Sehr geehrte Damen und Herren, die Titelseite Ihrer Ausgabe vom 4. Juli ist ganz ausgezeichnet konzipiert! Da liest man, daß ein Bankenkonsortium, selbstverständlich mit „politischer“ Rückendeckung der Bundesregierung, der „DDR“ weitere 900 Millionen pumpen will. Ein paar Zeilen weiter steht geschrieben, daß der große Bruder Moskau von der „DDR“ mehr Geld für Besatzungskosten verlangt.

Nun finanzieren wir neben den Besatzungskosten für die amerikanischen Truppen, die uns die Freiheit sichern helfen, auch noch die Kosten

für die sowjetischen Truppen, die drüben unsere deutschen Brüder unter der Krute halten. Oder sehe ich das falsch? Sind unsere Politiker und Finanzmänner doch weiser, wie man glaubt?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. Coulon,
Braunfels/Lahn

Aus Islamabad

„Derayer für Pakistan“, WELT vom 27. Juni

Sehr geehrter Herr Chefredakteur, die Aufmerksamkeit, die die WELT den deutsch-pakistanischen Beziehungen durch den Bericht ihres Korrespondenten von unserem Gespräch in Islamabad angedeihen läßt, begrüße ich um so mehr, als der Bonn-Besuch des pakistanischen Außenministers aus einer Reihe rein terminlicher Gründe - nicht etwa einer einseitigen pakistanischen Absage - im beiderseitigen Einvernehmen verschoben werden mußte.

Die Bewertung, die Ihr Korrespon-

dent der Rolle Pakistans in der internationalen Politik dabei in der Wiedergabe unseres Gesprächs zumißt, entspricht gewiß den Tatsachen. Zur Nukleartage sei lediglich angemerkt, daß ich mich meinerseits in dem Gespräch darauf beschränkt hatte, die vielfach wiederholten amtlichen pakistanischen Äußerungen, denen zufolge Pakistan nicht beabsichtigt, einen nuklearen Sprengkörper herzustellen, als solche zu zitieren, ohne sie meinerseits zu werten oder für mich oder die Bundesregierung Stellung zu beziehen. Hierüber fehlen uns im übrigen die notwendigen eigenen Erkenntnisse. Insofern ist das mir zugesandte Zitat unzutreffend. Für eine Richtigstellung wäre ich dankbar.

Mit verbindlichen Grüßen
Dr. Klaus Terloth, Botschafter
z.Zt. Bonn

Dank für Hilfe

Sehr geehrter Herr Ströhm, in der WELT vom 8.6.1984 erschien aus Ihrer Feder ein Artikel über die deutsche Nationalität in Ungarn sowie Zitate aus einer Rede des Chefredakteurs für alle Nationalitäten der Ungarischen Rundfunk, Herrn Lorenz Kerner. Wir sind sicher, daß dieser Beitrag in der WELT mit dazu beigetragen hat - wenn er nicht überhaupt Anlaß war - daß Herr Bundeskanzler Kohl während seines Ungarnbesuchs eine Delegation des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen empfangen hat.

Immer, sehr geehrter Herr Ströhm, brauchen wir ja nicht sagen, welche großen moralischen Wert und welche Ermunterung dies für die deutsche Nationalität in Ungarn bedeutet. Deshalb möchte ich mich sehr herzlich und aufrichtig für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie der Lage der Deutschen in Ungarn schenken, bedanken und Sie bitten, diesen leidgeprüften Menschen auch in Zukunft beizustehen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Reitingen,
Geschäftsführender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn,
München 22

Theodor Haacker, dt. Kulturphilosoph (1879 - 1945)

„Das Chaos dieser Zeit beginnt mit einer Verkennung dessen, was echte Freiheit ist. Diese Zeit meint, daß Freiheit um so vollkommener sei oder werde, als sie der Anarchie sich nähern oder als sie das Böse tun könne, ob nun als Individuum oder als Volk und Nation und Staat - das gerade, das ist für sie der Gipfel der Freiheit.“

der Rolle Pakistans in der internationalen Politik dabei in der Wiedergabe unseres Gesprächs zumißt, entspricht gewiß den Tatsachen. Zur Nukleartage sei lediglich angemerkt, daß ich mich meinerseits in dem Gespräch darauf beschränkt hatte, die vielfach wiederholten amtlichen pakistanischen Äußerungen, denen zufolge Pakistan nicht beabsichtigt, einen nuklearen Sprengkörper herzustellen, als solche zu zitieren, ohne sie meinerseits zu werten oder für mich oder die Bundesregierung Stellung zu beziehen. Hierüber fehlen uns im übrigen die notwendigen eigenen Erkenntnisse. Insofern ist das mir zugesandte Zitat unzutreffend. Für eine Richtigstellung wäre ich dankbar.

Mit verbindlichen Grüßen
Dr. Klaus Terloth, Botschafter
z.Zt. Bonn

Dank für Hilfe

Sehr geehrter Herr Ströhm, in der WELT vom 8.6.1984 erschien aus Ihrer Feder ein Artikel über die deutsche Nationalität in Ungarn sowie Zitate aus einer Rede des Chefredakteurs für alle Nationalitäten der Ungarischen Rundfunk, Herrn Lorenz Kerner. Wir sind sicher, daß dieser Beitrag in der WELT mit dazu beigetragen hat - wenn er nicht überhaupt Anlaß war - daß Herr Bundeskanzler Kohl während seines Ungarnbesuchs eine Delegation des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen empfangen hat.

Immer, sehr geehrter Herr Ströhm, brauchen wir ja nicht sagen, welche großen moralischen Wert und welche Ermunterung dies für die deutsche Nationalität in Ungarn bedeutet. Deshalb möchte ich mich sehr herzlich und aufrichtig für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie der Lage der Deutschen in Ungarn schenken, bedanken und Sie bitten, diesen leidgeprüften Menschen auch in Zukunft beizustehen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Reitingen,
Geschäftsführender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn,
München 22

Theodor Haacker, dt. Kulturphilosoph (1879 - 1945)

„Das Chaos dieser Zeit beginnt mit einer Verkennung dessen, was echte Freiheit ist. Diese Zeit meint, daß Freiheit um so vollkommener sei oder werde, als sie der Anarchie sich nähern oder als sie das Böse tun könne, ob nun als Individuum oder als Volk und Nation und Staat - das gerade, das ist für sie der Gipfel der Freiheit.“

Personalien

GEBURTSTAGE

Der General der Infanterie a.D. Otto Wähler, feiert heute seinen 90. Geburtstag in seiner Heimatgemeinde Groß Burgwedel bei Hannover, in der seine Familie seit über 300 Jahren ansässig ist. Am Ende des Zweiten Weltkrieges führte der mit dem Ritterkreuz ausgezeichnete General als Oberfeldwebel die Heeresgruppe Süd. 27 Jahre lang war er Vorsitzender des Gemeinderats von Groß Burgwedel, dessen Kriegerverein ihm heute einen großen Zapfenstreich bringen wird.

Die Nordelbische Kirche feierte mit einer Andacht in der Hamburger Hauptkirche St. Nikolai den 90. Geburtstag des Hamburger Bischofs Peter Krause. Der langjährige Professor für Praktische Theologie an der Theologischen Fakultät München, hatte 1983 im Alter von 59 Jahren das Amt des Oberhirten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hamburg angetreten, in einem Alter - so sagte der Vorsitzende Bischof der Nordelbischen Kirche, Karl-Heinz Stoll, in seiner Festpredigt - in dem andere an ihren Ruhestand denken. Der zweite Bürgermeister der Hansestadt, Alfons Fawcelyk, sagte für den Senat: „Wir können uns bestückwünschen, daß Sie die Nachfolge von Bischof Wähler angetreten haben.“ Glückwünsche an den Bischof schickten Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl, SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel und Bischöfe zahlreicher deutscher Kirchen, darunter auch Bischof Glebbe aus Greifswald. Die Evangelisch-Lutherische Kirche Pommerns ist Partnerkirche Nordelbiens.

Der neue deutsche Botschafter in der Türkei heißt Dr. Georg Negwer. Der Diplomat, 1926 in Waldenburg-Altwasser geboren, studierte romanische Philologie und Anglistik in Jena und Berlin. Er promovierte zum Dr. phil. und trat 1955 in den Auswärtigen Dienst ein. Erster Auslandsposten war Buenos Aires. Anschließend ging Negwer als Konsul nach Luanda. In späteren Jahren war er als Kulturreferent an der Deutschen Botschaft in Rom. 1973 übernahm er die Leitung des Parlaments- und Kabinettsreferenten im Auswärtigen Amt und 1976 die Leitung der Unterabteilung Verwaltung. 1978 wechselte er in die Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über, wo ihm die Leitung der Auslandsabteilung übertragen wurde. 1979 trat er das Amt des Botschafters in Polen an. 1983 wurde er Chefinspektor des Auswärtigen Amtes.

ERNENNUNGEN

Ingrid von Hagen, Assistentin der CDU-Bundestagsabgeordneten Frau

Professor Roswitha Wisniewski aus Heidelberg, übernimmt in Bonn einen Posten, um den sich nicht wenige Damen bemühten: Sie wird Geschäftsführerin der „Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft“. Laut Satzung von 1951 ist diese Institution dazu gegründet worden, die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreis der Mitglieder der Parlamente des Bundes, der Länder und der europäischen Institutionen zu pflegen. Die Parlamentarische Gesellschaft und ihre Clubräume gelten als gastlicher und gastronomischer Fluchtpunkt im gerade in dieser Beziehung armen Regierungsviertel. Ingrid von Hagen, Mutter von drei Kindern aus der Ehe mit einem Bundesluftwaffen-Offizier, ist von Hause aus akademisch gebildete Übersetzerin und war zwischenzeitlich Englisch-Lehrerin an einem Gymnasium.

Die Gesellschaft „Atlantik-Brücke“ hat in Bonn den CDU-Politiker Walther Leksler Kiep zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Kiep löst den ehemaligen Bundesbank-Präsidenten Karl Klassen ab.

Das Bundeskabinett hat den Thüringer Finanzwissenschaftler Professor Dieter Polmer in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Polmer wird Nachfolger von Professor Kurt Schmiedt, der nach zehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Gremium ausgeschieden ist. Dem Rat der „Fünf Weisen“, der den gesetzlich Auftrag hat, die Bundesregierung regelmäßig über die wirtschaftliche Entwicklung zu informieren, gehören nunmehr auf als Vorsitzender Professor Olaf Sielert (Saarbrücken), Professor Dieter Mortmann (Nürnberg), Professor Ernst Helmut Dietrich (Münster), Professor Hans Karl Schneider (Köln) und Professor Dieter Polmer (Hünfelden).

Die Chance, die Entwicklung in den Jahren erfolgreich zu steuern, ist eine große Aufgabe. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung wird die Wirtschaft zu fördern.

Krisen-Stimmung

Wf (London) - In der Londoner City kam Krisenstimmung auf, als die Statistiken über die jüngste Geldmengen-Entwicklung veröffentlicht wurden. Nach Berechnungen der Bank of England weitete sich die als Sterling M3 definierte Geldmenge (Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Sparanlagen) im Bankmonat Juni um zwei Prozent aus. Damit hat sich die Geldmenge Sterling M3 in den letzten vier Monaten auf Jahresbasis um nicht weniger als 14,75 Prozent ausgeweitet. Die von der Regierung festgelegte Bandbreite lautet sechs bis zehn Prozent.

Wie es aussieht, scheint der Konjunktur-Abschwung in Großbritannien seinen Preis zu fordern. Denn die rasche Geldmengen-Ausweitung während der letzten Monate reflektiert einen scharfen Anstieg der Bank-Ausleihungen an Verbraucher und Industrie. Allein im Bankmonat Juni stiegen die Bank-Ausleihungen um 1,5 Milliarden Pfund (5,56 Milliarden Mark). Diese Geldmengen-Ausweitung mußte zu einer Anhebung der Zinsen führen.

Die Zinsanhebung war auch nötig, weil das Pfund seit Wochen unterhalb der Schwelle des Leides lag. Und zwar nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch im Verhältnis zu den führenden kontinental-europäischen Währungen. Nachdem der

handelsgewichtete Wert des Pfundes gegenüber einem Währungskorb mit 77,1 seinen niedrigsten Index-Stand seit 1978 erreicht hat, läßt sich eine gewisse Krisensituation schwerlich verleugnen.

Weinrekord

nl - Mehr denn je lassen sich Weinberge in den Rebensaft schwäbischer Herkunft münden. Voller Stolz berichtet der württembergische Genossenschaftsverband von neuen Rekordziffern. Die Wein-gärtnergenossenschaften des Landes Württemberg, deren Wein hauptsächlich von den Hängen am Neckar und seinen Nebenflüssen stammt, haben in den ersten zwei Dritteln des laufenden Weinwirtschaftsjahres 1983/84 (31. 8.) mit 57 Mill. Litern Wein 21,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres verkauft. Damit wurde zugleich auch der bisherige Rekord des Vergleichszeitraums 1979/80 um 2,7 Prozent überboten. Noch in ungarischer Erinnerung ist bei vielen Weinliebhabern die „Dürreperiode“, die ihnen zwei menschengewöhnliche Jahrgänge in den Jahren 1981 und 1982 „bescherten“. Kontingentierung und starker Preisanstieg waren die düstersten Folgen. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Wein gibt es in jeder Menge und teilweise sogar zu Schleuderpreisen. Dies nährt bei den Genossenschaften die Sorge, daß die kommende Weinperiode erneut üppig ausfallen. Petrus wird's richten.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Bangemann legt die Ergebnisse einer Studie vor

Im Welthandel mit Industriegütern hält die Bundesrepublik Platz eins

HEINZ HECK, Bonn
Die Stellung der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten ist zur Zeit „relativ gut“, selbst wenn andere Länder in einzelnen Bereichen die Führungsposition einnehmen. Das erklärte Wirtschaftsminister Martin Bangemann auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn. Allerdings seien einige „Schwächen nicht zu übersehen“. Eine Kopie des japanischen Systems, mit dem Ziel, Rückstände wettzumachen, wäre jedoch „falsch“. Die Hauptaufgabe bei der Erhaltung und Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit falle „der Wirtschaft selbst zu“.

Der Pressekonferenz Bangemanns lag eine Studie des Ministeriums zum Thema „Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ zugrunde. Die häufig zu hörende Aussage, die Wirtschaft der Bundesrepublik habe bei technischen Spitzenprodukten generell an Wettbewerbsfähigkeit verloren, wird in der Untersuchung nicht nur nicht bestätigt. Es wird auch bestritten, daß sich für eine solche Aussage Beurteilungskriterien finden ließen. Allerdings sei nicht auszuschließen, daß deutsche Unternehmen in einzelnen Technikbereichen Schwierigkeiten haben, Anschluss zu halten.

Im Welthandel mit Industriegütern belegte die Bundesrepublik 1982 mit einem Anteil von 16,7 Prozent den ersten Platz vor den USA (15,4) und Japan (14,7). Der konjunkturelle Exporteinbruch 1982 sei „von vielen als generelle Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit misinterpretiert (und) ... 1983 wieder ausgeglichen worden“. In Übereinstimmung mit dem deutschen Industrie- und Handelslag (aufgrund einer kürzlichen Umfrage) wird der deutschen Wirtschaft zunehmende preisliche und

qualitative Wettbewerbsfähigkeit bescheinigt. Zum Teil drastische protektionistische Eingriffe hätten jedoch entsprechende Markterfolge verhindert.

Das Fazit der Studie: „Die traditionelle Stärke des deutschen Exportsortiments scheint nach wie vor gegeben: große Breite des Angebots, besonders bei Investitionsgütern mit hohem technischen Niveau, gute Anpassungsfähigkeit bei Problemlösungen, intelligenter Einsatz von Hochtechnologieprodukten, gleich ob heimischer oder fremder Herkunft, in der ganzen Breite der Produktion.“

In einem Positiv- und Negativkatalog skizziert das BMWi, was getan und was nicht getan werden sollte, um vorhandene Schwachstellen wettzumachen. Eine Kopie des japanischen Systems wäre weder „möglich“ noch „erwünscht“. Kritik an Tokios Politik klingt an, wenn es heißt, daß diese aufgrund anderer ordnungspolitischer Vorstellungen und aus Gründen der Erhaltung und Förderung des freien multilateralen Handelssystems auch kein Vorbild sein könne. Auch sei nicht auszuschließen, daß das japanische Sy-

DIW-PROGNOSE

Konjunkturmotor bleiben die Vereinigten Staaten

PETER WEERTZ, Berlin
Die konjunkturelle Erholung wird sich nach einer vorübergehenden Abschwächung im Frühjahr in der zweiten Jahreshälfte wieder verstärkt fortsetzen. Gleichzeitig werden die streikbedingten Produktionsausfälle (minus drei Prozent) zu zwei Drittel aufgehoben. Für 1984 insgesamt erwartet der Arbeitskreis Konjunktur des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von etwas weniger als drei (Vorjahr 1,3) Prozent und die Zunahme der industriellen Produktion um 4,5 Prozent im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres.

Mit einem schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum rechnen freilich die Berliner Konjunkturforscher im nächsten Jahr. Als Gründe hierfür nennt das Institut die voraussichtlich schwächere Weltkonjunktur und die Finanzpolitik, für die nach wie vor die Haushaltskonsolidierung Vorrang habe. Konjunkturmotor der Weltwirtschaft bleiben die Vereinigten Staaten, während es den westeuropäischen Ländern nach Ansicht des Konjunktur-Arbeitskreises nicht gelungen ist, die Exportanstöße aus den USA in entsprechend starke Eigendynamik umzusetzen. Das Institut geht von einer realen Zunahme des WeltbIPs 1983 von nur noch 4 (Vorjahr 6) Prozent aus.

Im Gegensatz zu früheren konjunkturellen Aufschwüngen sieht das Berliner Institut jedoch keinen Anstieg der Inflation. Auch sei nicht auszuschließen, daß das japanische Sy-

strophalen Arbeitslosigkeit“ in den nächsten Monaten und darüber hinaus. „Weder 1984 noch 1985 wird das jahresdurchschnittliche Niveau der Zahl der Arbeitslosen nennenswert hinter dem Rekordstand von 2,26 Millionen (1983) zurückbleiben, bedauern die Konjunkturforscher in ihrem Bericht. Dieses „deprimierende Ergebnis“ sei nicht zuletzt eine Folge des massiven Konsolidierungsprozesses bei den Staatsfinanzen seit 1980. Hier spricht der DIW-Arbeitskreis von „beschäftigungspolitischen Versäumnissen“ der Finanzpolitik.

Allerdings habe die Finanzpolitik durch den „Konsolidierungs-Kraftakt“ Spielraum gewonnen, Konjunktur und Beschäftigung zu stützen. Falls das wirtschaftliche Wachstum im nächsten Jahr nachlassen sollte, fordern daher die Berliner Konjunkturforscher wieder größere staatliche Investitionen als strukturelle Maßnahme. Sie denken dabei keineswegs an „Gießkannenprinzip“, sondern vielmehr an die Bereiche Technologie, Umweltschutz, öffentlicher Personennahverkehr, aber auch an Gesundheitswesen, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft. Als akzeptabel begrüßt werden die Pläne zur steuerlichen Entlastung der Familien, Steuerzahler und Unternehmen in zwei Tranchen (1986 und 1988). Zugleich werden jedoch die Erhöhungen der Subventionen, besonders für die Landwirtschaft, als finanz- und strukturell verfehlt bezeichnet.

Privatisierungs-Probleme

Von WILHELM FURLER, London

Bislang kam der Vorwurf, die britische Regierung verschleierte mit ihrem Privatisierungsprogramm Volksvermögen, fast ausschließlich aus der Ecke der Marktwirtschaftsfeindlichen Opposition. Doch spätestens seit dem Desaster, das die Regierung beim Zeichnungs-Angebot für die Aktien der Enterprise Oil erleben mußten, wird Kritik zunehmend auch aus der Londoner City laut.

Wiederholt hat die Regierung Thatcher betont, daß es ihr neben der eigentlichen Philosophie, wonach Staatsunternehmen in einer Marktwirtschaft kein Platz sind, vor allem auf zwei Dinge ankommt: bei ihren Privatisierungsvorhaben zu zusätzlichen Wettbewerb zu schaffen und eine möglichst breite Publikumsstreuung zu erreichen und dabei einen Preis am Markt zu erzielen, der dem tatsächlichen Wert des aus dem Staatsbesitz entlassenen Unternehmens möglichst nahe kommt.

Hier besteht ein gewisser Zielkonflikt: Wie finde ich den idealen Angebotspreis, der einerseits den Schatzkanzler möglichst viel einnehmen läßt, der aber andererseits sicherstellt, daß das Angebot in vollem Umfang und möglichst breit gestreut gezeichnet wird. Ein besonders glückliches Händchen, was diese beiden Kriterien anbelangt, hatte das Thatcher-Team bislang nicht gerade.

So wurden etwa im November 1982 von Britoil, der Explorations- und Produktionsabteilung der staatlichen Ölgesellschaft BIOC, nur 30 Prozent der angebotenen Aktien gezeichnet. Im Börsenhandel der folgenden zwei Monate sackte der Britoil-Kurs auf die Hälfte des Angebotspreises. Umgekehrt wurde der Preis für die Privatisierung des nuklear-chemischen Unternehmens Amersham so niedrig angesetzt, daß dieses Angebot vielfach überzeichnet wurde.

Doch zusätzlich zum Problem der idealen Preisfindung hat sich gerade im jüngsten Fall, der Privatisierung von Enterprise Oil, eine zweite Dimension aufgetan, die von der Regierung sträflich vernachlässigt wurde: richtiges Timing. Man kann sich den Eindruck nicht erwehren, daß die neue Ölgesellschaft, die speziell zur Privatisierung der nicht unbedeutenden Nordsee-Vorkommen der Staatsgesellschaft British Gas gegründet wurde, unter dem Motto angeboten wurde, „Hauptsache, unser

Privatisierungs-Fahrplan gerät nicht in Verzug“.

Dabei hatte es nicht an Warnungen gefehlt, daß die Londoner Börse momentan in einer Schwäche-Phase steckt, daß das Ölpreisniveau an den Spotmärkten inzwischen erheblich gefallen ist, und daß nicht zuletzt die Anleger der Ölkartell überdrüssig wurden, nachdem sie sich auf eine Eskalation im Golfkrieg spekulierend übermäßig eingedockt hatten.

So gesehen wäre eine kurzfristige Verschiebung der Enterprise Verkaufsfaktion das Beste gewesen. Aber genau hier liegt der Haken. Mit dem Verkauf von 51 Prozent der Anteile an der Farnborough British Telecom an den Börsen von London und New York steht bereits im Herbst die bisher größte Privatisierungsaktion der Regierung Thatcher bevor. Vorher soll noch der inzwischen erfolgreiche Hersteller von Nobel-Limousinen, Jaguar, privatisiert werden. Und schon im Frühjahr 1985 will die Regierung 51 Prozent der staatlichen Fluggesellschaft British Airways an der Börse unterbringen.

Der Verkauf von 51 Prozent an British Telecom soll nach den Vorstellungen der Regierung rund vier Milliarden Pfund (knapp 15 Milliarden Mark) in die Staatskasse bringen. Für die 51 Prozent von British Airways werden 600 Millionen Pfund erwartet. Es ist vor allem das riesige Plazierungs-Volumen bei British Telecom, das die Experten in der Londoner City zusehends skeptisch werden läßt.

Die grobe Fehleinschätzung bei Enterprise Oil führte dazu, daß die Aktienausgabe nur zu 66 Prozent gezeichnet wurde, wobei - was geradezu schockierend wirkte - 49 Prozent davon vom multinationalen Mineralölkonzern Rio Tinto Zinc geboten wurden. Zwar hat die Regierung von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht. Doch dessen ungeachtet strebt Rio Tinto jetzt einen 29,9-prozentigen Anteil an.

Weitgehend auf der Strecke geblieben sind somit die Ideale einer möglichst breiten Streuung und eines großen Wettbewerbs, von der finanziellen Schlappe ganz zu schweigen. Die Regierung wird sich einiges einfallen lassen müssen, damit ihre weiteren Privatisierungsvorhaben nicht zu ähnlichen Flops werden.

AUF EIN WORT



„Mindestens vier Hersteller haben bereits erklärt, daß sie sich zu den drei größten Fernsehgeräte-Herstellern in Deutschland zählen. Da kann ja etwas nicht stimmen. Deshalb wollen wir das nicht auch noch behaupten. Wir erklären lediglich, daß wir zu den zwei Größten gehören.“

Josef A. Stoffels, Vorstandsvorsitzender der Telefonen Fernseh und Rundfunk GmbH, Hannover
FOTO: Wolf P. Prange

Zinsanstieg in Großbritannien

Au, London
Die britischen Großbanken haben ihren Basis-Ausleihesatz von zehn auf zwölf Prozent angehoben. Als erste hat die Barclays Bank diesen Schritt bekannt. Erst Ende vergangener Woche war der Ausleihesatz von 9,25 auf zehn Prozent erhöht worden. Die Großbanken reagieren mit ihrer Zinsanhebung auf ein entsprechendes Geldmarkt-Signal der Bank of England. In Londoner Finanzkreisen geht man davon aus, daß damit der spekulative Druck auf das Pfund Sterling, dessen Wert gegenüber dem Dollar auf ein Rekord-Tief gefallen ist, zunächst abgewendet sein dürfte.

STEUERREFORM

Wolff vermisst vor allem die Entlastung der Unternehmen

München
Herbe Kritik übte DIHT-Präsident Wolff von Amerongen vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer München an der Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung. Die neuerlichen Subventionen für die Landwirtschaft, die sich bis 1991 auf mindestens 22,5 Mrd. DM summieren, seien ein „Sündenfall“. Sie hätten Präzedenzwirkung, minderten die Bonität der Haushaltspolitik und weckten die Begehrlichkeit anderer Ressorts nach sozialen Wohltaten.

Die geplante Steuerreform lasse wirtschaftspolitisch viele Wünsche offen. In der 1986 geplanten ersten Stufe überwiege die soziale vor der Leistungskomponente. Die 1988 anstehende zweite Stufe sei schließlich „viel zu kleinteilig“. Notwendig wäre ein viel größerer und mutigerer Schritt, wobei die erforderliche Finanzmasse aus dem Abbau von Subventionen hätte gewonnen werden müssen.

„Was vorgesehen ist, ist eine Tarifkorrektur, keine Tarifreform“, sagte der DIHT-Präsident. Vor allem erleichtere sie nicht die Überbesteuerung der deutschen Unternehmen. Wolff forderte die Bundesregierung daher auf, noch einen „deutlichen weiteren Schritt“ zu beschließen. Erforderlich sei dabei eine „grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, einschließlich der durchgehenden Senkung des Steuersatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer“.

Dieses mittelfristige Konzept sollte nach Ansicht Wolffs eine konkrete Stufenfolge beinhalten, um bei einer konjunkturellen Abschwächung mit einer aus dem Programm abgeleiteten Maßnahme reagieren zu können.

AUTOHAFTPFLICHT

Die Höhe des Aufschlags bestimmen die Fahrer selbst

HENNER LAVALL, Bonn
„Die Autofahrer haben es selbst in der Hand, wieviel sie in der Autohaftpflicht mehr zahlen müssen.“ Mit diesen Worten nahm der Sprecher des Verbandes der Autoversicherer (HUK) in Bonn, Peter Gaulty, Stellung zu den jetzt feststehenden Prämien-erhöhungen der deutschen Haftpflichtversicherer ab 1. Januar 1985. Nach den jüngsten Berechnungen des Verbandes werden im Durchschnitt aller Gesellschaften im laufenden Jahr rote Zahlen geschrieben. („Wir erwarten ein Minus bis zu vier Prozent“). Der für 18 Monate beim Bundesautofahrer für das Versicherungswesen zu beantragende neue Satz müßte deshalb mindestens fünf Prozent höher liegen. Über die genaue Preisaufschläge werde allerdings erst im Oktober entschieden.

Schon 1983 zeigte der Trend in der

nanzmasse aus dem Abbau von Subventionen hätte gewonnen werden müssen.

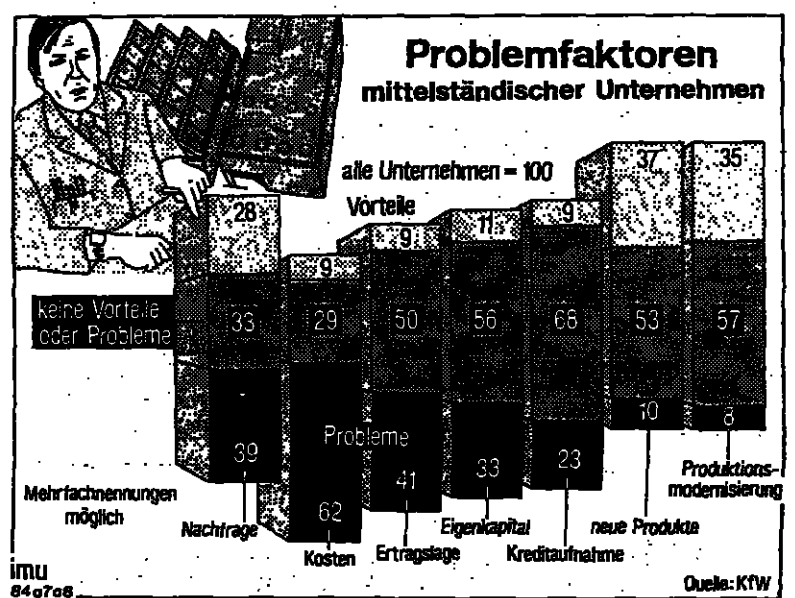
„Was vorgesehen ist, ist eine Tarifkorrektur, keine Tarifreform“, sagte der DIHT-Präsident. Vor allem erleichtere sie nicht die Überbesteuerung der deutschen Unternehmen. Wolff forderte die Bundesregierung daher auf, noch einen „deutlichen weiteren Schritt“ zu beschließen. Erforderlich sei dabei eine „grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, einschließlich der durchgehenden Senkung des Steuersatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer“.

Dieses mittelfristige Konzept sollte nach Ansicht Wolffs eine konkrete Stufenfolge beinhalten, um bei einer konjunkturellen Abschwächung mit einer aus dem Programm abgeleiteten Maßnahme reagieren zu können.

Die verschlechterte Lage der Branche zeigt sich auch bei den Rückvergütungen. Den Kunden werden für 1983 nur noch 500 (i.V. 658) Mill. Mark zurückerstattet. Davon stammen 200 (329) Mill. Mark aus dem versicherungstechnischen Überschuß, der Rest aus den Vermögensanlagen der Versicherer.

Das kleine Zwischenhoch der Baukonjunktur werde in diesem Jahr enden. Zur Zeit gibt es laut Herion noch einen geringen Produktionsanstieg im Wohnungsbau aufgrund früherer Aufträge. Der öffentliche Bau werde wahrscheinlich keinen Anstieg mehr bringen; der Straßenbau, der sich noch bis Mitte 1985 nach oben entwickle, allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend, werde danach absacken. Das sei vor allem eine Folge des Abbaus der Neuschulden bei den Kommunen, aus denen 70 Prozent der Aufträge kommen, die restlichen 30 je zur Hälfte aus Bund und Ländern. Besonders im Tiefbau drohen Einbrüche.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellt für kleinere und mittlere Betriebe Investitionsdarlehen zur Verfügung, die Finanzierungsprobleme der Unternehmen lösen helfen. Dieses Programm wird von Beobachtungen und Analysen begleitet. Ergebnis: Die Kostenentwicklung bereitet den Unternehmen die größten Schwierigkeiten. In diesem Punkt, bei der Ertragslage und den Absatzaussichten erklären sich die größeren Unternehmen (50 und mehr Beschäftigte) häufiger benachteiligt als die kleineren.

BDI kritisiert Bericht der Monopolkommission

Köln (VWD) - Unternehmenszusammenschlüsse sollten als notwendige Mittel zur Anpassung der deutschen Industrie an den Strukturwandel und zur Reaktion auf den internationalen Wettbewerb nicht erschwert werden. Dies erklärte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Reaktion auf den jüngsten Bericht der Monopolkommission über „ökonomische Kriterien für die Rechtsanwendung“. Die Vorstellungen der Kommission wies der BDI in einer ersten Stellungnahme zurück. Unterstellungen, daß allein die Finanzkraft großer Unternehmen zu einer Lähmung des Wettbewerbs führe, verletzten die vom Kartellgesetz geforderte Nachschaffungswettbewerbsschädlicher Auswirkungen. Auch müsse bei der Beurteilung der Finanzkraft berücksichtigt werden, daß sich die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen bedenklich vermindert habe und im internationalen Vergleich schwächer zeige.

Neue Bevorratungspolitik
Paris (dpa/VWD) - Mit einer flexibleren Bevorratungspolitik, die über den bisher vereinbarten Krisenmechanismus hinausgeht, wollen die Länder der Internationalen Energieagentur (IEA) künftigen Energiekrisen vorbeugen. Im Hintergrund entsprechender Überlegungen steht die Erkenntnis, daß die beiden Ölschocks der 70er Jahre die Weltwirtschaft in schwere Rezessionen stürzten, weil das bis dahin eingehaltene Gleichgewicht zwischen Öl-Angebot und -nachfrage dem Druck unerwarteter politischer Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten nicht standhalten konnte.

Keine Einigung mit Nigeria
London (VWD) - Der IWF hat Nigeria mitgeteilt, er betrachte die Pläne des Landes zur Gesundung der Wirtschaft als „unangemessen“, verlangt aus informierten Kreisen aus London. Damit dürfte sich die Aufnahme weiterer Gespräche zwischen beiden Seiten bis September verzögern. Das bedeutet wiederum, daß die Umschuldung der von westlichen Staa-

ten garantierten Handelsverbindlichkeiten in Höhe von mehreren Mrd. Dollar noch weiter verschoben wird, da eine Einigung zwischen Nigeria und dem IWF die Voraussetzung ist.

Quoten unverändert
Wien (dpa/VWD) - Die Organisation der Erdöl-exportierenden Länder (Opec) will weder die nationalen Förderquoten noch die Gesamtfördermenge erhöhen, haben die Opec-Minister beschlossen. Die Gesamtfördermenge beträgt derzeit 17,5 Mill. Barrel (je 159 Liter) pro Tag. Nigeria fordert die Mitgliedsländer eine Förderquote für August von 1,40 Mill. BPD und für September von 1,45 Mill. BPD. BPD, bestätigte der saudiarabische Erdölminister Yamani nach Abschluß der Konferenz.

Beitragsenkung gefordert
Bonn (VWD) - Der Bund der Steuerzahler hat sich dafür ausgesprochen, die sich abzeichnenden Haushaltsüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für eine Senkung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Bei Einnahmeüberschüssen von drei Mrd. DM sei eine Absenkung des Beitragsatzes um etwa einen halben Prozentpunkt auf 4,1 Prozent denkbar. Eine Absage erteilt er den Plänen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Leistungen der BfA anzuhoben und zu erweitern. Damit würde nur die Basis für neue Defizite gelegt.

Plus bei Mikro-Computern
Frankfurt (dpa/VWD) - Der Verkauf von Mikro-Computern in der Bundesrepublik hat sich 1983 mehr als verdreifacht und Anfang dieses Jahres einen Gesamtbestand von knapp über eine Mill. Geräte erreicht. Wie das Frankfurter Marktforschungsinstitut Diebold berichtet, wurden im vergangenen Jahr 647 000 Mikro-Computer im Wert von 1,45 Mrd. DM verkauft. 1982 waren es dagegen erst 184 000 gewesen. Zu den Mikro-Computern zählt die Branche programmierbare Datenverarbeitungsanlagen bis zu einem Kaufpreis von etwa 25 000 DM. Für die nächsten vier Jahre erwartet das Marktforschungsinstitut Wachstumsraten von durchschnittlich 30 Prozent. Anfang 1986 sollen mehr als zwei Mill. Micro-Computersysteme in Betrieb sein.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Weltbank fordert eine verstärkte Familienplanung

KAREN SÖHLER, Bonn
Die einzige Chance der Dritten Welt, die Entwicklung in den kommenden Jahren erfolgreich voranzutreiben, ist eine gezielte Familienplanung. Ohne eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums könne der ausufernde Armut nicht Einhalt geboten werden. Bei einer Rede in Nairobi begründete Weltbank-Präsident Alden W. Clausen seine Überzeugung anhand der Zahlen, die in dem 7. Weltbankbericht veröffentlicht sind.

Danach wird sich die gegenwärtige Weltbevölkerung von 4,8 Mrd. Menschen bis zum Jahr 2050 verdoppeln. Verursacht werde der Zuwachs ausschließlich durch die Entwicklungsländer. Denn die Bevölkerung in den Industrielandern, die 80 Prozent der Weltproduktion erwirtschaftet, werde sich nur um 1,7 Prozent auf 1,4 Mrd. Menschen aus.

Um dem krassen Mißverhältnis zu begegnen, fordert Clausen eine staatliche Bevölkerungspolitik. Die finanzielle Ausstattung vorhandener Familienplanungsprogramme reiche nicht aus, die Probleme zu lösen. Im Augenblick geben Regierungen und internationale Hilfsorganisationen für die Bevölkerungspolitik rund zwei Mrd. Dollar aus. Nur zwei Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe fließen in diesen Bereich. Nach Clausen sollte mindestens eine Mrd. Dollar mehr für die Familienplanung zur Verfügung stehen.

Wichtig sei vor allem, die Ausbildungsmöglichkeiten zu verbessern und die Gesundheitsfürsorge zu verstärken. Den Frauen, deren Status sich meist auf die Gebärfruchtbarkeit stützt, müßten durch Ausbildung und Arbeit neue gesellschaftliche Aufgaben zugeordnet werden.

BAUINDUSTRIE / Herion rät zum Abbau der Kapazitäten - Geringe Aufträge

Talfahrt ist noch nicht überwunden

GISELA REINHARDT, Bonn
Wenn sich die Kommunen nicht wieder stärker zugunsten einer verstärkten Bautätigkeit verschulden, bedeute das die Ausrottung ganzer Baubereiche. Es sei eine Aufgabe der Steuerreform, die Gemeinden „investitionsfähig“ zu halten, sonst würden regional Baufirmen ruhmlos untergang bedroht. Diese Forderung erhob der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, in Bonn.

Für den Innenbereich der Bauindustrie rief er allen Bauunternehmern, die Kapazitäten zurückzufahren, um sich dem Markt anzupassen. Es sei ein Irrglaube, anzunehmen, das Konjunktural sei schon durchschritten. Vor unüberlegten Investitionen müsse gewarnt und überzählige Belegschaft - etwa zehn Prozent - abgebaut werden. Nur so sei der Vernichtungswettbewerb in der Branche zu stoppen. Wer sich nicht danach richte,

drohe im Bermuda-Dreieck der Hauptprobleme dieser Branche unterzugehen.

So hätten die Auftragsbestände das tiefste Rezessionsniveau seit 1982 erreicht. Laut Ifo-Erhebungen von Ende Mai beträgt die Beschäftigungsmehrweite saisonbereinigt nur zwei Monate. Gleichzeitig sanken die Auftragsgänge von Januar bis April um 7,1 Prozent real. Hinzu komme, so Herion, daß laut Berechnungen der Deutschen Bundesbank vom Juni 1984 die Baupreise seit dem Frühjahr stagnieren, regional sogar leicht nachgeben. Das bedeute, daß sich die Kostenscheere noch weiter öffne. „Den Bauunternehmern fehlen echt sechs bis acht Prozent“, sagte Herion.

Schließlich hätten die Baufirmen seit Herbst 1983 ihre Investitionsabsichten zurückgezogen. Eine im Herbst geplante Steigerung der Investitionen um 15 Prozent sei unterblieben. 1983 hatten sie noch um 16

Prozent auf 3,4 Mrd. DM zugenommen. In diesem Jahr werde sich die Insolvenzquote bei Bauunternehmen vergrößern und voraussichtlich mit mehr als 2 000 Insolvenzfällen die Spitze der Firmenzusammenbrüche von 1982 noch übertreffen.

Das kleine Zwischenhoch der Baukonjunktur werde in diesem Jahr enden. Zur Zeit gibt es laut Herion noch einen geringen Produktionsanstieg im Wohnungsbau aufgrund früherer Aufträge. Der öffentliche Bau werde wahrscheinlich keinen Anstieg mehr bringen; der Straßenbau, der sich noch bis Mitte 1985 nach oben entwickle, allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend, werde danach absacken. Das sei vor allem eine Folge des Abbaus der Neuschulden bei den Kommunen, aus denen 70 Prozent der Aufträge kommen, die restlichen 30 je zur Hälfte aus Bund und Ländern. Besonders im Tiefbau drohen Einbrüche.

ALLIANZ-HV / Aktionäre nicht ganz zufrieden

„Magermilch von fetter Kuh“

DANKWARD SEITZ, München

Kein Dogma oder eine Schallmauer stellt für die Allianz Versicherungs-AG, München, der Dividenden-satz von 20 Prozent dar. Dies versicherte Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schiering auf der Hauptversammlung seinen Aktionären, von denen er in einer sehr kurzen Diskussion großes Lob für den guten Abschluß 1983 erntete, aber vorgehalten bekam, sie vergesse zu haben. Einer meinte gar, die Allianz sei „eine fette Kuh, die mager Milch gibt“, und sprach aus dem Zinsertrag des Verkaufs der Eagle-Star-Anteile (550 Mill. DM) auch für die Anteilseigner etwas abfallen sollte.

Schiering wollte sich allerdings nicht darauf festlegen, ob bereits für 1984 mit einer Dividendensteigerung gerechnet werden kann. In der Vergangenheit habe man sich immer dann dazu entschlossen, wenn die begründete Aussicht bestanden hätte, eine höhere Ausschüttung für längere Zeit garantieren zu können. Eine Er-

gebnisprognose für das laufende Jahr ist derzeit, so Schiering, nicht einmal halbwegs exakt möglich. Man sei aber zuversichtlich, einen „guten Ertrag“ erwirtschaften zu können.

Bisher jedenfalls haben sich diese Erwartungen erfüllt. In den ersten sechs Monaten 1984 erreichte die Allianz im selbst abgeschlossenen Geschäft im Inland eine Beitragssteigerung von 7 (6,2) Prozent gegenüber der Vorjahreszeit. Gar 19 Prozent mehr verbuchten die ausländischen Tochtergesellschaften. Günstig entwickelte sich auch der Schadenverlauf insgesamt. Bis Ende Mai verminderte sich die Zahl der Schadenmeldungen um 3,8 Prozent. Einen guten Ertrag lassen auch die seit Jahresanfang um 10,7 Prozent auf etwa 12 Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen erwarten.

Nach den gescheiterten Übernahmen von Eagle Star und Armo ist die Allianz nach wie vor daran interessiert, im Ausland neue Positionen aufzubauen. Schiering: „Wir nehmen uns Zeit und sind wählerisch.“

MTU / Investitionsflaute bereitet Sorgen

Dickes Auftragspolster

DANKWARD SEITZ, München

Konsolidierung und langsames Wachstum, das sind unverändert die Stichworte, mit denen Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen Union GmbH, München/Friedrichshafen, die mittelfristige Entwicklung der Gruppe charakterisiert. Die Ursachen dafür liegen in der anhaltenden Investitionsflaute auf dem zivilen Flugzeugmarkt und in den Verzögerungen beim Anlaufen neuer militärischer Projekte.

So richten sich denn die Bemühungen bei MTU vorerst mehr darauf, wie Zimmermann meint, das erreichte Niveau zu stabilisieren. Angesichts eines Auftragsbestands von 3,4 Mrd. DM per Ende Mai 1984 – gegenüber der Vorjahreszeit ein Plus von 27,8 Prozent ist er zuversichtlich gestimmt, bis dahin einigermaßen über die Runden zu kommen. Zwar ist auch der Auftragszufluss in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch einmal um 15,2 Prozent gestiegen, doch dies wird lediglich auf die langlaufenden Programme des Kampfpanzers „Leopard 2“ und des Kampflugzeuges „Tornado“ zurückgeführt.

Deutschland langsamer fiel das Umsatzwachstum mit 2,3 Prozent auf 887,6 Mill. DM aus, wovon auf das Auslandsgeschäft 494,5 Mill. DM (plus 5,0 Prozent) entfielen. Dazu steuerte MTU-München, wo Strahltriebwerke hergestellt werden, 399,3 Mill. DM (plus 16,5 Prozent) bei und MTU-Friedrichshafen, hier ist der Dieselmotoren-Bau konzentriert, 488,3 Mill. DM (minus 7,0 Prozent). Insgesamt erwartet Zimmermann 1984 ein gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich veränderten Umsatz und Ertrag. Deutlich gesteigert werden soll allerdings der eigene Entwicklungsaufwand um 28,3 Prozent auf 97,4 Mill. DM.

Das Geschäftsjahr 1983 schloß MTU, wie bereits berichtet, mit einem geringen Umsatzplus von 2,3 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Daß es für die Gruppe auf der Ertragsseite dennoch kein schlechtes Jahr war, zeigt der weitere deutliche Anstieg des Cash-flow auf 157,0 Mill. nach 141,4 (117,3) Mill. DM. An die Gesellschafter Daimler-Benz und MAN (jeweils 50 Prozent) wurde ein versteuertes Gewinn von 10,4 (11,7) Mill. DM abgeführt.

TOEPPER INTERNATIONAL / Gute Ertragslage – Zweistellige Umsatzsteigerung

Deutsche Beteiligungen erweitert

JAN BRECH, Hamburg

Mit nur spärlichen Angaben gibt die Alfred C. Toepfer International GmbH, Hamburg, einen ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. November). In einer Mitteilung heißt es, daß der konsolidierte Fremdsatz aus dem Handel mit Getreide, Futtermitteln, Ölsaaten und Ölen aufgrund wesentlich höherer Preise um 18 Prozent auf 11,4 Mrd. DM gestiegen sei. Zur Ertragslage heißt es lapidar: Sie war gut. Aus dem Netto-Ergebnis seien die Rücklagen weiter verstärkt und an die Anteilseigner eine höhere Dividende gezahlt worden. Das eingezahlte Kapital weist Toepfer nach einer Bareinzahlung von zusätzlich 20 Mill. DM mit 128,6 Mill. DM aus.

Genauere Auskünfte über Status und Entwicklung der Gruppe kann Toepfer auch aufgrund des in wenigen Wochen nach dem Publikationstermin zu veröffentlichenden Jahresabschlusses 1983/84 nicht versprechen. Diese Zahlen würden sich nur auf den deutschen Teilbereich beziehen

und hätten wenig Aussagekraft. An der Alfred C. Toepfer International, die Ende 1979 durch die Herauslösung des gesamten Handelsgeschäfts aus der Toepfer-Gruppe entstanden ist, sind zu gut 50 Prozent die Intrade, eine Holding von elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, und zu weiteren knappen 50 Prozent die US-Gruppe Archer Daniels Midland Corp. beteiligt. Den kleinen verbleibenden Rest hält die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft, in der die 1979 nicht ausgliederten Bereiche Mischfutterproduktion, Landhandel, Schifffahrt und Bankgeschäft zusammengefaßt worden sind.

Neben dem international betriebenen Handel hat Toepfer International in den beiden letzten Jahren den Kreis der Beteiligungen in Deutschland wesentlich erweitert. 1982 sind zum einen 30 Prozent an der ertragsstarken Oelmühle AG, Hamburg, erworben worden, die für das Berichtsjahr 10 DM Dividende zahlt. Zudem hat Toepfer einen „angemessenen“

Teil an der Vereinigten Kunstmühlen AG übernommen. Die Vereinigte Kunstmühlen AG, die von der im Vergleich befindlichen Kampfmeyer-Gruppe den gesamten Mühlenkomplex erworben hatte, zahlt für dieses Jahr trotz erheblicher Nachbelastungen aus dem Kampfmeyer-Vergleich 5 Prozent Dividende.

Auch über die Entwicklung der Toepfer International in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 hält sich die Verwaltung mit Angaben zurück. Im ersten Halbjahr und für das bestehende Engagement habe man die Kosten verdient, heißt es. Aber in der EG seien die Käufer verunsichert und die Auswirkungen der Beschränkungen der Milchproduktion noch nicht zu übersehen. Aus diesem Grunde komme es kaum zu Termingeschäften. Weltweit erwarte man mit den neuen Ernten wieder größere Agrarüberschüsse, deren preisliche Auswirkungen nicht abzuschätzen seien. Die Kaufkraft der Kundschaft habe sich in Teilbereichen weiter verschlechtert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neues Gase-Werk

Wiesbaden (VWD) – In Gablingen bei Augsburg hat die Linde AG, Wiesbaden, ein mit einem Investitionsaufwand von 50 Mill. DM errichtetes neues Werk für technische Gase in Betrieb genommen. Der neue Luftzerleger verfügt über eine Kapazität von 500 t Stickstoff, Sauerstoff und Argon. Der Linde-Konzern, der am Volumen des Deutschen Gase-Marktes von etwa 1,7 Mrd. DM einen Anteil von über 30 Prozent hält, verfügt in der Bundesrepublik jetzt über 6 Produktionszentren mit Flüssig-Produktion sowie 28 Gase-Füllwerke und 17 Acetylenwerke.

Weiterer Gesellschaft

Frankfurt (VWD) – Als weiterer Gesellschafter bei der Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt, ist jetzt die Hamburger Privatbank M. M. Warburg-Brückmann, Wirtz & Co. eingetreten. Mit den Hamburger Privatbankiers, die über eine Tochter in Luxemburg, eine Niederlassung in Frankfurt und eine Repräsentanz in Jakarta verfügen und 1983 eine konsolidierte Bilanzsumme von 3,4 Mrd. DM erreichten, hat sich Union-Invest eine weitere aktive Vertriebsstelle für

ihre Investmentfonds gesichert. Union-Invest hat jetzt 38 Gesellschafter aus dem Kreis der Genossenschaftsbanken sowie in- und ausländische Privatbanken.

Mikro-Engagement

München (VWD) – Die Hegener & Glaser AG, München, will verstärkt in den Mikrocomputermarkt einsteigen. Finanziert werden soll dieses Engagement mit den Emissionserlösen, die der Gesellschaft aus der Umwandlung in eine AG Anfang Juli zufließen. Hegener & Glaser führte am 4. Juli 25 Prozent des Grundkapitals oder nominal 1,25 Mill. DM im Freiverkehr an den Börsen München und Hamburg ein. Den Emissionserlös bezifferte ein Sprecher des Unternehmens auf 5,526 Mill. DM.

Aufzugbau erweitert

Düsseldorf (J.G.) – Kurz nach Übernahme des MAN-Aufzugsbaus hat die Thyssen-MAN Aufzüge GmbH jetzt auch die Firma Boetticher y Navarro S.A., Madrid, übernommen, die mit 500 Mitarbeitern reichlich 40 Mill. DM Umsatz macht und in Spanien ein „flächendeckendes“ Niederlassungs-

netz hat. Die Thyssen-Aufzugsgruppe hat nun 6500 Beschäftigte mit rund 650 Mill. DM Jahresumsatz.

Aerospatiale-Verlust

Paris (J. Sch.) – Zum ersten Mal seit fünf Jahren ist die staatliche französische Aerospatiale wieder in die roten Zahlen geraten. Nach 96,2 Mill. F Reingewinn 1982 verbuchte sie letztes Jahr 357,5 Mill. F Verluste, obwohl ihr Umsatz um 12,15 Prozent auf 24 Mrd. F zunahm. Der Grund war der starke Auftragsrückgang auf 12,8 (15,6) Mrd. F. Die Verwaltung hofft, daß die internationale Luftverkehrskrise im Laufe der nächsten zwei Jahre überwunden ist.

Verlagerung nach Berlin

Stuttgart (nl) – Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, wird in ihrem Berliner Werk eine moderne Fertigung für Bildschirm-Systeme (Datenterminals) aufbauen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Verlagerung der Fertigung des Europa-Bedarfs an Datenterminals aus den USA nach Berlin. „Außerordentlich“ investiert werden in Berlin bis 1985 rund 33 Mill. DM.

PREUSSAG-HV / Einstieg in den USA perfekt

Ertragsbesserung realistisch

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, hat im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 einen besseren Ertrag erzielt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Vorstandschef Günther Saßmannshausen erklärte auf der Hauptversammlung, vor allem der höhere Zinkpreis und die Stärke des US-Dollar habe diese Entwicklung begünstigt. Beide Einflußgrößen bildeten zugleich die Risikofaktoren in der zweiten Jahreshälfte. Wenn keine wesentlichen Veränderungen eintreten, dürfte ein „vorzeigbares Ergebnis“, das über dem von 1983 liegt, erzielt werden.

Inzwischen zeigen sich bei den Zinkpreisen wieder deutlich negative Trends. An der Londoner Metallbörse gingen die Preise im Juni um 500 DM pro Tonne zurück. Um die Lücke zwischen der Kursumwertung und dem Produzentenpreis zu schließen, ist dieser in zwei Schritten auf nunmehr 990 Dollar pro Tonne gesenkt worden. Die Bleipreise entwickeln sich seit Anfang 1984 kontinuierlich nach oben; sie werden aber nach wie vor

als unzureichend bezeichnet. Die Bemühungen der Preussag um eine Beteiligung an fördernden Erdöl- und Erdgasfeldern in den USA sind dieser Tage erfolgreich abgeschlossen worden. Dabei handelt es sich um eine Offshore-Lagerstätte im Golf von Mexiko. Die Beteiligung wurde bislang von der Anschutz Corp. Denver gehalten. Der Kaufpreis beträgt 70 Mill. Dollar. Davon haben Preussag und Deilmann 50 Prozent gemeinsam übernommen.

Die Aktionäre sprachen die Erwartung aus, daß die Preussag den seit drei Jahren geltenden Dividendsatz von 16 Prozent nicht auf Dauer als Obergrenze betrachte. Bei einer Präsenz von knapp 78 Prozent (Grundkapital 400 Mill. DM) wurden die Tagungsordnungspunkte fast einstimmig beschlossen. Dazu gehörte die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 500 Mill. DM bis Juli 1988 und die Ermächtigung zur Ausgabe von US-Dollar-Optionsverschreibungen (bedingtes Kapital) über ebenfalls 50 Mill. DM.

EDEKA / Scharfe Kritik an Heimdiensten

„Unglaublicher Versuch“

JAN BRECH, Hamburg

Mit ungewöhnlicher Schärfe hat sich die Edeka-Organisation gegen den von dem Marktführer Langnese-Iglo GmbH initiierten Heimdienst für Tiefkühlkost und Eiskrem ausgesprochen. Die größte genossenschaftliche Handelsgruppe in Europa sei nicht daran interessiert, Umsatz aus den Trüben des selbstständigen Lebensmittelkaufmanns in die Fahrgasse des Heimdienstes zu verlagern, heißt es bei der Edeka. Der Handel müsse konsequent daran arbeiten, daß der Tiefkühl-Heimdienst die gleiche Bedeutungslage erhalte, wie etwa seit Jahren der Getränke-Heimdienst.

Den Aufbau eines eigenen Heimdienstes durch den Branchengrößen bezeichnet die Edeka wörtlich als „unglaublichen Versuch“, dem Lebensmittelhandel im Bereich Tiefkühlkost und Eiskrem den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Der erste Heimdienst-Katalog habe zudem offenkundig gemacht, daß in den Abgabepreisen von Langnese-Iglo noch beträchtlich Spielraum vorliege. Im Interesse des Verbrauchers erwarte man jetzt von dem Hersteller niedriger Einstandspreise. Dann werde

der preisbewußte Verbraucher erkennen, daß Tiefkühl-Heimdienste eine teure Vertriebs- und Angebotsform seien.

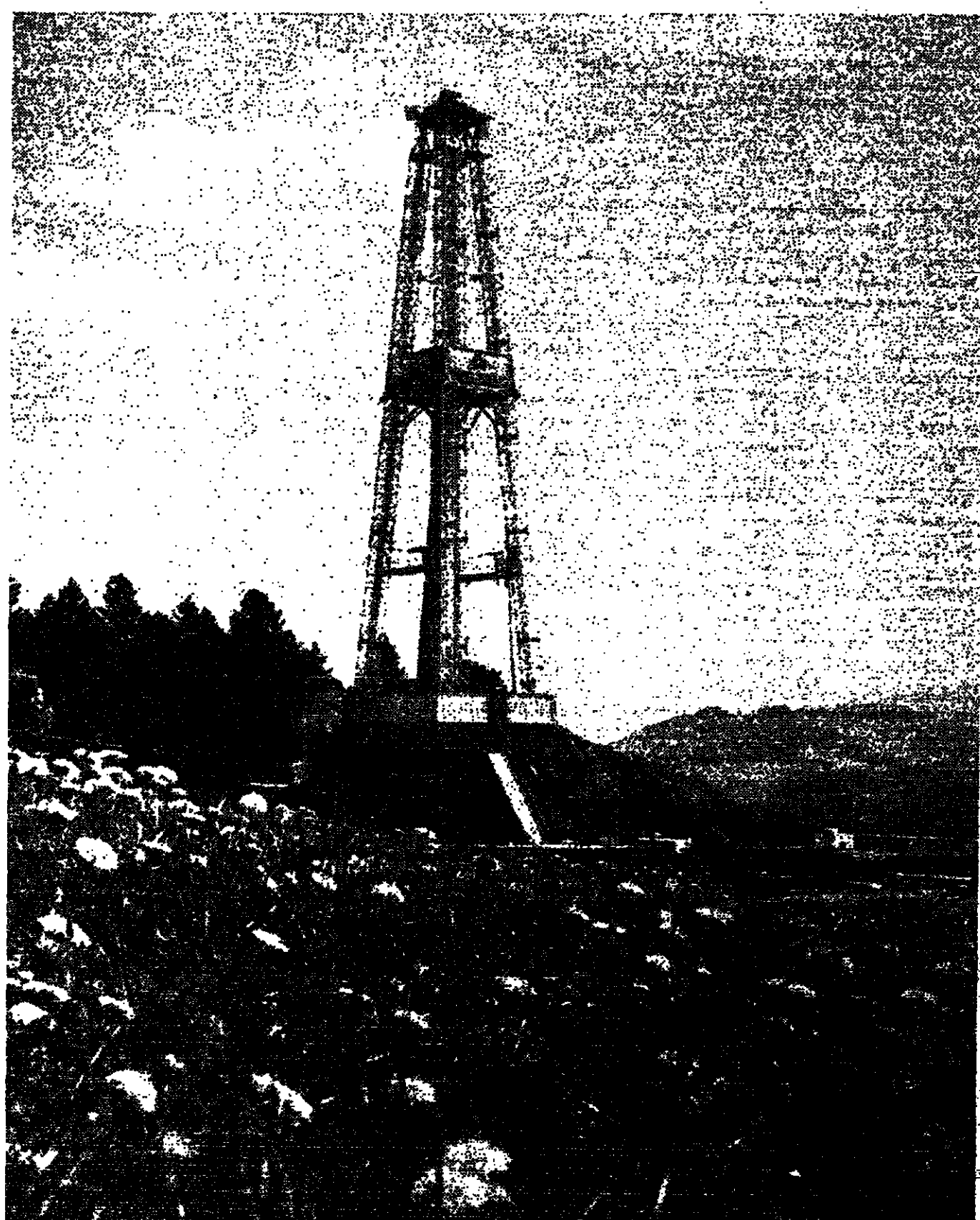
Die Unilever-Tochter Langnese-Iglo hatte Mitte April den Aufbau eines Heimdienstes angekündigt, um an dem wachsenden Umsatz der Heimdienste teilzunehmen. Nach Angaben des Unternehmens laufen vom gesamten Tiefkühlkost- und Eiskrem-Umsatz bereits heute 20 Prozent oder rund 800 Mill. DM über Heimdienste und somit am Einzelhandel vorbei. Für die Abwicklung des Heimdienstes ist die FF Frei Haus-Tiefkühl-Service GmbH & Co. gegründet worden, an der Langnese-Iglo 25 Prozent des Kapitals übernommen hat. Die restlichen 75 Prozent sind den großen Partnern im Handel angeboten worden, auch der Edeka-Gruppe.

Von Unilever wird zu den Vorwürfen erklärt, daß die Darstellung falsch sei, Langnese-Iglo habe einen eigenen Heimdienst auf. Das vorgesehene Konzept beruhe vielmehr auf einer engen Kooperation zwischen Hersteller und Handel.

PREUSSAG 1983

Im Geschäftsjahr 1983 hat sich die Ertragslage der Preussag deutlich verbessert. Der Jahresüberschuß des Preussag-Konzerns war mit 114 Mio DM um 45 Mio DM höher als im Vorjahr. Diese positive Entwicklung war entscheidend bestimmt durch höhere Erlöse des Metallbereichs für Zink und den gestiegenen Absatz des Energiebereichs bei Steinkohlen und Erdgas.

Aus dem Jahresüberschuß der Preussag AG von 80 Mio DM (Vorjahr: 70,5 Mio DM) sind zur weiteren finanziellen Stärkung des Unternehmens 24 Mio DM in die freie Rücklage eingestellt worden. Der Bilanzgewinn von 56 Mio DM ist zur Ausschüttung einer Dividende von 8 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM verwendet worden.



Die Aufsuchung neuer Erdöl- und Erdgaslagerstätten erfordert einen hohen finanziellen Aufwand und große Risikobereitschaft. Gestützt auf unsere langjährigen Erfahrungen setzen wir unsere Aufsuchstätigkeit im In- und Ausland intensiv fort. In Österreich beteiligen wir uns an der Aufsuchung Bohrung Sulzberg 1, die eine Endteufe von etwa 5700 m erreichen und über 35 Mio DM kosten wird. Im Einsatz ist unsere Bohranlage GH-38.

| Konzernbilanz (Inland)* | | |
|---|------|------|
| | 1983 | 1982 |
| Mio DM | | |
| Aktiva | | |
| Anlagevermögen | | |
| Sachanlagen | 965 | 949 |
| Finanzanlagen | 445 | 443 |
| Konsolidierungsausgleichsposten | 62 | 84 |
| Mit Bundesdarlehen finanzierte Aufschubvorhaben | 58 | 58 |
| Umlaufvermögen | | |
| Vorräte | 789 | 790 |
| Forderungen | 569 | 463 |
| Flüssige Mittel | 123 | 76 |
| Übriges Umlaufvermögen | 206 | 182 |
| Bilanzsumme | 3217 | 3045 |
| Passiva | | |
| Grundkapital | 350 | 350 |
| Rücklagen | 309 | 285 |
| Sonderposten mit Rücklageanteil | 167 | 187 |
| Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz | | |
| Rückstellungen | 42 | 24 |
| Langfristige Verbindlichkeiten | 836 | 810 |
| Andere Verbindlichkeiten | 529 | 553 |
| Konzerngewinn | 910 | 769 |
| | 74 | 67 |
| Bilanzsumme | 3217 | 3045 |

| Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung (Inland)* | | |
|---|------|------|
| | 1983 | 1982 |
| Mio DM | | |
| Umsatzerlöse | | |
| Bostandsveränderung/aktivierte Eigenleistungen | 4282 | 4068 |
| Gesamtleistung | 30 | 108 |
| Materialaufwand | 4312 | 4176 |
| Rohrertrag | 1873 | 1896 |
| Übrige Erträge | 2439 | 2280 |
| | 412 | 312 |
| Gesamterträge | | |
| | 2851 | 2592 |
| Gesamtaufwendungen | | |
| Personalaufwand | 1017 | 961 |
| Abschreibungen | 351 | 289 |
| Zinsaufwand | 52 | 61 |
| Steuern | 113 | 118 |
| Übriger Aufwand | 1204 | 1094 |
| | 2737 | 2523 |
| Jahresüberschuß | | |
| Verminderung des Konsolidierungsausgleichspostens | 114 | 69 |
| Gewinnvortrag | 11 | 1 |
| Einstellung in freie Rücklagen | 2 | 14 |
| Einstellung in freie Rücklagen | 24 | 14 |
| Gewinnanteile Konzernfremder | 7 | 1 |
| Konzerngewinn | 74 | 67 |

Preussag Aktiengesellschaft
Leibnizstraße 9
3000 Hannover 1

* Die vollständigen Jahresabschlüsse der Preussag AG und des Preussag-Konzerns werden in Kürze im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie sind mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehen.

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 3537 | 3538 | 3539 | 3540 | 3541 | 3542 | 3543 | 3544 | 3545 | 3546 | 3547 | 3548 | 3549 | 3550 | 3551 | 3552 | 3553 | 3554 | 3555 | 3556 | 3557 | 3558 | 3559 | 3560 | 3561 | 3562 | 3563 | 3564 | 3565 | 3566 | 3567 | 3568 | 3569 | 3570 | 3571 | 3572 | 3573 | 3574 | 3575 | 3576 | 3577 | 3578 | 3579 | 3580 | 3581 | 3582 | 3583 | 3584 | 3585 | 3586 | 3587 | 3588 | 3589 | 3590 | 3591 | 3592 | 3593 | 3594 | 3595 | 3596 | 3597 | 3598 | 3599 | 3600 | 3601 | 3602 | 3603 | 3604 | 3605 | 3606 | 3607 | 3608 | 3609 | 3610 | 3611 | 3612 | 3613 | 3614 | 3615 | 3616 | 3617 | 3618 | 3619 | 3620 | 3621 | 3622 | 3623 | 3624 | 3625 | 3626 | 3627 | 3628 | 3629 | 3630 | 3631 | 3632 | 3633 | 3634 | 3635 | 3636 | 3637 | 3638 | 3639 | 3640 | 3641 | 3642 | 3643 | 3644 | 3645 | 3646 | 3647 | 3648 | 3649 | 3650 | 3651 | 3652 | 3653 | 3654 | 3655 | 3656 | 3657 | 3658 | 3659 | 3660 | 3661 | 3662 | 3663 | 3664 | 3665 | 3666 | 3667 | 3668 | 3669 | 3670 | 3671 | 3672 | 3673 | 3674 | 3675 | 3676 | 3677 | 3678 | 3679 | 3680 | 3681 | 3682 | 3683 | 3684 | 3685 | 3686 | 3687 | 3688 | 3689 | 3690 | 3691 | 3692 | 3693 | 3694 | 3695 | 3696 | 3697 | 3698 | 3699 | 3700 | 3701 | 3702 | 3703 | 3704 | 3705 | 3706 | 3707 | 3708 | 3709 | 3710 | 3711 | 3712 | 3713 | 3714 | 3715 | 3716 | 3717 | 3718 | 3719 | 3720 | 3721 | 3722 | 3723 | 3724 | 3725 | 3726 | 3727 | 3728 | 3729 | 3730 | 3731 | 3732 | 3733 | 3734 | 3735 | 3736 | 3737 | 3738 | 3739 | 3740 | 3741 | 3742 | 3743 | 3744 | 3745 | 3746 | 3747 | 3748 | 3749 | 3750 | 3751 | 3752 | 3753 | 3754 | 3755 | 3756 | 3757 | 3758 | 3759 | 3760 | 3761 | 3762 | 3763 | 3764 | 3765 | 3766 | 3767 | 3768 | 3769 | 3770 | 3771 | 3772 | 3773 | 3774 | 3775 | 3776 | 3777 | 3778 | 3779 | 3780 | 3781 | 3782 | 3783 | 3784 | 3785 | 3786 | 3787 | 3788 | 3789 | 3790 | 3791 | 3792 | 3793 | 3794 | 3795 | 3796 | 3797 | 3798 | 3799 | 3800 | 3801 | 3802 | 3803 | 3804 | 3805 | 3806 | 3807 | 3808 | 3809 | 3810 | 3811 | 3812 | 3813 | 3814 | 3815 | 3816 | 3817 | 3818 | 3819 | 3820 | 3821 | 3822 | 3823 | 3824 | 3825 | 3826 | 3827 | 3828 | 3829 | 3830 | 3831 | 3832 | 3833 | 3834 | 3835 | 3836 | 3837 | 3838 | 3839 | 3840 | 3841 | 3842 | 3843 | 3844 | 3845 | 3846 | 3847 | 3848 | 3849 | 3850 | 3851 | 3852 | 3853 | 3854 | 3855 | 3856 | 3857 | 3858 | 3859 | 3860 | 3861 | 3862 | 3863 | 3864 | 3865 | 3866 | 3867 | 3868 | 3869 | 3870 | 3871 | 3872 | 3873 | 3874 | 3875 | 3876 | 3877 | 3878 | 3879 | 3880 | 3881 | 3882 | 3883 | 3884 | 3885 | 3886 | 3887 | 3888 | 3889 | 3890 | 3891 | 3892 | 3893 | 3894 | 3895 | 3896 | 3897 | 3898 | 3899 | 3900 | 3901 | 3902 | 3903 | 3904 | 3905 | 3906 | 3907 | 3908 | 3909 | 3910 | 3911 | 3912 | 3913 | 3914 | 3915 | 3916 | 3917 | 3918 | 3919 | 3920 | 3921 | 3922 | 3923 | 3924 | 3925 | 3926 | 3927 | 3928 | 3929 | 3930 | 3931 | 3932 | 3933 | 3934 | 3935 | 3936 | 3937 | 3938 | 3939 | 3940 | 3941 | 3942 | 3943 | 3944 | 3945 | 3946 | 3947 | 3948 | 3949 | 3950 | 3951 | 3952 | 3953 | 3954 | 3955 | 3956 | 3957 | 3958 | 3959 | 3960 | 3961 | 3962 | 3963 | 3964 | 3965 | 3966 | 3967 | 3968 | 3969 | 3970 | 3971 | 3972 | 3973 | 3974 | 3975 | 3976 | 3977 | 3978 | 3979 | 3980 | 3981 | 3982 | 3983 | 3984 | 3985 | 3986 | 3987 | 3988 | 3989 | 3990 | 3991 | 3992 | 3993 | 3994 | 3995 | 3996 | 3997 | 3998 | 3999 | 4000 |
| 3537 | 3538 | 3539 | 3540 | 3541 | 3542 | 3543 | 3544 | 3545 | 3546 | 3547 | 3548 | 3549 | 3550 | 3551 | 3552 | 3553 | 3554 | 3555 | 3556 | 3557 | 3558 | 3559 | 3560 | 3561 | 3562 | 3563 | 3564 | 3565 | 3566 | 3567 | 3568 | 3569 | 3570 | 3571 | 3572 | 3573 | 3574 | 3575 | 3576 | 3577 | 3578 | 3579 | 3580 | 3581 | 3582 | 3583 | 3584 | 3585 | 3586 | 3587 | 3588 | 3589 | 3590 | 3591 | 3592 | 3593 | 3594 | 3595 | 3596 | 3597 | 3598 | 3599 | 3600 | 3601 | 3602 | 3603 | 3604 | 3605 | 3606 | 3607 | 3608 | 3609 | 3610 | 3611 | 3612 | 3613 | 3614 | 3615 | 3616 | 3617 | 3618 | 3619 | 3620 | 3621 | 3622 | 3623 | 3624 | 3625 | 3626 | 3627 | 3628 | 3629 | 3630 | 3631 | 3632 | 3633 | 3634 | 3635 | 3636 | 3637 | 3638 | 3639 | 3640 | 3641 | 3642 | 3643 | 3644 | 3645 | 3646 | 3647 | 3648 | 3649 | 3650 | 3651 | 3652 | 3653 | 3654 | 3655 | 3656 | 3657 | 3658 | 3659 | 3660 | 3661 | 3662 | 3663 | 3664 | 3665 | 3666 | 3667 | 3668 | 3669 | 3670 | 3671 | 3672 | 3673 | 3674 | 3675 | 3676 | 3677 | 3678 | 3679 | 3680 | 3681 | 3682 | 3683 | 3684 | 3685 | 3686 | 3687 | 3688 | 3689 | 3690 | 3691 | 3692 | 3693 | 3694 | 3695 | 3696 | 3697 | 3698 | 3699 | 3700 | 3701 | 3702 | 3703 | 3704 | 3705 | 3706 | 3707 | 3708 | 3709 | 3710 | 3711 | 3712 | 3713 | 3714 | 3715 | 3716 | 3717 | 3718 | 3719 | 3720 | 3721 | 3722 | 3723 | 3724 | 3725 | 3726 | 3727 | 3728 | 3729 | 3730 | 3731 | 3732 | 3733 | 3734 | 3735 | 3736 | 3737 | 3738 | 3739 | 3740 | 3741 | 3742 | 3743 | 3744 | 3745 | 3746 | 3747 | 3748 | 3749 | 3750 | 3751 | 3752 | 3753 | 3754 | 3755 | 3756 | 3757 | 3758 | 3759 | 3760 | 3761 | 3762 | 3763 | 3764 | 3765 | 3766 | 3767 | 3768 | 3769 | 3770 | 3771 | 3772 | 3773 | 3774 | 3775 | 3776 | 3777 | 3778 | 3779 | 3780 | 3781 | 3782 | 3783 | 3784 | 3785 | 3786 | 3787 | 3788 | 3789 | 3790 | 3791 | 3792 | 3793 | 3794 | 3795 | 3796 | 3797 | 3798 | 3799 | 3800 | 3801 | 3802 | 3803 | 3804 | 3805 | 3806 | 3807 | 3808 | 3809 | 3810 | 3811 | 3812 | 3813 | 3814 | 3815 | 3816 | 3817 | 3818 | 3819 | 3820 | 3821 | 3822 | 3823 | 3824 | 3825 | 3826 | 3827 | 3828 | 3829 | 3830 | 3831 | 3832 | 3833 | 3834 | 3835 | 3836 | 3837 | 3838 | 3839 | 3840 | 3841 | 3842 | 3843 | 3844 | 3845 | 3846 | 3847 | 3848 | 3849 | 3850 | 3851 | 3852 | 3853 | 3854 | 3855 | 3856 | 3857 | 3858 | 3859 | 3860 | 3861 | 3862 | 3863 | 3864 | 3865 | 3866 | 3867 | 3868 | 3869 | 3870 | 3871 | 3872 | 3873 | 3874 | 3875 | 3876 | 3877 | 3878 | 3879 | 3880 | 3881 | 3882 | 3883 | 3884 | 3885 | 3886 | 3887 | 3888 | 3889 | 3890 | 3891 | 3892 | 3893 | 3894 | 3895 | 3896 | 3897 | 3898 | 3899 | 3900 | 3901 | 3902 | 3903 | 3904 | 3905 | 3906 | 3907 | 3908 | 3909 | 3910 | 3911 | 3912 | 3913 | 3914 | 3915 | 3916 | 3917 | 3918 | 3919 | 3920 | 3921 | 3922 | 3923 | 3924 | 3925 | 3926 | 3927 | 3928 | 3929 | 3930 | 3931 | 3932 | 3933 | 3934 | 3935 | 3936 | 3937 | 3938 | 3939 | 3940 | 3941 | 3942 | 3943 | 3944 | 3945 | 3946 | 3947 | 3948 | 3949 | 3950 | 3951 | 3952 | 3953 | 3954 | 3955 | 3956 | 3957 | 3958 | 3959 | 3960 | 3961 | 3962 | 3963 | 3964 | 3965 | 3966 | 3967 | 3968 | 3969 | 3970 | 3971 | 3972 | 3973 | 3974 | 3975 | 3976 | 3977 | 3978 | 3979 | 3980 | 3981 | 3982 | 3983 | 3984 | 3985 | 3986 | 3987 | 3988 | 3989 | 3990 | 3991 | 3992 | 3993 | 3994 | 3995 | 3996 | 3997 | 3998 | 3999 | 4000 |
| 3537 | 3538 | 3539 | 3540 | 3541 | 3542 | 3543 | 3544 | 3545 | 3546 | 3547 | 3548 | 3549 | 3550 | 3551 | 3552 | 3553 | 3554 | 3555 | 3556 | 3557 | 3558 | 3559 | 3560 | 3561 | 3562 | 3563 | 3564 | 3565 | 3566 | 3567 | 3568 | 3569 | 3570 | 3571 | 3572 | 3573 | 3574 | 3575 | 3576 | 3577 | 3578 | 3579 | 3580 | 3581 | 3582 | 3583 | 3584 | 3585 | 3586 | 3587 | 3588 | 3589 | 3590 | 3591 | 3592 | 3593 | 3594 | 3595 | 3596 | 3597 | 3598 | 3599 | 3600 | 3601 | 3602 | 3603 | 3604 | 3605 | 3606 | 3607 | 3608 | 3609 | 3610 | 3611 | 3612 | 3613 | 3614 | 3615 | 3616 | 3617 | 3618 | 3619 | 3620 | 3621 | 3622 | 3623 | 3624 | 3625 | 3626 | 3627 | 3628 | 3629 | 3630 | 3631 | 3632 | 3633 | 3634 | 3635 | 3636 | 3637 | 3638 | 3639 | 3640 | 3641 | 3642 | 3643 | 3644 | 3645 | 3646 | 3647 | 3648 | 3649 | 3650 | 3651 | 3652 | 3653 | 3654 | 3655 | 3656 | 3657 | 3658 | 3659 | 3660 | 3661 | 3662 | 3663 | 3664 | 3665 | 3666 | 3667 | 3668 | 3669 | 3670 | 3671 | 3672 | 3673 | 3674 | 3675 | 3676 | 3677 | 3678 | 3679 | 3680 | 3681 | 3682 | 3683 | 3684 | 3685 | 3686 | 3687 | 3688 | 3689 | 3690 | 3691 | 3692 | 3693 | 3694 | 3695 | 3696 | 3697 | 3698 | 3699 | 3700 | 3701 | 3702 | 3703 | 3704 | 3705 | 3706 | 3707 | 3708 | 3709 | 3710 | 3711 | 3712 | 3713 | 3714 | 3715 | 3716 | 3717 | 3718 | 3719 | 3720 | 3721 | 3722 | 3723 | 3724 | 3725 | 3726 | 3727 | 3728 | 3729 | 3730 | 3731 | 3732 | 3733 | 3734 | 3735 | 3736 | 3737 | 3738 | 3739 | 3740 | 3741 | 3742 | 3743 | 3744 | 3745 | 3746 | 3747 | 3748 | 3749 | 3750 | 3751 | 3752 | 3753 | 3754 | 3755 | 3756 | 3757 | 3758 | 3759 | 3760 | 3761 | 3762 | 3763 | 3764 | 3765 | 3766 | 3767 | 3768 | 3769 | 3770 | 3771 | 3772 | 3773 | 3774 | 3775 | 3776 | 3777 | 3778 | 3779 | 3780 | 3781 | 3782 | 3783 | 3784 | 3785 | 3786 | 3787 | 3788 | 3789 | 3790 | 3791 | 3792 | 3793 | 3794 | 3795 | 3796 | 3797 | 3798 | 3799 | 3800 | 3801 | 3802 | 3803 | 3804 | 3805 | 3806 | 3807 | 3808 | 3809 | 3810 | 3811 | 3812 | 3813 | 3814 | 3815 | 3816 | 3817 | 3818 | 3819 | 3820 | 3821 | 3822 | 3823 | 3824 | 3825 | 3826 | 3827 | 3828 | 3829 | 3830 | 3831 | 3832 | 3833 | 3834 | 3835 | 3836 | 3837 | 3838 | 3839 | 3840 | 3841 | 3842 | 3843 | 3844 | 3845 | 3846 | 3847 | 3848 | 3849 | 3850 | 3851 | 3852 | 3853 | 3854 | 3855 | 3856 | 3857 | 3858 | 3859 | 3860 | 3861 | 3862 | 3863 | 3864 | 3865 | 3866 | 3867 | 3868 | 3869 | 3870 | 3871 | 3872 | 3873 | 3874 | 3875 | 3876 | 3877 | 3878 | 3879 | 3880 | 3881 | 3882 | 3883 | 3884 | 3885 | 3886 | 3887 | 3888 | 3889 | 3890 | 3891 | 3892 | 3893 | 3894 | 3895 | 3896 | 3897 | 3898 | 3899 | 3900 | 3901 | 3902 | 3903 | 3904 | 3905 | 3906 | 3907 | 3908 | 3909 | 3910 | 3911 | 3912 | 3913 | 3914 | 3915 | 3916 | 3917 | 3918 | 3919 | 3920 | 3921 | 3922 | 3923 | 3924 | 3925 | 3926 | 3927 | 3928 | 3929 | 3930 | 3931 | 3932 | 3933 | 3934 | 3935 | 3936 | 3937 | 3938 | 3939 | 3940 | 3941 | 3942 | 3943 | 3944 | 3945 | 3946 | 3947 | 3948 | 3949 | 3950 | 3951 | 3952 | 3953 | 3954 | 3955 | 3956 | 3957 | 3958 | 3959 | 3960 | 3961 | 3962 | 3963 | 3964 | 3965 | 3966 | 3967 | 3968 | 3969 | 3970 | 3971 | 3972 | 3973 | 3974 | 3975 | 3976 | 3977 | 3978 | 3979 | 3980 | 3981 | 3982 | 3983 | | | | | | | | | | | | | | | | | |

[illegible][illegible]

| Divi-Anleihen | | | | | | | | | |
|------------------------|--------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| | 11.7 | 11.8 | 11.9 | 12.0 | 12.1 | 12.2 | 12.3 | 12.4 | 12.5 |
| 5.25% Amortizing 78 | \$2.8 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 78 | \$2.8 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 79 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 80 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 81 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 82 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 83 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 84 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 85 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 86 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 87 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 88 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 89 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 90 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 91 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 92 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 93 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 94 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 95 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 96 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 97 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 98 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 99 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 00 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 01 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 02 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 03 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 04 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 05 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 06 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 07 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 08 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 09 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 10 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 11 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 12 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 13 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 14 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 15 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 16 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 17 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 18 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 19 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 20 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 21 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 22 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 23 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 24 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 25 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 26 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 27 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 28 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 29 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 30 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 31 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 32 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 33 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 34 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 35 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 36 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 37 | \$7.25 | | | | | | | | |
| 5.25% Bank Deposits 38 | \$7.25 | | | | | | | | |

[illegible][illegible][illegible]

Frankfurt: 11. 7. 84: 688 Optionen = 32.700
(17.590 Aktien, davon 158 Verkaufsoptionen:
-1-140/7, Verkaufsoptionen: AEG 10-55/4, 1-90/
3,1. BASF 1-150/3,5, BEC 10-210/6,8, BMW 10-
In Frankfurt wurden am 11. Juli folgende Gold-
münzenpreise genannt (in DM):

| | Frankfurt, Devisen | | Wach-Frankfurt, Sorten* |
|---------|--------------------|-------|-------------------------|
| 11.7.84 | Geld | Brief | |
| | | | Ankauf Verkauf |

Der schwache amerikanische Bondmarkt führte zu einem Stimmungswechsel und einen Anstieg der deutschen Zinsbindung in England hatte zu dem heute erweiterten Abschlüsse für Pfund gegen den Dollar.

[illegible]

Regionale Energieversorgung – wirtschaftlich und weitblickend

3,07 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie haben wir 1983 an unsere Kunden in Stadt und Land geliefert.

Unser Versorgungsgebiet umfaßt den Regierungsbezirk Mittelfranken – ohne die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen –, einen Teil von Unterfranken und Randgebiete von Oberfranken, Oberbayern, Schwaben und der Oberpfalz.

Als regionales Energieversorgungsunternehmen haben wir für die sichere und wirtschaftliche Versorgung aller Kunden die richtige Größe. Die Zusammenfassung der Energieversorgung in leistungsfähigen Unternehmen überschaubarer Größenordnung bringt organisatorische, technische und wirtschaftliche Vorteile, die der Bevölkerung und Wirtschaft in Stadt und Land zugute kommen.



Jahresabschluß 1983 (in gekürzter Form – 1000 DM)

Bilanz zum 31. Dezember 1983

| Aktiva | |
|--|-----------|
| Sachanlagen | 1.327.559 |
| Finanzanlagen | 2.882 |
| Vorräte | 6.247 |
| Forderungen | 111.528 |
| Rüßige Mittel | 13.139 |
| | 1.461.365 |
| Passiva | |
| Grundkapital | 70.015 |
| Rücklagen | 55.457 |
| Sonderposten | 4.482 |
| Verbindlichkeiten | 794.837 |
| Entfernungslast und Baukostenzuschüsse | 307.002 |
| Rückstellungen | 52.210 |
| Verbindlichkeiten | 170.184 |
| Bilanzgewinn | 7.198 |
| | 1.461.365 |

FÜW

FRANKISCHES ÜBERLANDWERK
AKTIENGESELLSCHAFT NÜRNBERG

Veröffentlichung des vollständigen Jahresabschlusses im Juli 1984 im Bundesanzeiger. Er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der mit der Abschlussprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Aktiengesellschaft, Frankfurt.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983

| Umsatzerlöse | 641.083 |
|---|---------|
| Eigenleistungen | 4.856 |
| | 645.939 |
| Strombezug, Unterhaltung, Material | |
| Rohertag | 446.977 |
| Zins- u. Beteiligungserträge | 199.062 |
| Erträge aus Anlageerträgen und Zuschreibungen | 3.282 |
| Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten | 4.774 |
| Sonstige Erträge | 4.038 |
| | 1.322 |
| Personalaufwand | 213.078 |
| Abschreibungen | 75.810 |
| Zinsaufwand | 78.393 |
| Steuern | 7.856 |
| Einstellung in Sonderposten | 23.124 |
| Sonstiger Aufwand | 3.485 |
| Jahresüberschuß | 11.753 |
| Gewinnvortrag | 12.657 |
| | 141 |
| Einstellung in Rücklagen | 12.798 |
| Bilanzgewinn | 5.800 |
| | 7.198 |

Aus dem Geschäftsbericht 1983 der FLACHGLAS AKTIENGESELLSCHAFT Fürth/Bayern

Bilanz zum 31. Dezember 1983

| Aktiva | Mio DM | (Vorj.) | Passiva | Mio DM | (Vorj.) |
|-------------------------|--------|---------|--|--------|---------|
| Sachanlagen | 292 | (273) | Grundkapital | 136 | (136) |
| Finanzanlagen | 77 | (74) | Rücklagen | 254 | (251) |
| Anlagevermögen | 369 | (347) | Sonderposten mit Rücklageanteil | 6 | (7) |
| Vorräte | 100 | (89) | Pauschalwertberichtigung zu Forderungen | 4 | (3) |
| Forderungen | 133 | (137) | Rückstellungen | 251 | (237) |
| Geldmittel, Wertpapiere | 173 | (189) | lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten | 33 | (35) |
| Umlaufvermögen | 406 | (415) | andere Verbindlichkeiten | 69 | (71) |
| | | | Bilanzgewinn | 22 | (22) |
| Bilanzsumme | 775 | (762) | Bilanzsumme | 775 | (762) |

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung

| | Mio DM | (Vorj.) |
|--|--------|---------|
| Umsatzerlöse | 913 | (854) |
| Gesamtleistung | 923 | (854) |
| Materialaufwand | 396 | (311) |
| übrige Erträge | 78 | (63) |
| Personalaufwand | 318 | (297) |
| Abschreibungen | 76 | (92) |
| Steuern | 40 | (43) |
| Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil | ~ | (8) |
| übrige Aufwendungen | 146 | (144) |
| Jahresüberschuß | 25 | (22) |

Konzernbilanz zum 31. Dezember 1983

| Aktiva | Mio DM | (Vorj.) | Passiva | Mio DM | (Vorj.) |
|-------------------------|--------|---------|--|--------|---------|
| Sachanlagen | 388 | (370) | Grundkapital | 136 | (136) |
| Finanzanlagen | 105 | (101) | Rücklagen | 254 | (251) |
| Anlagevermögen | 493 | (471) | Rücklage aus der Konsolidierung | 146 | (157) |
| Vorräte | 144 | (133) | Anteile in Fremdbesitz | 3 | (3) |
| Forderungen | 184 | (163) | Sonderposten mit Rücklageanteil | 22 | (20) |
| Geldmittel, Wertpapiere | 227 | (255) | Pauschalwertberichtigung zu Forderungen | 7 | (6) |
| Umlaufvermögen | 555 | (551) | Rückstellungen | 283 | (268) |
| | | | lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten | 50 | (55) |
| | | | andere Verbindlichkeiten | 126 | (106) |
| | | | Konzerngewinn | 21 | (20) |
| Bilanzsumme | 1.048 | (1.022) | Bilanzsumme | 1.048 | (1.022) |

Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 21.683.200 DM für das Geschäftsjahr 1983 schütten wir eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 136.520.000 DM aus. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 4,50 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Den freien Rücklagen führten wir 3.000.000 DM zu. Der vollständige Abschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, Fürth/Bayern, im Juli 1984 Der Vorstand

schaft, Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, trägt, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Fürth/Bayern, im Juli 1984
Der Vorstand

FLACHGLAS AG



Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31.12.1983 (gekürzt)

| Aktiva | Mio DM |
|--|---------|
| Kapitalanlagen ohne Depotforderungen | |
| Grundstücke | 1328,4 |
| Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen | 300,5 |
| Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen | 2159,9 |
| Schuldbuchforderungen | 27,5 |
| Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine | 31,5 |
| Beteiligungen | 2213,7 |
| Wertpapiere | 5002,6 |
| Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten | 84,9 |
| Depotforderungen | 3360,9 |
| Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft | 173,1 |
| Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft | 334,1 |
| Sonstige Aktiva | 658,5 |
| | 15673,6 |
| Passiva | |
| Grundkapital | 500,4 |
| Offene Rücklagen | 1914,6 |
| Sonderposten mit Rücklageanteil | 37,3 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung | 10585,2 |
| Beitragsüberträge | 1158,9 |
| Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | 4683,0 |
| Übrige versicherungstechnische Rückstellungen | 4743,3 |
| Depotverbindlichkeiten | 810,4 |
| Abrechnungverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft | 90,0 |
| Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft | 83,9 |
| Nichtversicherungstechnische Rückstellungen | 1247,7 |
| Sonstige Passiva | 275,4 |
| Bilanzgewinn | 127,7 |
| | 15673,6 |

Gewinn- und Verlustrechnung 1983 (gekürzt)

| | |
|--|---------|
| Beitragsentnahmen brutto | 7338,9 |
| Rückversicherungsbeiträge | -2205,0 |
| Beitragsentnahmen für eigene Rechnung (f. e. R.) | 5133,9 |
| Veränderung der Beitragsüberträge | - 53,0 |
| Verdiente Beiträge | 5080,9 |
| Übrige versicherungstechnische Erträge | 385,2 |
| Versicherungstechnische Erträge f. e. R. | 5466,1 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -3287,6 |
| Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewähr, Beitragsrückerstattung | - 258,0 |
| Verschiedene versicherungstechnische Aufwendungen | - 429,3 |
| Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb | -1266,7 |
| Versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R. | -5241,6 |
| Veränderung der Schwankungsrückstellung | - 42,7 |
| Versicherungstechnisches Ergebnis | 181,8 |
| Erträge aus Kapitalanlagen | 848,4 |
| Übrige allgemeine Erträge | 330,1 |
| Aufwendungen für Kapitalanlagen | - 231,0 |
| Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | - 168,0 |
| Übrige Aufwendungen ohne Steuern | - 400,5 |
| Allgemeines Ergebnis | 379,0 |
| Steuern | - 305,9 |
| Jahresüberschuß | 254,9 |
| Einstellung in Rücklagen durch Vorstand und Aufsichtsrat | - 127,2 |
| Bilanzgewinn | 127,7 |

Der vollständige Jahresabschluß, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 11. Juli 1984 beschlossen, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1983 in Höhe von 127.716.364,- DM wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung einer Dividende von 10,- DM auf jede der 10.080.000 Aktien à nom. 50,- DM
100.800.000,- DM
- Einstellung in die freien Rücklagen
19.000.000,- DM
- zusätzlicher Aufwand aufgrund dieses Gewinnverwendungsbeschlusses
8.636.364,- DM

Die Dividende wird gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 38 abzüglich der Kapitalertragsteuer von 25% ausbezahlt. Mit der Dividende ist eine Steuergutschrift von 5,63 DM verbunden, die auf die inländische Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld der Aktionäre angerechnet wird.

Für Aktien, die bei einem inländischen Kreditinstitut verwahrt werden, zahlt die Depotbank die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift aus, wenn ihr von einem inländischen Aktionär eine Bescheinigung des Finanzamts gemäß § 36 b EStG (Nichtveranlagungsbescheinigung) vorgelegt wird.

Zahlstellen unserer Gesellschaft sind die Niederlassungen der folgenden Banken in Berlin, München, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Köln und Stuttgart:

| | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|
| Dresdner Bank AG | Berliner Commerzbank AG | Sal. Oppenheim Jr. & Cie |
| Bank für Handel und Industrie AG | Berliner Handels- und | M. M. Warburg-Brinckmann, |
| Deutsche Bank AG | Frankfurter Bank | Wirtz & Co |
| Deutsche Bank Berlin AG | Commerzbank AG | Bayerische Raiffeisen- |
| Bayerische Hypotheken- und | Grunellus & Co | Zentralbank AG |
| Wechsel-Bank AG | Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a.A. | Bayerische Volksbanken AG |
| Bayerische Vereinsbank AG | Merck, Finck & Co | J.H. Stein |
| Joh. Berenberg, Gossler & Co | B. Metzler seel. Sohn & Co | Trinkaus & Burkhart |
| Zahlstellen in der Schweiz sind folgende Banken, jeweils mit allen schweizerischen Niederlassungen: | | |
| Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich | Schweizerischer Bankverein, Basel | Schweizerische Kreditanstalt, Zürich |

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Verbo
spreng

Ulrich Kraft

Ulrich Kraft

Glück i

ZEITSCHRIFT

Verborgene Sprengsätze

Nea. Fast scheint es, als seien in der Frankfurter Alten Oper, die der damalige Oberbürgermeister Rudi Arndt am liebsten schon als Ruine in die Luft gesprengt hätte, immer noch Sprengsätze verborgen. Die fristlose Kündigung des so erfolgreichen Generalmanagers Schwab durch einstimmigen Aufsichtsratsbeschluss ist sicher mehr als nur das lärmende Ende einer wohl von allzu großem Ehrgeiz und Selbstbewusstsein beherrschten Stadt-Karriere.

Der Anlaß, die nicht zustande gekommene Uraufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“, das – so viel kann gesagt werden – in Richtung auf einen neuen Antisemitismus gefährlichen und Empfindungsgrößen überschreitet, die in Nachschweiß-Deutschland auch im Kulturbetrieb bisher wohlwollend beachtet wurden, könnte zu tragischen Schlägen über politische Fronten verleiten. Da verteidigen Arm im Arm der CDU-Oberbürger-

meister und sein SPD-Kulturdezernent die als „progressiv“ bekannte Gelen-Oper und das so problematisch mitbestimmte Schauspiel gegen die Konkurrenz jener wieder aufgebauten Alten Oper, die von der Linken jahrelang als zerstörerischer Beutezug der kulturellen Reaktion gebrandmarkt worden war.

Natürlich ist der ganze Streit durchwirkt von politischen, kommunalpolitischen, persönlichen und wirtschaftlichen Interessen. Zwei Dinge heben sich aber als eindeutig heraus: Der Rechtsstandpunkt, den OB Wallmann und der Magistrat einnehmen, scheint überzeugend; und jene linken Kulturrevolutionäre, die den Tempel der bürgerlichen Kultur aber jetzt für ihr Spektakel beanspruchen, machen keine ehrenvolle Figur.

Wenn der Pulverdampf sich verzogen hat, wird das Phänomen übrigbleiben, daß sich in einer Stadt wie Frankfurt nur durch das Entstehen eines neuen Gebäudes beinahe explosionsartig ein ganz neues kulturelles Leben entwickelt, das vorhandene Strukturen fast zu zerstören droht. Hier sind noch lange nicht alle Fragen beantwortet.

In alter Kraft: Das „Festival zweier Welten“

Ulk mit frischem Wasser

How wonderful! seufzen sie wie beim ersten Mal vor 27 Jahren beim Blick auf den Domplatz von Spoleto. Dann steigen sie behutsam die flachen Stufen herab zum Morgenritual der Stammgäste des „Festival zweier Welten“, dem ersten Aperitif vom Tric-Trac und dem zweiten nach dem Mittagkonzert im Theater Carlo Melisso. Sie sind so elegant wie eh und je, die alten Amerikanerinnen, die Spoleto unverwundlich die Treue halten.

Im jubelnden Applaus nach der Premiere seiner Opera Buffa „Der letzte Wilde“, einer polemischen Persiflage der Konsumgesellschaft und der modernen Musik, die bei ihrer Uraufführung in Paris vor 21 Jahren nicht so recht ankam und im „Happy Birthday“, das das Orchester nach der Aufführung anstimmte, als der Komponist und Regisseur Menotti mit einer Torte voll 73 Kerzen gefeiert wurde, klang die Dankbarkeit der Stadt und ihrer Gäste für den „Herzog von Spoleto“.

Auch das Festival macht behutsame Schritte, auch wenn es wie die allzu vielen sommerlichen Kulturfeiern alljährlich versucht, den Zauber seiner Anfänge wiederzufinden, als das Publikum noch nicht so überfüllt mit Attraktionen war wie heute. Der Clou war bisher (das Festival dauert bis zum 15. Juli) Virginia Woolf; 1932 verfaßte und 12 Jahre später aufgeführte Theaterwerk „Fresh Water“, in dem bekannte Persönlichkeiten ihrer Zeit, von ebenso bekannten Persönlichkeiten gemittelt, das Ende der viktorianischen Ära durch den Kakao zogen.

„Dieses Stück ist absolut nutzlos und sinnlos. Und darum gefällt es mir so gut“, sagte der berühmteste der jetzigen Schauspieler bei der Pressekonferenz. Er heißt Eugene Ionesco. Neben ihm und seiner Frau Rodica rezitierte wie bei der ersten Aufführung vor einem Jahr im Centre Pompidou die Creme der französischen Intelligenz, Nathalie Sarraute, die große alte Dame des Nouveau roman, spielt mit unvergleichlicher

Würde den Silberdiener James. Alain Robbe Grillet ist ein Indologe, der mit seiner Frau (gespielt von der ägyptischen Dichterin Joyce Mansour) aus dem Surrealistenkreis um André Breton nur auf zwei Bahnen wartet, um nach Indien zu fahren. Tom Bishop, Direktor des französischen Kulturdepartements der New York University, ist der Navy-Offizier, der mit Ellen Perry, der berühmtesten englischen Schauspielerin der Jahrhundertwende, gespielt von der Pariser Literaturprofessorin Florence Delay, ihrem präraphaelitischen Malergatten George Watts (gespielt von Guy Dumur, dem gefürchtetsten französischen Theaterkritiker) durchbrennt. Der Schriftsteller, Soziologe und Historiker Jean-Paul Aron ist die Queen Victoria und der Vizedirektor des Festivals zweier Welten, Raffaele De Banfield, ein Delphin, der einen Ehering verschluckt.

Was diese als Schauspieler verkleideten Geistesgrößen da spielen, ist so absurd wie gleichgültig. Die Sensation ist, daß und wie sie auf der Bühne stehen. So unwiderstehlich komisch nämlich in ihrer lebenswahren Ungeschicklichkeit, daß man sich nicht sattsehen und lachen kann. Ionesco, der Dichter Alfred Tennyson, schlägt sie alle. Aus seinem um den Glatzkopf gebundenen Gottvaterbart murmelt er, aus seinen Werken vorlesend, sich ständig verheddernd und das Publikum zwinkern um Verständnis bittend, ein Meisterstück des absurden Theaters. Er amüsiert sich dabei mindestens so sehr wie sein Publikum und wie die Queen Victoria des Jean-Paul Aron, die vor lauter Gelächter kaum einen ihrer richtigen Sätze hervorbringen kann. Der alte Theaterschmerz der jungen Generation Virginia Woolf, als neuer Scherz von alten genialen Geistern präsentiert, dürfte der Clou des 27. Festivals zweier Welten in Spoleto bleiben und dann in die Theatergeschichte eingehen. „Denn noch einmal spielen wir nicht, sonst werden wir Berufsschauspieler“, sprach Ionesco. MONIKA VON ZITZEWITZ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Der „Merkur“

Glück im tiefen Schmerz

Einige Reaktionen aus der Leserschaft haben dem Zeitschriftenrezensenten gezeigt, daß ihm in seinem ersten Bericht über den „neuen Kurs“ im alten „Merkur“ etwas noch nicht ganz gelungen ist: Klarzumachen, was der neue Herausgeber Karl Heinz Bohrer mit seinem „Intensitätsdiskurs“ meint und will. Sagen wir es also ohne sein Fach-Chinesisch – auf die Gefahr hin, als Banause in Grund und Boden gehört zu werden.

Wenn einer aufbegehrt, „Es kommt nicht darauf an, wie lange ich lebe, sondern wie ich lebe“, so ist er bereits auf dem Intensitätsstrip. Am Ende dieses Weges soll dann jener intensivste Augenblick (Bohrers „emphatische Augenblicke“) sein, in den die Wirklichkeit einschließt – die Ewigkeit, vor der die langen Jahre ungeliebten Lebens zu einem grauen Band totet Zeit werden. Oder, um es auf einer anderen Ebene zu formulieren: Der vom „Intensitätsdiskurs“ Ergriffene weiß, daß Glück ohne Schmerz nicht zu haben ist – was den Gedanken nahelegt, das höchste Glück sei im tiefsten Schmerz zu finden.

Das sind gefährliche Gedanken – aber welche Gedanken sind nicht gefährlich? – die wir nicht erst seit Nietzsche und Baudelaire kennen. Das Eigenartige ist, daß sie zur Zeit weniger bei der Jugend zu finden sind als bei der etwas älteren Generation der enttäuschten Revolutionäre. Sie sind wohl der Meinung, die auf komplette Schmerzvermeidung hinarbeitende Kulturrevolution habe ihnen zu lange das Jetzt und Hier vorenthalten, habe ihnen zu lange eine Erfüllung in ferner Zukunft oder in den andern vorgegaukelt. Daher das

tiefe Ressentiment gegen moralische und soziale Kategorien.

Übrigens finden sich in den ersten vier Bohrer-Heften des „Merkur“ durchaus Autoren, die von diesen Dingen ohne Aufgeregtheit zu sprechen wissen. So der Freiburger Linguist Hans-Martin Gaus in seinem schönen Stendhal-Essay „Der intensive Roman: Rot und Schwarz“. Er macht einen vermittelnden Vorschlag: „Freud gebraucht für den psychischen Bereich anstelle von „Intensität“ den deutschen Ausdruck – „Beziehung“. Dies ist eine brauchbare Verdeutlichung. Ein Inhalt wird mit einem bestimmten Affektbetrag besetzt“, er erhält ein bestimmtes Quantum psychischer Energie ...

Allerdings warnt Gaus gleich davor, von räumlichen Metaphern wie „Besetzung“ oder „intensiv“ (intensus = „gespannt“, etwa von einem Bogen gesagt) her zu schließen, der Gegensatz des Intensiven sei das Extensive: „Intensität gibt es auch in der Extension, literarisch zum Beispiel bei Proust oder Dostojewski“. Der Gegensatz sei vielmehr „das Laue, Leidenschaftslose, Brave und Zahme, das Konventionelle, das Mäßige und Mittelmäßige“.

So läßt man sich den Intensitätsdiskurs gefallen, oder auch so, wie ihn der französische Philosoph Jean-François Lyotard in seinem (hervorragend übersetzten) Aufsatz „Das Erhabene und die Avantgarde“ (ebenda Heft 2) führt. Was Lyotard – ausgehend von Barnett Newmans Formel „The Sublime is Now“ mit eleganter Präzision entwickelt, macht deutlich, was Bohrer mit den gestammelten Vokabeln „Fatbus“ und „hoher Stil“ meint. ANTON MADLER

Zeitlebens mußte er seine Bilder wie saures Bier anbieten: Zum 100. Geburtstag Amadeo Modiglianis

Alle lieben seine schlanken Hälse

In Livorno ist man dabei, einen Kanal trocken zu legen, weil man darin Plastiken vom Amadeo Modigliani zu finden hofft, die heute vor hundert Jahren in der toskanischen Hafenstadt geboren wurde. Einem hartnäckigen Gerücht zufolge soll der junge Künstler im Jahre 1909 seine bis dahin geschaffenen Skulpturen aus eigener Unzufriedenheit oder aus Ärger über schlechte Kritiken kurzerhand auf einen Karren geladen und in jenen Kanal versenkt haben. Es ist anzunehmen, daß vor allem der Kunsthandel begierig auf das Bergungsergebnis wartet.

Modigliani, der zeitlebens seine Bilder wie saures Bier anbieten mußte, wenn er sie nicht für einen Drink oder eine Mahlzeit einfach verschenkt, womit er seine Kunsthändler zu sätzlich zur Verzweiflung trieb, der selbe Modigliani erzielt heute für dieselben Bilder Millionensummen. Vor wenigen Wochen erst, im Mai, wurde bei Sotheby's in New York ein Mädchenbildnis Modiglianis aus dem Jahr 1918 für umgerechnet knapp eine Million Mark versteigert. Und bei Christies in London wurden unlängst für das Porträt „Kleines Mädchen mit Zöpfen“, ebenfalls aus dem Jahre 1918, sogar 4,5 Millionen Mark bezahlt.

Auch das gehört zu dem Charakterbild dieses höchst sonderbaren Künstlers – wiewohl es keine Seltenheit in der Kunstgeschichte darstellt, dieses Verkanntsein bei Lebzeiten und der postume Ruhm, der das tödliche Elend nicht mehr tilgen kann. Dennoch zögert man hier, anders als bei van Gogh zum Beispiel, von Tragik zu sprechen. „Modi“, wie ihn seine Freunde nannten, war aus solchem Stoff, aus dem sich kolportagehafte Künstlerromane und -filme leichtfertig fügen lassen. In dem Jacques-Bekker-Film „Montparnasse 19“ spielte Gérard Philipe den schwind- und drogensüchtigen „peintre maudit“ mit gewohntem Erfolg. Man brauchte dafür schon einen Darsteller seines Formats, der Eleganz mit Armut und Not, Würde mit Krankheit und physischer Zerrüttung glaubhaft zu verbinden wußte und diesen problematischen Charakter, dieses von Leidenschaften gepötschte kurze Leben glaubwürdig machte.

Modigliani stammte aus einer verarmten jüdischen Bankiersfamilie; die vielseitig gebildete Mutter führte ihre Herkunft auf Baruch Spinoza zurück. Sie zeigte dem zärtlich geliebten Sohn alle wichtigen Museen Italiens, bevor sie ihn auf die Kunstschule nach Venedig schickte, wo er gleich hinterher mehrere Jahre Preise erhielt. Vor allem von Sandro Botticelli zeigt sich der junge Maler verzaubert – und diese Verzauberung



Bildnisse von fragiler Schönheit: Modiglianis „Junges Mädchen mit braunen Haaren“

kann und will er ein Leben lang nicht leugnen –, während der angehende Bildhauer offenkundig von der Kunst der Kykladen Anregungen empfängt. Hinzu kommt später, in Frankreich, das Erlebnis der frühromantischen und gotischen Kathedralskulptur, der Negerplastik und nicht zuletzt die Ateleinachbarschaft mit Brancusi.

Nach einer kurzen Zwischenstation in Florenz kam Modigliani, zwanzigjährig, nach Paris. Dort wurde der „schöne toskanische Jude“ als Künstler zunächst nicht ernst genommen; dafür war er zu elegant gekleidet, sah überhaupt zu gut aus und außerdem trank er zuviel. Als Zechkumpane begleiteten ihn die einfältigen, stets betrunkenen Utrillo und später der exzentrische, ungläublich verwahrloste Chaim Soutine. Chronisten der Ecole de Paris berichten mehr oder weniger erschüttert und amüsiert von dem grotesken Anblick dieser ungleichen Paare; denn „Modi“, stets in Samt-

jacke mit rotem Schal, „wie aus dem Ei gepellt“, hielt bis zuletzt, als er selbst bis aufs Äußerste heruntergekommen war, auf saubere Eleganz und Haltung. Es ist sicher nur ein Farbtupfer, aber er gehört ins Bild dieses widersprüchlich übersteigerten Intellekts, daß Modigliani stundenlang Dante, Petrarca oder Carducci auswendig deklamierte, daß er sich für alle möglichen Wissenschaften und Forschungen, für Okkultes ebenso wie für die Klarheit philosophischen Denkens interessierte und beispielsweise die Schriften Spinozas mit der gleichen Hingabe studierte wie die Zeichnungen Rembrandts.

Er hatte noch andere Zechkumpane; das waren die italienischen Maurer auf dem Montparnasse. Sie richteten ihm einen Arbeitsplatz auf ihren Baustellen ein, gaben ihm Steine und Werkzeug für seine Bildhauerei. Er verachtete Glips und Ton und arbeitete nur in Stein. So entstanden seine

monumentalen, archaisch anmutenden Skulpturen, die in der klaren Konzeption des formstrengen vertikalen Aufbaus zu den großartigsten Zeugnissen der modernen Bildhauerkunst zählen. Zumeist sind es Köpfe von einseitiger Kraft – die er „sens de Jéhova“ nannte – und faszinierender Feierlichkeit. Ungefähr zwei Dutzend Steinskulpturen sind erhalten; sie stammen aus den Jahren zwischen 1909 und 1915. In dieser Zeit hat Modigliani nur fünf wesentliche Bilder gemalt; danach kehrte er wieder voll zur Malerei zurück. Man hat gerätselt, ob die berühmte „melodische“ Linie seiner Bilder eine Übersetzung der Skulpturen in die Fläche sei oder umgekehrt. Die Vielzahl der Skizzen für die ausgeführten Plastiken spräche eigentlich für den umgekehrten Weg, wenn es überhaupt erlaubt wäre, Plastik und Malerei unabhängig voneinander zu betrachten; denn offenkundig handelt es sich doch um eine gegenseitige Wechselwirkung. Auch die Malerei Modiglianis lebt von dem innigen Kontrast von innerer Kraft und melancholischem Zauber, Formstrenge und sinnlicher Schönheit. Auch ihre Gestaltungsmittel sind die einfachsten: Farbe als Fläche und Linie als feste Kontur.

„Umriß“ wäre für diese fließende, schwingende, rhythmisch bewegte Linie ein zu hartes Wort; es handelt sich vielmehr um eine Kantilene von glazierter Leichtigkeit, konstruktiver Energie und letzter Präzision. Sie erschuf Akte von schwermütiger Schönheit, Frauen- und Mädchenbildnisse von fragiler Schlankheit, die an Botticelli denken lassen, und männliche Porträts von Freunden, deren geistvolle Sicherheit über jeden Manierismus triumphiert. Denn Modiglianis Manierismus läßt sich nicht leugnen; er findet seinen Ausdruck und seine Legitimation in der expressiven Streckung der Figuren, in der Typisierung der Köpfe, der Kalligraphie der Linienführung und, alles in allem, in der unbedingten Selbständigkeit der subtilen Stilisierung, die dieser Künstler, dem nur zwei Jahrzehnte Schaffenszeit gegönnt waren, konzeptionslos gegen alle Einflüsse und Strömungen der zeitgenössischen Kunst als seine unverwechselbare Eigenart und Originalität behauptet hat. Seiner besessenen Arbeitswut und den Ausschweifungen seines Lebens, wenn er es so – Bohemismus war seine Jugend auf gefährdeter Gesundheit nicht gewachsen. Er starb 36jährig in Not und Elend, aber als Künstler und in seiner Sehnsucht nach Schönheit ungebrochen. BO PLUNZEN

Paul Newmans Film „Harry and son“ im Kino

Keine Idylle in Florida

In seinen unverschämten blauen Augen scheint sich ein sonniges Gemüt zu spiegeln. Doch der Schauspieler Paul Newman kämpft tapfer gegen dieses Klischee an und ist immer dann am besten, wenn er gebrochene Charaktere verkörpert: den prunkstüchtigen Versager in „Die Katze auf dem heißen Blechdach“, den egozentrischen Billardspieler in „Haie der Großstadt“ oder zuletzt den heruntergekommenen Anwalt in „The Verdict“. Auch sein neuer Held, der Kranführer Harry, hat Sorgen.

Seit dem Tod seiner Frau lebt er mit seinem Sohn Howie eher schlecht als recht im schönen Florida. Immerhin gilt Harry auf der Baustelle als Virtuose, kann er doch die stählernen Birne so genau schwingen lassen, daß sie jede brüchige Fassade kunstvoll zerschmettert. Bis ihm eine verschleppte Krankheit eines Tages die Sinne schwinden läßt. Nur für Sekunden zwar, doch die Kosten eines Kollegen fast das Leben. Nach diesem Vorfall besteht Harrys einzige Arbeit bald darin, das Bier in Sechserpackungen vom Supermarkt nach Hause zu schleppen.

Nun soll Howie die Familie ernähren, ist jedoch eher ein hübsches Mädchen, seinem Suroffret und einer ungewissen Schriftstellerkarriere interessiert. In der Werbung würde er zur Not auch arbeiten, doch den stupiden Dienst in einer Verpackungsfabrik quittiert er nach wenigen Stunden. Kaum länger hält es Howie bei jenen zwielichtigen Gestalten, die verarmten Kreditnehmern in Nacht- und Nebel-Aktionen die Autos wegnehmen. Prompt wirft ihm Harry in ungerechtem Zorn mangelnden Durchhaltewillen vor. Die Krise spitzt sich zu.

Dieses allzu sperrige Problemkind hat Newman als Regisseur, Koproduzent, Drehbuchautor und Hauptdarsteller geschnürt. Sattsam bekannte Generationskonflikte, Trinkertragik, Arbeitslosentrüste und spätpubertäre Identitätssuche drücken kräftig auf die Tränendrüse. Und auch oberflächliche Kenner der Newman-Biographie dürfen vermuten, daß der Selbstmord seines Sohns den Start zu dieser Geschichte bewegt hat. Eine solche Fülle der Gefühle hätte man mit formaler Strenge kanalisieren müssen. Doch Newman, kein Meister des Melodrams wie Douglas Sirk, inszeniert eine Nummernoper höchst unterschiedlichen Ni-

veaus. Meist bedient er sich ungeniert aus dem Zitienschatz der Fernsehseifenoper und schreckt selbst vor dem berühmt-berüchtigten Sonnenuntergang am Meer nicht zurück. Dann wieder belächelt er in scharf geblitzten Momentaufnahmen die belastete Vater-Sohn-Beziehung und läßt eine erwartete Idylle hart zerbrechen.

Solche Formschwankungen der Regie behindern leider auch den Schauspieler Newman, der außer weltweitschmerzlichen Blicken ins Wesenlose und polternd überzogener Säuerattitüde diesmal erstaunlich wenig zu bieten hat. Immerhin trifft er den angestrebten Typ, während der schwarzlockige Robby Benson als angederter Schriftsteller Howie etwa so glaubwürdig wirkt wie John Travolta als Zen-Buddhist. So muß Newmans Ehefrau Joanne Woodward die Ehre der Schauspieler retten. Und das gelingt ihr überzeugend, indem sie ihre kleine Rolle als Harrys kauzige Nachbarin mit Präzision und Wärme zum mimeschen Kabinettstückchen ausfüllt. Sie deutet wenigstens an, welche Möglichkeiten bei dieser Geschichte verschont worden sind. Letztlich also ein enttäuschender Film, der unfreiwillig daran erinnert, wieviel besser Paul Newmans Kollegin Barbara Streisand in „Yentel“ war. Vor und hinter der Kamera. HARTMUT WILMES



Die Krise spitzt sich zu: Paul Newman und Robby Benson in „Harry and son“

Die Schubertiade Hohenems auf neuen Wegen

Des Fürsten Winterreise

Nicht nur zwischen Neusiedler- und Bodensee ufer die Festspiellandschaft und mit ihr die sommerliche Kunstbegückung aus. Im westlichen Teil Österreichs sucht die Schubertiade Hohenems nach eigenen Wegen. 1976 gegründet, hatte sie zuletzt einige Turbulenzen zu überstehen. Hermann Prey, der ursprüngliche Ideenspendeur für Schubert, war im eigentlichen Sinn des Wortes zu überwinden.

Sein Plan, Schuberts Werk chronologisch aufzuführen, hat nun bereits im Wiener Musikverein Platz gefunden, während die Vorarlberger Schubertiade unter der Leitung von Gerd Knabauer auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt ist. Im kleinsten, stimmungsvollen Rahmen des Hohenemser Renaissance-Palastes wurden bei fast hundertprozentiger Auslastung heuer 8700 Schubertianer registriert und von den Gesamtkosten (rund 600 000 DM) über sieben Prozent eingekassiert. Im Publikum sind neben internationaler Eleganz die Vorarlberger immerhin noch zu mehr als einem Drittel vertreten.

Eine wesentliche musikalische Festigung erfährt das gesund erscheinende Unternehmen durch die bereits im Vorjahr mögliche und heuer ausgebaut Mitwirkung von Dietrich Fischer-Dieskau und Nikolaus Harnoncourt. Nachdem Prey ausbezogen war, konnte der deutsche Liebesliederfürst einziehen (ausnahmsweise ins geräumige Brezengraben-Festspielhaus). Seine „Winterreise“ gleich einer Dokumentation scheinbar zeitloser Qualitätskriterien: kalkulierter Spiel und große, männliche Gesten sind bekannte Verpackungsmuster, wie aber Fischer-Dieskau den Abschied von Liebe, Lust und Leben gleichzeitig peinlich kontrolliert und emphatisch ausspielt, das ist noch immer von herückender Wirkung. Wenn sein Edelbariton auch schon brüchig geworden ist, das Mischen von todtraurigen Farben und resignativem Ausdruck ist von individueller Gewichtigkeit. Zumal mit einem Begleiter wie Alfred Brendel, der Schuberts Seelenlandschaft durchleuchtet und belebt. 1985 soll Fischer-Dieskau sogar mit vier Programmen bei der Schubertiade vertreten sein.

Wenn für Schubert dieses Jahr das Alban-Berg- und das Brandis-Quartett oder Peter Schreier, Robert Holl, Gundula Janowitz, Ely Ameling und Francisco Araiza aufgetreten wurden,

oder in kurzem Abstand Brendels expressionistisches und zu phantastischen Grenzwerten getriebenes Spiel mit dem des herrlich erhellenden Andras Schiff (der aus Budapest stammende Pianist entpuppt sich immer mehr als einer der interessantesten der jüngeren Generation) zu vergleichen war, so blieb der unkonventionelle Donnerschlag wieder einmal Nikolaus Harnoncourt vorbehalten. Nicht bloß mit Schubert, weil eine grenzüberschreitende Programmidee diesmal mit der Darstellung von Schuberts Vor- und Umfeld argumentiert wurde, sondern wesentlich durch den Mut zum Risiko. Denn einem Wiener Orchester (den Symphonikern) und einem österreichischen Dirigenten wurde die einmalige Möglichkeit zu gründlicher Neuarbeit geboten. Neu heißt hier, daß Harnoncourt erstmals auch Haydn, Beethoven und Schuberts „Unvollendete“ dirigierte. Sein gründlich aufräumen des Mozart-Spiel, diesmal an den beiden g-Moll-Symphonien und dem Fagottkonzert (mit Milan Turkovic) dargestellt, sollte durch die in Amsterdam entstandenen Plattenaufnahmen bekannt sein.

Während Harnoncourts vorklassisches Terrain bereits bestens abgesteckt erscheint – ein virtuos aufgelaadener Heinrich Schiff konnte Haydns unvergleichliche Klarheit selbst beim haarigen D-Dur-Cellokonzert herauszueichnen –, gewährte Beethovens zweite Symphonie einen Blick in die typische Harnoncourt'sche Musikwerkstatt. Hier wird hart an der Verschärfung des Klangbildes im Sinne straffer architektonischer Zusammenhänge gearbeitet. Die Betonung schwerer Takteile wie die überfalligen Dynamikwechsel markieren den Weg zu einer entschlackten Beethoven-Sicht. Diese Anstrengung ist noch nicht abgeschlossen, sie sollte aber noch Folgen haben.

Der Schubertiade letzter, schönster Schluß galt jedoch der h-Moll-Symphonie: Hier war das sprichwörtliche Ereignis musikalische Wahrheit geworden. Harnoncourts Vehemenz, seine Klarheit und eine rückhaltlose emotionale Bereitschaft stehen letztlich auch dafür, daß bei Festspielen etwas „weitergehen“ kann. Nur zum Vergleich: Bei den Salzburger Festspielen ist Harnoncourt aus Gründen höherer Politik (vorläufig noch) gesperrt. WALTER GÜRTELSCHMIED

JOURNAL

Generalmanager Schwab fristlos gekündigt

Nea, Frankfurt

Der Aufsichtsrat der Alten Oper in Frankfurt hat dem seit der Wiedereröffnung vor drei Jahren amtierenden Generalmanager Ulrich Schwab „aus wichtigen Gründen“ fristlos gekündigt. Schwab, dessen Vertrag noch bis 1988 läuft, hat eine Klage dagegen angekündigt. Anlaß war der öffentliche Streit um die geplante Uraufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ in der Alten Oper. Das Stück enthält nach Ansicht von Oberbürgermeister Wallmann (CDU) und Kulturdezernent Hoffmann (SPD) eindeutig antisemitische Passagen. Die Aufführung widerspricht außerdem einem Aufsichtsratsbeschluss, in der Alten Oper aus Konkurrenzgründen kein Sprechtheater zu veranstalten. Schwab hatte daraufhin Hoffmann öffentlich „Zensur“ vorgeworfen.

Französische Künstler in Amerika

dpa, New York

105 Zeichnungen französischer Künstler aus mehreren Jahrhunderten (u. a.: Poussin, Watteau, Fragonard und Robert) sind bis Ende Juli in der New Yorker Piermont Morgan Library zu sehen. In anderen Räumen der Morgan Library werden zur gleichen Zeit Manuskripte aus dem 16. Jh. gezeigt, von denen ebenfalls eine große Zahl aus Frankreich stammt.

Steins „Orestie“ im Theater von Ostia

dpa, Rom

Ein Gastspiel der Berliner Schaubühne mit der „Orestie“ von Aischylos in der Inszenierung von Peter Stein hat im 2000 Jahre alten Freilufttheater von Ostia Antica bei Rom begonnen. 1200 Zuschauer folgten dem „Agamemnon“, dem ersten Teil der Trilogie, auf den Steinsteufen der Theaterneue, wenige Meter neben dem Ufer des Tiber. Auch die zwei anderen Teile der Orestie („Die Totenspende“ und „Die Eumeniden“) stehen auf dem Programm. Das Gastspiel des Theaters aus West-Berlin endet mit einer neunstündigen Aufführung der gesamten Aischylos-Trilogie. Die „Orestie“ ist Höhepunkt des „Progetto Germania“, einer über mehrere Monate verteilten Reihe deutscher Kulturveranstaltungen, die die Stadt Rom zusammen mit dem Goethe-Institut organisiert.

Sonning-Preis für Pierre Boulez

AFP, Kopenhagen

Der französische Komponist und Orchesterleiter Pierre Boulez ist nächster Laureat des dänischen Leonie-Sonning-Musikpreises. Boulez nimmt die Auszeichnung am 31. Mai 1985 entgegen. Seinem Vorgänger als Sonning-Preisträger, dem Jazztrompeter Miles Davis, wird die mit rund 35 000 DM dotierte Auszeichnung am 14. Dezember überreicht.

Karl Mays Wohnhaus wird Museum

dpa, Berlin

Das ehemalige Wohnhaus des sächsischen Schriftstellers Karl May in Radebeul bei Dresden, die „Villa Shatterhand“, soll als Museum eingerichtet werden. Im Erdgeschoss wird voraussichtlich zum 1. Februar 1985 die ständige Ausstellung „Karl May – Leben und Werk“ eröffnet. Bisher hat das Wohnhaus von Karl May, in dem früher eine soziale Einrichtung untergebracht war, nicht besichtigt werden können. In der „Villa Shatterhand“ sollen künftig zahlreiche Originalgegenstände aus den früheren Wohn- und Arbeitsräumen des Schriftstellers gezeigt werden sowie Bild- und Schriftdokumente.

Brassai gestorben

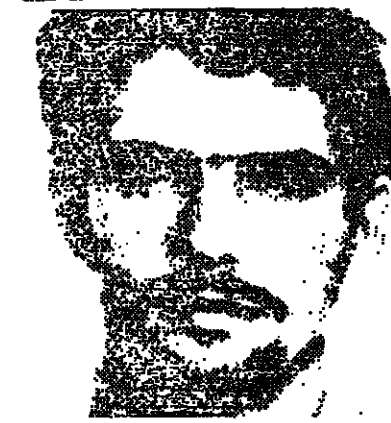
Nach seinem Geburtsort, dem transylvanischen Brassó, nannte sich der Ungar Gyula Halász „Brassai“. Der Name ist in der Photographenbranche längst zu einem Begriff geworden. „Paris bei Nacht“, die stimmungsvollen Bilder aus der französischen Hauptstadt, die weder mit Vernunft noch mit dem Elend kokettierten, sondern auf sehr sympathische Weise Alltag schilderten, haben ihn weltberühmt gemacht. Aber Brassai war nicht nur Photographer. Er hatte in Budapest und Berlin Kunst studiert und arbeitete zuerst als Maler, Bildhauer und Journalist. 1924 ging er nach Paris, war bald mit Picasso, Dalí, Braque befreundet und fand für lange Zeit am Photographieren mehr Spaß als an allen anderen Künsten. „Ich erfinde nichts, ich stelle mir alles vor“, hat er einmal gesagt. Und auch, daß er nicht auf Exotismen oder Sensationen aus sei. Das tägliche Leben um ihn herum hat ihn immer am stärksten inspiriert. Das merkt man seinen Photos an, ihrer Unbefangenheit und Natürlichkeit, die höchste Kunst heißt Jetzt ist Brassai, 84jährig, in Nizza gestorben. P. D.

Sohn aus gutem Hause tauchte wieder auf

A. v. KRUSENSTERN, New York
Ein Gespenst aus den turbulenten sechziger Jahren ist wieder aufgetaucht: Der amerikanische Rechtsanwalt Stephen Bingham, damals Sympathisant assortierter Radikaler und Terroristen, der Beihilfe zum Mord in fünf Fällen beschuldigt und deshalb seit 13 Jahren im Untergrund lebend, hat sich der Polizei gestellt.

Bingham gehört einer Patrizierfamilie aus Neuengland an. Sein Foto wies ihn lange Zeit als den besten aussehenden Mann auf der Fahndungsliste aus. Sein Vater war Richter in Connecticut, sein Großvater Gouverneur dieses Staates und später Senator.

1971 war Bingham, damals 29 Jahre alt, Anwalt des schwarzen Radikalen George Jackson, der im Zuchthaus San Quentin eine Strafe verbüßte. Kurz nach einem Besuch am 21. August versuchte Jackson auszubrechen. Dabei erschoss er fünf Menschen, kam dabei aber selber ums Leben. Die Tatwaffe soll Jackson von seinem Anwalt erhalten haben - von Stephen Bingham. Dieser tauchte sofort unter.



Schönster Mann auf Fahndungsliste: Anwalt Bingham. FOTO: DIE WELT



George Jackson: Er erschoss fünf Menschen, ehe er selbst starb. FOTO: AP

geschmuggelt habe. Ihm sei vielmehr im Besucherzimmer von einer ihm unbekannten Frau ein Tonbandgerät zugesteckt worden.

Bingham auf der Pressekonferenz: Während seiner Zeit im "Untergrund" habe er in einer anderen Stadt gelebt, das Bauhandwerk gelernt und Kurse an einer Universität belegt. Die ganzen 13 Jahre hindurch habe er unter einer "unbeschreiblichen Sehnsucht nach meiner Familie und meinen Freunden" gelitten.

"Ich wäre vom ersten Tag an gern wieder aufgetaucht", sagte er. Doch es habe so lange gedauert, bis er zu der Überzeugung gekommen sei, daß er einen fairen Prozeß zu erwarten habe. "Seit dem Watergate-Skandal sind die Bürger dieses Landes erst zu der Überzeugung gekommen, daß auch die Regierung Unrecht tun kann." Das Blutbad vor 13 Jahren in San Quentin betrübe ihn noch heute. "Aber ich bin unschuldig und bin gekommen, um meinen Freispruch zu erkämpfen."

Binghams Vater sagte in Connecticut, er sei immer davon überzeugt gewesen, daß sein Sohn nie etwas getan habe, "dessen ich mich heute hätte schämen müssen."

Roms Lichter vertreiben Jesuiten-Astronomen ins Exil

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Die Lichter der ständig wachsenden Großstadt Rom haben eine der ältesten und renommiertesten Sternwarten der Welt ins Exil getrieben. Das vatikanische Observatorium verlegte jetzt sein Forschungs- und Beobachtungszentrum von der päpstlichen Sommerresidenz Castel Gandolfo in den Castelli Romani nach Tucson im US-Bundesstaat Arizona. Das teilte der Direktor der vor 400 Jahren gegründeten Sternwarte, Jesuitenpater George Coyne, dieser Tage im vatikanischen "Osservatore Romano" mit.

Das Observatorium war nach der von Papst Gregor XIII im Jahre 1582 verwirklichten Kalenderreform zunächst im Vatikan eingerichtet und dann 1838 nach Castel Gandolfo umgesiedelt worden. Seit seiner Gründung wird es von Jesuiten betrieben. Sein Personal besteht im Augenblick aus fünf Astronomen, einem Mathe-

matiker, einem Ingenieur und zwei Assistenten.

Das nach dem Krieg einsetzende stürmische Wachstum Roms, das sich wie ein Ölfleck nach allen Seiten - auch in Richtung Albaner Berge - ausdehnte, machte in den letzten Jahren wissenschaftliche Beobachtungen, trotz modernster Ausrüstung der Sternwarte mit mächtigen Teleskopen, immer schwieriger. Der Nachhimmel über Rom und auch über den Castelli Romani wurde zu heil.

Das Jesuitenamt beschloß unter diesen Umständen, sich nach einem neuen Sitz umzusehen. Pater Coyne: "Vor drei Jahren haben wir ein Forschungszentrum in Tucson/Arizona eingerichtet. Zwei Jahre lang haben wir dort als Gäste gearbeitet, dann im vergangenen Sommer, haben wir unsere Erfahrungen ausgewertet und sie für positiv befunden. Mit Hilfe der vatikanischen Behörden wurde dar-

aufhin unser amerikanisches Forschungszentrum fest installiert."

Zwar bleibe der Hauptsitz der Sternwarte mit Administration, Datenauswertung und Bibliothek weiterhin in Castel Gandolfo, das Forschungs- und Beobachtungszentrum sei jedoch definitiv nach Tucson verlegt worden, wo schon seit Jahren ein großes astronomisches Forschungszentrum mit vier Instituten bestehe.

Zwei Tage später präzisierte der Vatikanische Pressesprecher, Pater Panciroli, man könne jetzt von zwei Forschungszentren sprechen: Einem Hauptzentrum in Castel Gandolfo für die theoretische Forschung und einem zweiten Zentrum in Amerika für die praktische Beobachtung.

Das Tucson-Zentrum ist nach Darstellung Pater Coyne eine der größten astronomischen Forschungsstätten der Welt. "Uns hat die Universität dort Gastfreundschaft gewährt. Wir haben unsere Büros einrichten kön-

nen und haben Zugang zu allen Observationsmitteln und Teleskopen. Wir selbst haben nicht bauen oder aufstellen müssen - weder Gebäude, noch eine Bibliothek, noch Teleskope. Wir haben nur Gehirne dorthin gebracht: unsere Astronomen."

Die Verlegung wirft bei allen Vorzeichen auch ein Problem auf. Pater Coyne sprach es gegenüber dem "Osservatore Romano" mit der Frage an: "Wie können wir heute zwei Sitze mit einer so kleinen Wissenschaftlergruppe von nur neun Personen unterhalten?" Mehr ausgebildete Astronomen gebe es derzeit im Jesuitenorden nicht, und der Nachwuchs sei erst in zehn Jahren einsatzbereit. "Wir denken deshalb an die Möglichkeit, in unser Team auch Laienastronomen als feste Mitglieder aufzunehmen. Aber diese Idee muß genau durchdacht werden, denn schließlich war die Sternwarte stets ein Ordensinstitut. Durch die Aufnahme von Laien

würde sich das ändern." Vielleicht werde man aber doch den Weg vieler von Jesuiten gegründeter Universitäten gehen müssen, die heute gemeinsam von Ordensleuten und Laien geführt würden.

Als Astronom der päpstlichen Sternwarte hatte Mitte des vergangenen Jahrhunderts der Jesuitenpater Angelo Sicchi mit seinen Untersuchungen der physischen Beschaffenheit der Planeten, des Mondes und der Sonne Weltruhm erlangt. Er schuf die erste Einteilung der Fixsterne in Klassen nach ihren Spektren und gilt als Vater der modernen Astrophysik. Offiziell war das vatikanische Observatorium - drei Jahrhunderte nach seiner De-facto-Gründung - von Papst Leo XIII im Jahre 1892 fest etabliert worden. Zur Begründung dieses Beschlusses erklärte der Papst damals, er wolle ein sichtbares Zeichen setzen für die Eintracht von Wissenschaft und Glauben.

18 verschüttete Bergleute auf Taiwan gerettet

AP, Taipei
Von den 124 Bergarbeitern, die am Dienstag bei einem Grubenunglück in einem Kohlebergwerk auf Taiwan unter Tage eingeschlossen waren, sind gestern 18 gerettet worden. Nach Mitteilung der Behörden wurden 33 weitere tot geborgen. Die Rettungsarbeiten auf der Zeche Mei Shan 50 Kilometer nördlich von Taipei wurden weiter fortgesetzt. Starker Rauch, Gasentwicklung und Gesteinsbrüche behinderten jedoch die Helfer.

Die Regierung in Taipei ordnete unterdessen eine vorübergehende Schließung aller 124 Bergwerke des Inselstaates zu Sicherheitsinspektionen an. Nach Mitteilung von Beamten drohte Staatschef Tsching-Kuo harte Strafen gegen alle an, denen eine Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen nachgewiesen werde.

Ursache des Brandes, der nach zehn Stunden gelöscht werden konnte, ist vermutlich ein Kurzschluß.

Udo als Prügelknahe

AP, Berlin
Popmusiksendungen westlicher Stationen enthalten nach Meinung der Ost-Berliner "Armee-Rundschau" oft "politische und militärische Aussagen, die gegen die Anstrengungen des Sozialismus zur Friedenserhaltung gerichtet" seien. Das Blatt titelte Udo Lindenberg: "In 15 Minuten sind die Russen auf dem Kurfirstendamm."

Todeskandidat freigelassen

AFP, Tokio
Der im Jahre 1955 wegen vierfachen Mordes zum Tode verurteilte Japaner Yukio Saito (53) wurde gestern aus der Todeszelle entlassen. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde jetzt festgestellt, daß die Polizei seinerzeit das Geständnis des heute 53jährigen mit "illegalen Methoden" erzwungen hatte. Es ist bereits der dritte japanische Justizirrtum innerhalb eines Jahres.

Ungewöhnliches Paßfoto

dpa, Gießen
Das Verwaltungsgericht Gießen hat unter Berufung auf die freie Religionsausübung einer deutschen Frau mohammedanischen Glaubens ein Foto für den Personalausweis mit Kopfbildung abgelehnt (AZ: VI/12 596/82).

Kinder ausgesetzt

dpa, Aachen
Seine fünf Kinder im Alter zwischen 15 Tagen und zwölf Jahren hat ein Ehepaar beim Pforten eines Sozialamts in Aachen zurückgelassen. Zu diesem Protest entschlossen sich die Eltern nach einem vierstündigen Sitzstreik, mit dem sie vergeblich eine größere Sozialwohnung erzwingen wollten. Die Kinder kamen inzwischen in ein Heim.

Kollision in der Luft

AP, Oerlinghausen
Beide Piloten fanden vorgestern nachmittags beim Zusammenstoß von zwei Segelfluggespannen 600 Meter über dem Teutoburger Wald in der Nähe von Bielefeld den Tod.

Recht auf Urlaub

rt, Kassel
Tarifverträge mit eingeschränktem Urlaubsanspruch sind nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts unwirksam. Ein Arbeitgeber hatte den Urlaubsanspruch entsprechend der im Jahr geleisteten Arbeit berechnet und von Januar bis Oktober 1982 erkrankten Angestellten lediglich acht Urlaubstage zugestimmt. Das Gericht sprach ihr 18 Tage zu (AZ: 6 AZR 442/83).

Sensationeller Fang

dpa, Mexico City
Kokain im Wert von 500 Millionen Mark beschlagnahmten Zöllner des Flughafens Mexico City in den Koffern mehrerer Bolivianer.

Waldbrandbilanz

AP, Bonn
Im Sommer 1983 verbrannten nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums 1100 Hektar Wald. Der Schaden betrug 4,6 Millionen Mark. In 27 Prozent war Fahrlässigkeit, in 22 Prozent Brandstiftung die Ursache.

Rattengift angeschwemmt

AP, Thisted
Rund 900 Tüten mit Rattengift wurden am Strand von Lyngby in Nordjütland angeschwemmt. Die Behörden vermuten, daß das Gift von Bord eines Schiffes gespült wurde. Nach den Aufdrucken stammten wenigstens die Tüten aus Deutschland.

Kabarettist verurteilt

AP, Berlin
Der frühere Kabarettist Wolfgang Neuf (60) wurde von einem Berliner Schöffengericht wegen Rassistisch-Besitzes zu einer Haftstrafe von einem Jahr mit Bewährung verurteilt.

ZU GUTER LETZT

"Ausländer in der Bundesrepublik sind jünger als die Bundesbürger." Überschrift einer dpa-Meldung zur Bevölkerungsstatistik.

Gondelbahn-Saboteur fand milde Richter

Ex-Betriebsleiter Natale zu Bewährungsstrafe verurteilt

HEINZ SEILER, Lugano
Der frühere Betriebsleiter der Gondelbahn auf dem Monte Tamaro nördlich von Lugano wurde jetzt vom Tessiner Schwurgericht zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von umgerechnet 120 000 Mark Schadenersatz verurteilt. Das Gericht hielt den 37jährigen Pasquale Natale aus Italien für schuldig, die schließlich zum Stillstand mit anschließender spektakulärer Rettungsaktion führte.

Das Gondelbahn-Unglück am 1962 Meter hohen Monte Tamaro machte Ende Dezember 1983 Schlagzeilen. Für 122 Personen wurde der Heimweg vom Skifahren auf dem höchsten Berg des südlichen Tessin zum Alptraum: Sie mußten bis weit nach Mitternacht in ihren Gondeln ausharren, nachdem die Bahn durch einen technischen Defekt blockiert worden war. Vor allem Familien mit Kindern litten bei grimmiger Kälte furchtbar in luftiger Höhe. Sie konnten erst durch den Einsatz von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk unverletzt geborgen werden.

Die Experten hatten die Ursache der Panne rasch ermittelt. Nachlässigkeit und mangelhafte Unterhaltung schieden aus - in Frage kam nur Sabotage. Jemand hatte die Ölzufuhr zu den Kugellagern abgestellt, was die Sicherheitseinrichtungen außer Betrieb setzte und die Bahn zum Stillstand brachte.

Der Verdacht fiel umgehend auf den ehemaligen Betriebsleiter, der im Unfrieden von der Tamaro AG geschieden war. Ein Racheakt?

Natale wurde verhaftet, bestritt zunächst die Tat, kam aber nach wenigen Tagen mit der Wahrheit heraus. Ja, er habe sich an seinem früheren Arbeitgeber rächen, ihm Schwierigkeiten bereiten und vor allem die Aufmerksamkeit auf ihn begangenes

Unrecht ziehen wollen. Den Vorwurf, er habe mit dem Leben vieler Menschen gespielt, wies er zurück: Erstens habe er daran nicht gedacht, zweitens habe den Fahrgästen eigentlich nichts passieren können.

Vor Gericht enthielt sich während der zweitägigen Verhandlung ein menschliches Drama, das bei vielen Beobachtern zwar nicht Verständnis für Natales Tat, jedoch Mitleid mit einem Menschen hervorrief, der vom Schicksal schwer getroffen worden war.

Natale hatte sich in 20 Jahren bei der Bergbahngesellschaft vom ungeliebten Arbeiter zum Betriebsleiter emporgearbeitet. Für ihn war die Gondelbahn alles. Seine totale Hingabe an den Betrieb führte jedoch zu Schwierigkeiten mit Arbeitskollegen und Untergebenen. Manche kündigten gar ihren Arbeitsplatz, wiederholt quitierte auch Natale seinen Dienst. Stets wurde er von seinem Arbeitgeber wieder zurückgeholt - im Frühjahr 1983 aber schließlich nicht mehr. Der unersetzliche Betriebsleiter war im Unternehmen, das für ihn die Welt bedeutete, zur unerwünschten Person geworden.

Als wenig später Natales Frau starb und ihn mit zwei kaum schulpflichtigen Kindern zurückließ, drehte der Mann völlig durch. Er sah in der Tamaro AG die Ursache seines Unglücks, im Verhalten seines Arbeitgebers Verrat und Undank. Rachegefühle bemaßtigten sich seiner.

Vor Gericht hatte er es glücklicherweise mit verständigen Richtern zu tun: Sie berücksichtigten seine schwierige Lage und reduzierten die vom Kläger geforderte zweijährige Gefängnisstrafe auf 18 Monate, die sie zur Bewährung aussetzten. Natales früherer Arbeitgeber freilich bestand auf dem Ersatz seines Schadens. Er macht den Saboteur zeitlebens zum Schuldner.

Erstaunliche Bilanz

Kardiologen-Kongreß: Cooleys Bypass-Erfolge verblüffen

JOCHEN AUMILLER, Düsseldorf
Denton Cooley, der berühmte Herzchirurg des Texas Heart Institute in Houston, lehrte seine Kollegen auf dem 9. Europäischen Kardiologenkongreß in Düsseldorf das Staunen. Er berichtete über mehr als 28 000 Bypass-Operationen, die an seiner Klinik seit 1970 vorgenommen wurden, eine Operationsfrequenz, die sich für deutsche Verhältnisse geradezu märchenhaft ausnimmt. Nicht umsonst geht Cooley der Ruf des herzchirurgischen Weltmeisters voraus.

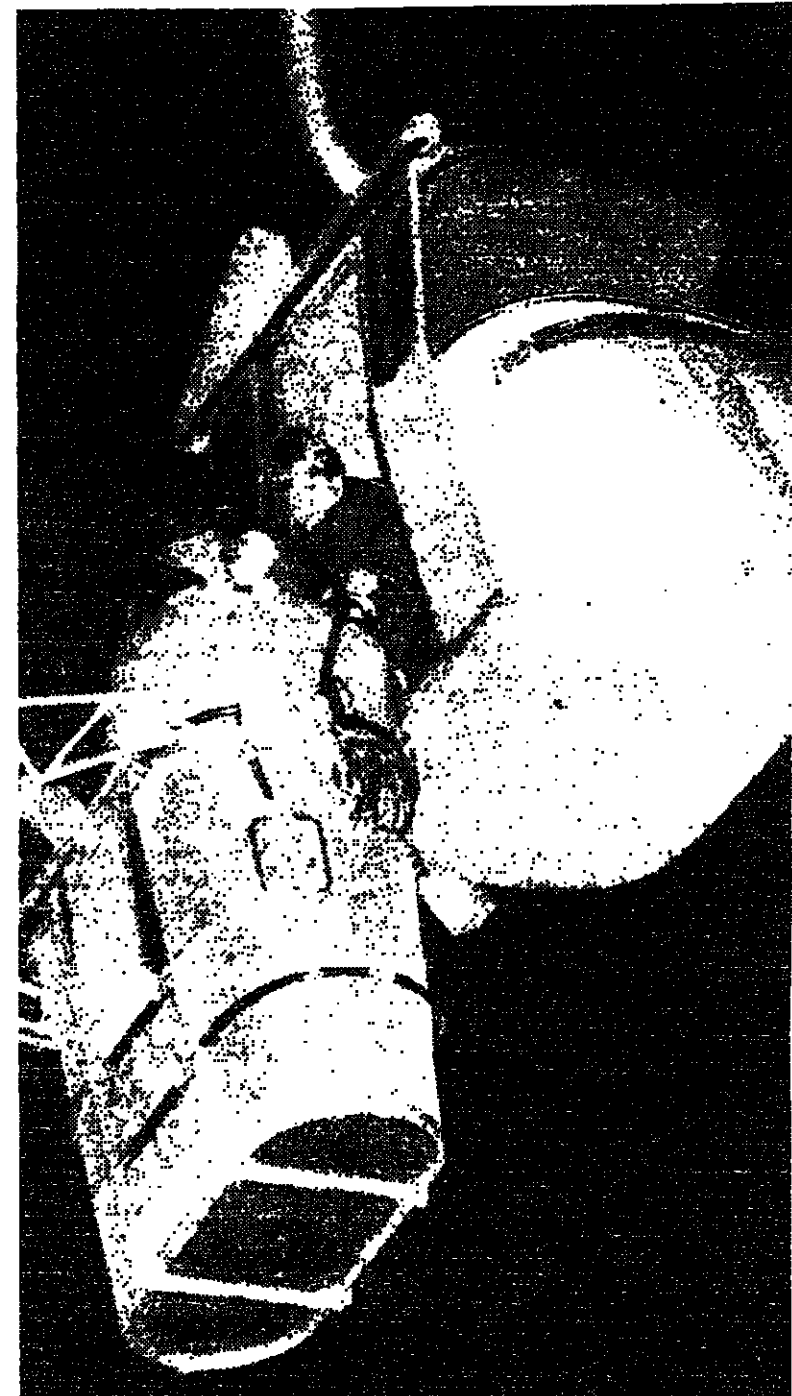
Die Bypass-Operation am Herzen

soll dem Infarkt vorbeugen. Mit einem aus dem Bein entnommenen Venenteilstück wird eine Blutumleitung um das verschlossene oder stark verengte Herzkranzgefäß gelegt. Damit kann Blut in ausreichender Menge dem Herzmuskel wieder versorgen.

In mehr als zwei Drittel aller Operationen mußte Cooley sogar drei oder mehr Bypässe verlegen, dann, wenn nicht nur ein Herzkranzgefäß verengt war. Längst ist auch hohes Alter kein Hindernis mehr für die Eingriffe. In seiner Statistik führt Cooley 1587 Patienten, die zum Zeitpunkt der Operation 70 Jahre oder älter waren. Fünf Jahre nach dem Eingriff lebten noch 80 Prozent von ihnen.

Zwischen knapp 1000 junge Patienten zwischen 20 und 39 Jahren ließen sich in Houston operieren: Ihre Angina-Schmerzen waren mit Medikamenten alleine nicht mehr zu beherrschen. Natürlich ist auch diese Herzoperation mit Risiken verbunden. Den Eingriff überlebten in den Jahren 1977 bis 1982 4,2 Prozent nicht.

1977 setzte Cooley eine von deutschen Herzspezialisten erdachte herzmuskelschonende Medikamentenlösung ein, die das Herz während des Eingriffs - es wird dabei künstlich stillgelegt - vor Zellschaden schützt. Seither ist die Operationssterblichkeit (Frühmortalität) von 4,2 auf 2,2 Prozent gesunken. Knapp 70 Prozent der Operierten bleiben viele Jahre beschwerdefrei. 43 Prozent kehrten zum alten Arbeitsplatz zurück. 12 Prozent übernahmen eine Teilzeitarbeit. Nur 11 Prozent mußten sich invalidisieren lassen. Für Cooley gibt es keinen Zweifel: Diese Operation ist lebensverlängernd, vor allem für Patienten, bei denen mehrere Herzkranzgefäße betroffen sind. Inzwischen zeigte sich, daß die Überlebenden von medikamentöser oder chirurgisch Behandelten gleich lang ist, vorausgesetzt, es liegt eine lediglich leichte Form der Angina pectoris vor. Operation um jeden Preis muß also nicht sein.



Schreckliche Stunden zwischen Himmel und Erde: Das Leben der Gondelfahrer hing - damals im Dezember '83 - an einem stählernen Faden. Rettung kam erst nach Mitternacht. FOTO: AP

Politische Dimensionen

Kein Ende des Vergewaltigungs-Prozesses um drei Ärzte

dpa, Berlin
Immer weitere Kreise zieht ein Prozeß gegen zwei Ärzte der Berliner Universitäts-Frauenklinik, die sich seit Mitte Juni wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung einer 35jährigen Narkoseärztin vor dem Berliner Landgericht verantworten müssen. Das Verfahren, das seit Wochen für Schlagzeilen sorgt und eigentlich längst abgeschlossen sein sollte, beschäftigt mittlerweile auch das Berliner Abgeordnetenhaus und Gremien der Freien Universität (FU). Es soll geprüft werden, ob die Klinikleitung die Ärzte unter Druck gesetzt hat, die Anklage zurückzuziehen. Auf Kritik stieß auch ein Direktorenratsbeschuß der FU, wonach der Vertrag der Ärztin nicht verlängert werden soll.

Im Prozeß um die Vorfälle in der Nacht zum 22. Dezember vorigen Jahres steht Aussage gegen Aussage. Nach Schilderung der Narkoseärztin, die als Nebenklägerin auftritt, hatten die Männer sie in ihrem Dienstzimmer aufgesucht und waren sofort "mit einer Brutalität, die sie nicht für möglich gehalten hatte", über sie hergefallen. Von einem der beiden, einem 35jährigen Oberarzt und Gynäkologen, sei sie schließlich vergewaltigt worden.

Der Oberarzt und sein 38jähriger Kollege, ebenfalls Gynäkologe und Privatdozent, stritten die Vorwürfe ab. Man habe sich in gelockelter Stimmung zu einem Umruck zusammengesetzt. Nach "gelegentlichen Körperkontakten" habe die Ärztin begonnen, sich auszuziehen. Der Oberarzt sagte aus, er habe zwar mit der Frau geschlafen, von Gewaltanwendung könne jedoch keine Rede sein. Dagegen hielt der Staatsanwalt, der in seinem Plädoyer Haftstrafen von jeweils viereinhalb Jahren forderte, die Schilderung der Ärztin für glaubhaft. Sie werde durch die Aussage einer Kollegin gestützt, die von einem benachbarten Zimmer aus Hil-

ferufe sowie lautes Poltern gehört hatte.

Die Anwältinnen der Ärztin forderten für die Angeklagten Berufsverbot. Nach den Plädoyers beantragte die Verteidigung dann überraschend die Vernehmung weiterer Zeugen. Jedoch wurde der Prozeß zunächst unterbrochen, weil sich die Verteidiger "von militanten Frauengruppen" - gegen ihre Person und Büroumgebung - bedroht fühlten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung zeigten Zeugen der Verteidigung ein düsteres Bild der Narkoseärztin: Sie habe sich um ihrer Karriere willen prostituiert und vorzugsweise vorgestellte Ärzte, egal ob Männer oder Frauen, ständig intim berührt.

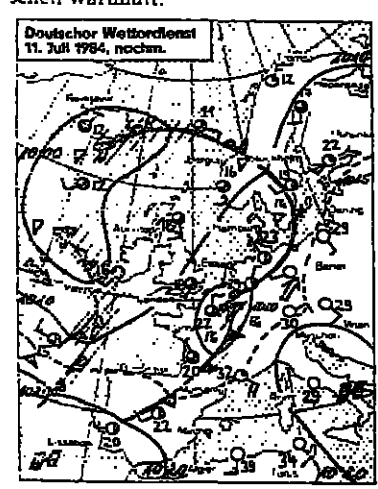
Mittlerweile müssen sich auch politische Instanzen mit dem Verfahren befassen. Die Alternative Liste wollte mit einer Anfrage im Abgeordnetenhaus geklärt wissen, ob die Klinik sich gegenüber der Ärztin korrekt verhalten habe. Seit Januar darf die Ärztin keinen Nachdienst mehr leisten. Außerdem sprach sich das Direktorium dafür aus, den Vertrag der Ärztin nicht zu verlängern. Die Gynäkologen hingegen wurden erst nach Anklageerhebung im Mai suspendiert. Sie wurden nach vorläufiger Festnahme gegen eine Kaution von je 30 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wie jetzt auch aus der FU verlautet, wurde von verschiedener Seite auf die Ärztin eingewirkt, die Anzeige zurückzuziehen. Um die Klinik nicht ins Gerate zu bringen, sei ihr, so die Ärztin, in internen Vermittlungsgesprächen vorgeschlagen worden, sich mit dem Ledigen der beiden Angeklagten zu verloben. Dann hätte sie vor Gericht nicht aussagen müssen. Außerdem habe man ihr angeboten, bisherige Anwaltskosten zu erstatten und von einer Anzeige wegen falscher Verdächtigung abzuheben.

Der Prozeß wird die Berliner Justiz noch bis Ende des Sommers beschäftigen. CORNELIA HEROLD

WETTER: Nur im Süden noch heiß

Wetterlage: Auf der Rückseite eines Tiefausläufers gelangt eine kühler Luft nach Deutschland. Nur der Süden und Südosten des Vorhersagegebietes liegen noch im Bereich der subtropischen Warmluft.



Wetterlage: Auf der Rückseite eines Tiefausläufers gelangt eine kühler Luft nach Deutschland. Nur der Süden und Südosten des Vorhersagegebietes liegen noch im Bereich der subtropischen Warmluft.

Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden und im Raum Berlin anfangs stark bewölkt, später Wetterbesserung und nur im Osten noch einzelne Gewitter. Tagestemperaturen zwischen 23 Grad an der Küste und 27 Grad im südlichen Binnenland und Berlin. In Westdeutschland teils heiter, teils wolbig und niederschlagsfrei. Temperaturen um 25 Grad. Im Süden heiter, nachmittags Gewitter. Höchsttemperaturen um 27 Grad.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft und kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13. Uhr:

| | | | |
|-----------|-----|------------|-----|
| Berlin | 31° | Kairo | 28° |
| Bonn | 28° | Kopenhagen | 22° |
| Dresden | 32° | Las Palmas | 28° |
| Essen | 24° | London | 18° |
| Frankfurt | 30° | Madrid | 22° |
| Hamburg | 23° | Mallorca | 28° |
| List/Sylt | 18° | Moskau | 16° |
| München | 30° | Nizza | 28° |
| Stuttgart | 31° | Oslo | 19° |
| Amsterdam | 19° | Paris | 22° |
| Athen | 30° | Prag | 31° |
| Barcelona | 26° | Rom | 28° |
| Brüssel | 20° | Stockholm | 19° |
| Budapest | 30° | Tel Aviv | 34° |
| Bukarest | 27° | Tunis | 34° |
| Helsinki | 22° | Wien | 28° |
| Istanbul | 24° | Zürich | 30° |

Sonnenanlauf am Freitag: 5.06 Uhr. Untergang: 21.46 Uhr. Mondanlauf: 22.36 Uhr. Untergang: 4.46 Uhr. *In MEZ, zentraler Ort Kassel